

DDR-GESCHICHTE(N)

Ein Einblick in die Forschungswerkstätten
der Stipendiatinnen und Stipendiaten
der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Zusammengestellt aus Anlass des 4. Stipendiaten-Kolloquiums
am 27. und 28. Februar 2004 in Berlin

Redaktion und Lektorat:
DR. ULRICH MÄHLERT, STIFTUNG ZUR AUFAR-
BEITUNG DER SED-DIKTATUR

EINFÜHRUNG

Seit 2001 hat die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur insgesamt 37 Promotionsstipendien vergeben. Die Arbeiten, die im Rahmen dieser Förderung verfolgt wurden und werden, spiegeln nicht nur die Breite des Themenfeldes wieder, sondern auch des Auftrages der Stiftung Aufarbeitung, die einen umfassenden Beitrag zur Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der Diktatur in der SBZ und DDR leisten soll. Die Forschungsfragen, denen sich der von der Stiftung geförderte wissenschaftliche Nachwuchs stellt, umfassen politik-, wirtschafts-, kultur- oder gesellschaftsgeschichtliche Themenstellungen, Regionalstudien sowie deutsch-deutsche Perspektiven. Der Wissenschaft stehen hierfür eine exzellente Quellengrundlage sowie ein mittlerweile beachtlicher Forschungsstand zur Verfügung, über den die jüngst von der Stiftung Aufarbeitung erarbeitete Publikation „Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn 2003“ umfassend informiert.

Erfreulicherweise hat sich der Kreis der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung Aufarbeitung, die bundesweit ihre Projekte verfolgen, mittlerweile fast zu einem „virtuellen Promotionskolleg“ entwickelt. Neben dem jährlich stattfindenden Kolloquium der Stipendiaten sowie der Internationalen DDR-Forschertagung in Otzenhausen, die zu einer Anlaufstelle auch für die Nachwuchswissenschaftler der Stiftung geworden ist, treffen sich viele der jungen Kolleginnen und Kollegen regelmäßig zum internen fachlichen Austausch. Im September 2004 richten die Stipendiaten erstmals selbstständig ein fachöffentliches Kolloquium aus, in der die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte in ihrer „asymmetrisch-verflochtenen Parallelität in den Blick genommen werden soll. Einen wichtigen Beitrag zur Betreuung der Stiftungsstipendiaten leisten schließlich die Mitglieder des Fachbeirates Wissenschaft, die beim jährlichen Kolloquium aber auch darüber hinaus als stets geduldige Ansprechpartner für fachliche und methodische Fragen zur Verfügung stehen.

Der vorliegende Reader wurde aus Anlass des vierten StipendiatInnenkolloquiums im Februar 2004 zusammengestellt. Die Reihenfolge der Beiträge entspricht dem Programmablauf der Zusammenkunft. Die Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler

hatten sich – erfolgreich – der Herausforderung gestellt, ihre Forschung für diesen Reader in einer allgemein verständlichen Form, mit klaren Zeichenvorgaben zusammenzufassen. Für Stipendiaten, die bereits ein Jahr und länger gefördert werden, stand dabei mehr Raum zur Verfügung als für jene, die ihr Stipendium erst Anfang 2004 angetreten haben.

Erfreulicherweise haben sich an diesem Projekt auch Doktoranden beteiligt, die Ihre Arbeit jüngst abgeschlossen haben bzw. unmittelbar vor dem Abschluss stehen und auf dem Kolloquium nicht vortragen werden.

DIE SOZIALDEMOKRATIE ZWISCHEN FRIEDLICHER REVOLUTION UND DEUTSCHER EINHEIT



VON
DANIEL FRIEDRICH STURM

Schwante, 7. Oktober 1989: Mutig und voller Selbstvertrauen gründen DDR-Bürgerrechtler am 40. Jahrestag der DDR die SDP, die Sozialdemokratische Partei in der DDR. Die SPD-Führung in Bonn wird davon völlig überrascht. In der Dissertation soll nachvollzogen werden, wie die beiden sozialdemokratischen Parteien in den Monaten vor, während und nach der friedlichen Revolution in der DDR agiert haben, wie die Entscheidungsprozesse verliefen. Die intern wie öffentlich geführten Debatten hinsichtlich der staatlichen Vereinigung wie der parteilichen Vereinigung von SPD und Ost-SPD werden dargestellt und analysiert.

Der Arbeit werden im Wesentlichen vier Quellengattungen zugrunde gelegt: Zum einen basiert die Arbeit auf zugänglichem Material. Die Berichterstattung in Zeitungen, Zeitschriften und Pressediensten wird herangezogen, um den Ablauf der Diskussionen nachvollziehbar zu schildern. Im „revolutionären“ Herbst und den folgenden Monaten veraltete das Wort oftmals im Munde, um den damaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel zu zitieren. Immer wieder fegte die rasante politische Entwicklung über die Akteure hinweg. Äußerun-

gen sind daher stets unter dem Aspekt ihrer zeitlichen Entstehung zu betrachten. Unter die Kategorie veröffentlichten Materials fallen ferner Sekundärliteratur sowie die zu Papier gebrachten Schilderungen politischer Akteure.

Deren Darstellungen sind kritisch zu würdigen wie dies die „oral history“ erfordert, die den dritten Pfeiler der Arbeit ausmacht. Bereits etliche Zeitzeugen konnten befragt werden, so etwa Hans-Jochen Vogel, die früheren stellvertretenden SDP-Vorsitzenden Angelika Barbe und Karl-August Kamilli oder der Berliner SPD-Politiker Ehrhart Körting.

In Bezug auf unveröffentlichte Quellen konnte der Autor in den vergangenen Monaten im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn Deposita einiger SPD-Politiker einsehen. Dies betraf die Unterlagen u. a. von Egon Bahr, Horst Ehmke, Norbert Gansel, Stephan Hilsberg und Hans-Jochen Vogel. Ferner war es möglich, die entsprechenden Bestände der SPD-Bundestagsfraktion sowie der SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR einzusehen. Eine Einsichtnahme in die Bestände des Präsidiums der SPD wurde beantragt. Das Gespräch mit Akteuren, genannt seien hier Norbert Gansel oder der Deutschlandpolitiker und frühere Vorstandschef der Lufthansa, Heinz Ruhnau, ermöglichte die Arbeit mit Unterlagen aus privaten Archiven. Im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin, war es möglich, u. a. mit dem Bestand zur SDP/SPD zu arbeiten. Dokumente und Unterlagen von SPD wie SDP wurden ferner aus dem Archiv des SPD-Parteivorstandes, Berlin, herangezogen. In der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen (SAPMO) der DDR, dem Bundesarchiv angegliedert, konnten Bestände gesichtet werden, die den Dialog zwischen SPD und SED betreffen. Schließlich wurden Archivbestände der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) hinzugezogen, um einen Einblick in die Versuche des MfS zu erhalten, die Gründung und die ersten Schritte der SDP zu kontrollieren.

Warum macht es Sinn, sich mit der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik in den Jahren 1989/90 auseinander zu setzen? Als die Revolution in der DDR im Herbst 1989 ausbrach, saß die SPD in der Bundesrepublik bereits sieben Jahre lang in der Opposition (und sollte dort weitere neun Jahre verharren). Die konser-

vativ-liberale Regierung Kohl/Genscher ergriff das Heft des Handelns, während die Sozialdemokratie allenfalls reagieren konnte. Schon bald stellte sich heraus, dass auf die Sozialdemokratie gleich mehrere Aufgaben zukamen. Die SPD im Westen nahm die Rolle der größten Oppositionspartei wahr. Ab Mai 1990 aber besaß sie im Bundesrat die Mehrheit und somit ein Mitgestaltungsrecht. Die Ost-SPD opponierte gegen die SED/SED-PDS und die mit ihr verbundenen Blockparteien. Nach der Volkskammerwahl im März wurde die SPD in Ost-Berlin Regierungspartei, um in der letzten Phase des Vereinigungsprozesses sich wieder in die – erstmals parlamentarische – Opposition zu begeben.

Nach der Gründung der SDP befand sich die SPD in einer völlig neuen Situation. Wie sollte man auf die Gründung reagieren? Und was bedeutete dies für den Dialog mit der SED? Mancher Sozialdemokrat, der in den eingefahrenen Bahnen des Dialoges mit Ost-Berlin dachte, sah seine Position infrage gestellt – und distanzierte sich von der SDP. Dies galt um so mehr, als die Parteigründer in den Monaten zuvor nicht öffentlich wirksam geworden waren. Handelte es sich bei jener Gruppe nicht um einen chaotischen Haufen, angeführt von einigen bärtigen, intellektuellen Pfarrern? Andere in der SPD ergriffen die Gegenposition, begrüßten die SDP-Gründung und suchten die Zusammenarbeit.

Mit privater Hilfe in Form von Kopierern, Neun-Nadel-Druckern und harter D-Mark begann die Unterstützung der SDP durch zunächst einzelne westdeutsche Sozialdemokraten bzw. Ortsverbände. Die organisierte Hilfe des Parteivorstandes der SPD kam erst langsam ins Rollen. Als in hohem Maße unterschiedlich erwies sich die Hilfe aus Landesverbänden und Bezirken der SPD. Während die – eher konservativ geprägte – nordrhein-westfälische SPD sehr früh Kontakte knüpfte und Hilfe gewährte, tat sich etwa der saarländische Landesverband schwer.

Die Nervosität im Umgang mit den politischen Entwicklungen in der DDR war groß. Zum einen war die bisherige

Deutschlandpolitik längst infrage gestellt. Zum anderen hatte die Bundesregierung das „Prä“. Von dieser wiederum wünschte sich die SPD zu distanzieren, befand man sich doch auf der Zielgerade zur Bundestagswahl 1990. Diese Wahl, die parteiübergreifend noch bis in den

Sommer 1990 als eine rein westdeutsche Wahl erwartet wurde, stand ganz im Zeichen der deutsch-deutschen Entwicklung. Die Führung der SPD aber plante jenen Wahlkampf so als gäbe es im Westen nichts Neues und sei der Osten nicht existent. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder der Protest gegen Tiefflüge stellten für den Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine wesentliche Themen dar. Das „D“-Wort fand kaum Erwähnung. Mit Lafontaine führte ein europäisch geprägter, in postnationalen Kategorien denkender Saarländer die SPD in das Jahr 1990. Die Konflikte mit dem Ehrenvorsitzenden Willy Brandt, der einen zweiten politischen Frühling erlebte und sich vor nationalem Pathos nicht scheute, waren offenkundig. Hans-Jochen Vogel musste die undankbare Rolle des Mittlers und Moderators übernehmen. Schließlich personifizierte Brandt und Lafontaine zwei Flügel in der SPD. Dabei standen die jungen und „linken“ Sozialdemokraten mehrheitlich, doch keineswegs komplett, auf Lafontaines Seite.

Die zögerliche Haltung hinsichtlich einer raschen Einführung der D-Mark in der DDR hatte die Sozialdemokratie bereits den erwarteten Sieg bei der Volkskammerwahl gekostet. Diese Schlappe wurde von Lafontaine als Niederlage Brandts interpretiert, der neben Kohl wie kein anderer westdeutscher Politiker im DDR-Wahlkampf aufgetreten war. Lafontaine wiederum hatte kurz zuvor seine absolute Mehrheit bei der Landtagswahl im Saarland ausgebaut. Gerhard Schröder führte im Mai 1990 einen Machtwechsel in Niedersachsen herbei – und sah in seiner wie Lafontaines deutschlandpolitischen Skepsis die Grundlage des Erfolges.

Gleichwohl war es der Führung der SPD in Bonn gelungen, die Ost-SPD zum Eintritt in eine Große Koalition zu bewegen. Dies war ein Verdienst von Brandt wie Vogel. In einer historischen Stunde könne man sich der Verantwortung nicht verweigern, argumentierten sie. Die Ost-SPD in der Regierung, die erkennbar frustrierte West-SPD in der Opposition, wenn auch mit Mehrheit im Bundesrat – diese Vorzeichen bescherten der Sozialdemokratie einen komplizierten Wahlkampf. Noch wenige Monate zuvor schien das Ende der Regierung Kohl eingeläutet. Nun aber kämpften beide sozialdemokratischen Parteien vor allem mit sich selbst. Befürworter und Gegner der Beteiligung

an einer Großen Koalition in der DDR stritten sich heftig – in Ost-Berlin wie in Bonn.

Es folgte eine Debatte um die Haltung zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (WVU), die von der Ost-SPD klar befürwortet wurde. Die wirtschaftlichen Probleme realistisch im Blick, ließ Lafontaine deren emotionale Komponente außer Acht. Lafontaine entschied sich gegen großen Widerstand zu einem Spagat, der nicht gelingen konnte. Er wollte die SPD-Fraktion darauf festlegen, die WVU im Bundestag abzulehnen. Im Bundesrat hingegen sollte der erste Staatsvertrag mit den Stimmen des SPD-regierten Hamburgs (neben denen der unionsgeführten Länder), aber gegen die Voten der übrigen „A-Länder“ angenommen werden. Vogel und die Mehrheit in Fraktion und Vorstand durchkreuzten diesen Kurs. Ein geschwächter Kanzlerkandidat, der sich nun weiter vergaloppierte, blieb zurück.

Nur widerwillig ließ sich die SPD auf den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes ein. In diesem Punkt waren sich Lafontaine und Vogel, anfangs auch Brandt, einig: Sie wünschten den Weg über Artikel 146 GG und plädierten für eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung. Als ein solcher Ruf Richtung Basisdemokratie, genauer nach einer Mitgliederbefragung in der SPD in Bezug auf die Fusion beider Parteien laut wurde, wurde der brüsk zurück gewiesen. Was die SPD also auf staatlicher Ebene (erfolglos) verlangte, wünschte sie in ihrer eigenen Partei nicht auf die Beine zu stellen. Um westdeutsche „Besitzstände“ und den Proporz nach Geschlecht, Flügel und Region nicht zu verletzen, wurden Präsidium und Vorstand der gesamtdeutschen Sozialdemokratie schlicht um einige Vertreter der Ost-SPD, etwa Parteivize Wolfgang Thierse, erweitert. Von einem euphorischen Start war die gesamtdeutsche Sozialdemokratie weit entfernt.

DANIEL FRIEDRICH STURM, 1973 in Bochum geboren, seit Juli 2003 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1995 bis 2000 Politische Wissenschaft, Osteuropäische Geschichte und Volkskunde an der Universität Bonn. Tätigkeit als freier Journalist, ab Mitte 1999 in Berlin. Seit August 2000 zunächst Redakteur im innenpolitischen Ressort der „Welt“, 2002/2003 Parlamentskorrespondent von „Welt“ und „Berliner Morgenpost“. Seit 1. April 2003 für das Promotionsvorhaben (an der Universität Bonn) beurlaubt.

„SCHRIFTSTELLER:
JA-SAGER ODER NEIN-SAGER?“ – EINE
HISTORIOGRAPHISCHE DARSTELLUNG DES
P.E.N.-CLUBS IN DER DDR UND DESSEN
VEREINIGUNG MIT DEM DEUTSCHEN
P.E.N.-ZENTRUM (BUNDESREPUBLIK)
(1951/53–1998)



VON
DOROTHÉE BORES

Der P.E.N. steht zu dem Grundsatz des ungehinderten Gedankenaustausches innerhalb einer jeden Nation und zwischen allen Nationen, und seine Mitglieder verpflichten sich, jeder Art der Unterdrückung der Äußerungsfreiheit in ihrem Lande oder in der Gemeinschaft, in der sie leben, entgegenzutreten.

Dieses Bekenntnis findet sich in der Charta des Internationalen P.E.N. – einer weltweiten Vereinigung von Poets - Essayists - Novelists, in der die deutschen Schriftsteller seit 1923 mit Unterbrechung während der Zeit des Nationalsozialismus und Zweiten Weltkriegs vertreten waren. Seit 1951/53 existierten infolge der Teilung Deutschlands zwei deutsche P.E.N.-Zentren. Jene moralisch anspruchsvollen Grundsätze der Charta dienten nach dem Zusammenbruch der DDR als Basis der hitzigen Diskussion um die Annäherung der beiden deutschen P.E.N.-Sektionen, bei der das einstige DDR-Zentrum ins Kreuzfeuer der Kritik geriet. Partei- und Staatsnähe, Stasi-Kooperation und Versagen als Intellektuelle wurde den P.E.N.-Mitgliedern der ehemaligen DDR vorgeworfen. Die Einhaltung der Charta sei im diktatorischen System unverändert geblieben; man habe die Instrumentalisierung des P.E.N.-Zentrums im Sinne der Staatspolitik widerstandslos zugelassen. In den Augen mancher Kritiker ließen diese Anschuldigungen nicht nur die Vereinigung mit dem West-P.E.N. als unmöglich, sondern auch die Existenz des – nunmehr – ostdeutschen P.E.N. als unzulässig erscheinen. Es entbrannte ein Jahre andauernder Streit um die Vereinigung der beiden deutschen Zentren, der erst 1998 mit dem Zusammenschluss ein Ende fand.

Eben jene jahrelange Auseinandersetzung, deren differenzierte Betrachtung den logischen Schlusspunkt der angestrebten Untersuchung bilden soll, eröffnet ein breites Spektrum an Fragestellungen für das Kernstück des Arbeitsvorhabens – die historiographische Darstellung des P.E.N.-Clubs in der DDR. Anhand einer chronologisch orientierten Abhandlung soll ein unvoreingenommenes, wenngleich kritisches Bild von Position und Wirkungsgrad der Institution P.E.N. in der DDR skizziert werden, das die Einwände der Kritiker unter Berücksichtigung der konkreten Quellenlage analysiert. Dies kann nur gelingen, wenn die Entwicklung der Sektion von der 1951 erfolgten Abspaltung eines bundesrepublikanischen Zweigs bis zum Ende der DDR mit Augenmerk auf innere, d. h. personelle wie institutionelle Veränderungen, sowie äußere Faktoren, d. h. parteiliche bzw. staatliche Ein- und Übergriffe, nachgezeichnet wird. Als weitere wichtige Bezugspunkte für die Untersuchung erweisen sich westdeutscher P.E.N. und Internationaler P.E.N.; sie ermöglichen eine Einschätzung von Handlungsfreiheit und -vermögen des DDR-P.E.N. im deutsch-deutschen wie internationalen Kontext.

Um diesen Interessenfeldern Rechnung zu tragen, wird bei den Recherchen auf eine Vielzahl von Quellen zurückgegriffen werden. Leitend erscheint dabei die Innensicht des DDR-P.E.N., nachvollziehbar anhand seines umfangreichen Archivs (Berlin). Unterstützend können personenbezogene Quellen – (Auto-)Biographien, Erinnerungen, Nachlässe und Interviews – herangezogen werden. Die Position des P.E.N.-Zentrums bzw. seiner Mitglieder gegenüber den staatlichen Institutionen soll mit Hilfe des im Bundesarchiv (Berlin) und in der Stasiunterlagenbehörde einlagernden, einschlägigen Aktenmaterials kritische Beleuchtung erfahren. Neben der DDR-internen Einschätzung rückt die Außensicht ins Blickfeld. Dabei erweisen sich die Archivalien des Deutschen P.E.N.-Zentrums (Bundesrepublik) in Darmstadt und die Minute Books des Internationalen P.E.N. in London als hilfreich. Nicht außer Acht gelassen werden sollte zudem Artikulation sowie Wahrnehmung des P.E.N. in der medialen Öffentlichkeit.

Die umfangreiche Quellenlage lässt auf eine Studie des P.E.N.-Clubs in der DDR hoffen, die die Einschätzung „PEN-Zentrum der Diktatur“ oder „P.E.N.-Zentrum in der Diktatur“ und die

Bewertung der DDR-Intellektuellen in ihrer Position im System des SED-Staats differenzieren wird.

DOROTHÉE BORES, 1973 in Trier geboren, wird ab Juli 2004 eine Förderung als Stipendiatin erhalten, studierte Buchwissenschaft, Deutsche Philologie und Kunstgeschichte in Mainz. Abschluss des Studiums mit einer Masterarbeit zum deutschsprachigen Exil in Paris (Deutsche Freiheitsbibliothek). Danach wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Buchwissenschaft, Mainz. Schwerpunkte innerhalb der Forschung und Lehre waren u. a. Buchkunst des 20. Jahrhunderts und Literatursystem der DDR.

ZWISCHEN IDEOLOGISCHEN VORGABEN UND KÜNSTLERISCHER EIGENART:
DIE KUNSTTHEORETISCHE FORSCHUNG DER FACHBEREICHE KUNSTPÄDAGOGIK AN DEN UNIVERSITÄTEN UND HOCHSCHULEN DER DDR



VON
THOMAS KLEMM

Derzeit scheint es, als gönne sich der in Wissenschaft und Öffentlichkeit energisch geführte Diskurs zur Kunst der DDR nach mehreren größeren Retrospektiven eine Ruhepause. Ausgefochten allerdings ist die schwierige Problematik des Umgangs mit dem künstlerischen Erbe der DDR bei weitem nicht. Zudem standen die kunstwissenschaftlichen und gestaltungstheoretischen Grundlagen in der DDR – im Gegensatz zur grundsätzlichen Einordnung und Bewertung der DDR-Künstler und ihrer Werke – bislang kaum im Fokus der Forschung und Publizistik. Dabei haben gerade die kunstwissenschaftlichen Studien der DDR wesentlichen Einfluss auf die Ausprägung ostdeutscher Kunst. Sie schufen die Voraussetzungen für die kulturpolitischen Spielregeln, die in der DDR zu beachten waren, um am künstlerischen Schaffensprozess teilzunehmen. Daher ist es geboten, sich verstärkt mit der kunsttheoretischen Forschung in der DDR zu beschäftigen

und die gegenwärtigen Strukturen des Diskurses um diese Facette zu erweitern. Das Disserationsprojekt möchte dazu einen Baustein liefern und dabei einen kritischen Blick auf das vielschichtige Verhältnis von Wissenschaft, Kunst und Politik in der DDR werfen. Um der Komplexität dieses Problemfeldes gerecht zu werden, begrenzt sich die Studie auf den Rahmen der Forschungen an den Lehrstühlen für Kunsttheorie der Fachbereiche Kunstpädagogik an den Universitäten und Hochschulen der DDR. Gerade in diesem Bereich verdichteten sich die Auseinandersetzungen um die Kunst-, Kultur-, aber auch um die Bildungspolitik beispielhaft. Besonders durch die Möglichkeit, mit der Betrachtung der Kunstpädagogik auch einen Aspekt der Bildung und Erziehung in die Untersuchung einfließen zu lassen, wird die Fokussierung auf die kunstpädagogische Theoriebildung so reizvoll: Der (volks)erzieherische Aspekt spielt in der Theorie des sozialistischen Realismus eine herausragende Rolle.

Die Studie orientiert sich an einem zweistufigen Fragekatalog. In einem ersten Schritt sollen zum einen die staatlichen Vorgaben und Steuerungsmechanismen, zum anderen deren Umsetzung auf der Seite der beteiligten Wissenschaftler herausgearbeitet werden. Vor diesem Hintergrund soll das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen Funktionären aus den Bereichen Kultur und Volksbildung, Künstlern und Kunsttheoretikern ausgeleuchtet werden. In einem zweiten Schritt gilt es zu rekonstruieren, im Rahmen welcher Aushandlungsprozesse die kunsttheoretische Arbeit an den Hochschulen schließlich gestaltet wurde, um damit z.B. Reichweite und Grenzen staatlicher Vorgaben oder Handlungsspielräume der Akteure aufzuzeigen.

Für die Arbeit dieses Themas werden verschiedene Untersuchungsmethoden kombiniert. Zunächst wird inhaltsanalytisch bzw. texthermeneutisch nach den Forschungen der Lehrstühle wie auch nach den staatlichen Vorstellungen von kunsttheoretischer Forschung zu fragen sein. Daneben wird auf begriffsgeschichtlichen Wege nach semantischen Verschiebungen oder Bedeutungswandeln in den von Kunstwissenschaft und Politik gleichermaßen verwendeten Terminologien gesucht.

Für die Untersuchung der Aushandlungsprozesse unter den beteiligten Akteuren bieten Ludwik Flecks Überlegungen zur "Entstehung einer

wissenschaftlichen Tatsache“ einen guten Ansatz. Fleck verweist auf den kollektiven Faktor wissenschaftlicher Forschung und auf die Notwendigkeit, Wissenschaft stets in Verankerung in einer Gesellschaft, einer historischen Situation oder einer Kultur zu begreifen. Mit seinen Begriffen „Denkstil“ und „Denkkollektiv“ eröffnen sich Kategorien, mit denen bspw. der Transfer von Wissen zwischen Forscherkollektiven an den Lehrstühlen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen nachgezeichnet werden kann.

THOMAS KLEMM, 1975 in Dresden geboren, seit Anfang 2004 Stipendiat der Stiftung, studierte Geschichte und Kunstpädagogik in Dresden, Leipzig und Padua. In seiner 2001 veröffentlichten Abschlussarbeit untersucht er das Spannungsfeld zwischen künstlerischem Gestaltungsanspruch und staatlicher Erinnerungspolitik in der DDR am Beispiel des Buchenwald-Denkmal von Fritz Cremer. Seit 2000 arbeitet er im Vorstand des Leipziger Kreises - Forum für Wissenschaft und Kunst an verschiedenen Projekten.

DIE GESCHICHTE DES INSTITUTIONELLEN MARXISMUS-LENINISMUS AM BEISPIEL DER UNIVERSITÄT JENA



VON
MICHAEL PLOENUS

Mit der Zweiten Hochschulreform von 1951 wurde an allen Universitäten der DDR ein obligatorisches „gesellschaftswissenschaftliches“ Grundstudium eingeführt. Damit war die Absicht verbunden, den Marxismus-Leninismus (ML) unter den Universitätsangehörigen zu propagieren und den akademischen Nachwuchs zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ zu erziehen. Diese Aufgabe wurde eigens dafür gegründeten (Partei-)Instituten übertragen.

Das Bild, das von diesen „roten Instituten“ gemeinhin gezeichnet wird, ist wenig differenziert. Sie gelten – wie es ein ehemaliger ML-Dozent formulierte – als Inbegriff der wissenschaftlichen und didaktischen Inkompetenz und

ihre Mitarbeiter als „engstirnige Sektierer, stumpfsinnige Dogmatiker, machtpolitisch angepasste Zyniker“ ohne eine Spur philosophischer, historischer oder ökonomischer Bildung.

Doch welchen Platz hatten diese Institute tatsächlich an den Universitäten? Wer waren die Mitarbeiter und woher rekrutierte man sie? Inwieweit wurden sie ihren propagandistischen Aufgaben gerecht? Welche Konflikte resultierten aus den idealistischen Ansprüchen und der nüchternen, von Tagespolitik bestimmten Realität? Am Beispiel der Universität Jena soll der durchaus wechselvollen Geschichte eines solchen Instituts exemplarisch nachgegangen werden.

Die Institutionalisierung des ML begann in Jena mit der Gründung eines „Instituts für dialektischen Materialismus“ im Oktober 1946, dem ersten dieser Art an einer deutschen Universität überhaupt. Im Herbst 1947 wurde es in eine „Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät“ überführt. Nach deren Auflösung übernahm 1951 ein „Institut für Gesellschaftswissenschaften“ die Arbeit an der ideologischen Front, das ab 1960 als „Institut für Marxismus-Leninismus“ und ab 1968 als „Sektion Marxismus-Leninismus“ firmierte. Der Versuch eines institutionellen Überlebens mit dem neuen Namen „Sektion Sozial- und Politikwissenschaften“ sollte 1990 schließlich scheitern.

Nach der ersten Durchsicht relevanter Aktenbestände kann bereits jetzt konstatiert werden, dass in den vier Jahrzehnten der universitären Herrschaft des Marxismus-Leninismus Wunsch und Wirklichkeit der ideologischen Arbeit weit auseinanderklafften. Trotz des immensen zeitlichen und organisatorischen Aufwandes war dem ML-Grundstudium – gemessen an den Intentionen – ein nur mäßiger Erfolg beschieden. Viel zu offensichtlich waren für jedermann die Systemfehler, als dass Parteilryk und Dogmatismus sie hätten verschleiern können. Die Omnipräsenz der Propaganda erzielte vielmehr den gegenteiligen Effekt der Immunisierung. Freilich galt wie für alle anderen Disziplinen auch für das ML-Studium, dass das Interesse der Hörer am Stoff unmittelbar mit dem Charisma, der Kompetenz und dem Engagement des Lesenden korrelierte. Doch trotz partieller Erfolge machten sich selbst die ML-Dozenten ab etwa Mitte der sechziger Jahre kaum mehr Illusionen über die tatsächliche Verankerung der Lehrinhalte im Bewusstsein

ihrer Schützlinge. Die Beschreibung dieser Diskrepanz wird innerhalb der Studie einen breiten Raum einnehmen.

Trotz der Konzentration auf die Lehre gab es in Jena seit den siebziger Jahren verstärkt Anstrengungen, eine eigenständige Forschung zu etablieren. Zwar trug das nicht wesentlich zur Verbesserung der Reputation der Sektion bei. Doch verdienen einige Ergebnisse durchaus Beachtung. Zu den erwähnenswerten Schwerpunkten zählt etwa die Konservatismus-Forschung, deren publizistischer Ertrag sich keineswegs nur durch platte Polemik auszeichnet. Ein anderes Beispiel ist die editorische Mitarbeit einer Arbeitsgruppe am internationalen Großprojekt der Marx-Engels-Gesamtausgabe. Freilich sind dies rühmliche Ausnahmen einer ansonsten parteilichen Prämissen unterworfenen Forschung.

Schließlich soll das Ende des institutionalisierten Marxismus-Leninismus an der Universität Jena in Folge der friedlichen Revolution beschrieben werden. Die hektischen Bemühungen um eine Neuprofilierung der Sektion, die vom Gros der Universitätsangehörigen nie als etwas anderes denn als „Etikettenschwindel“ begriffen wurden, blieben vergeblich und konnten die vollständige Abwicklung nicht verhindern.

MICHAEL PLOENUS, 1972 in Sondershausen geboren, tritt im April 2004 sein Stipendium der Stiftung Aufarbeitung an, legte 1991 sein Abitur am Kirchlichen Proseminar Naumburg ab, studierte Neuere/Neueste Geschichte, Ev. Theologie und Soziologie in Jena und Brisbane/Australien, schloss 2000 sein Studium an der Uni Jena mit einer Magisterarbeit über die friedliche Revolution ab und beschäftigte sich dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter mit der DDR-Universitätsgeschichte. Er ist verheiratet und Vater einer Tochter.

ALKOHOL UND ALKOHOLRAUSCH IN DER DDR



VON
THOMAS KOCHAN

„Bestimmt gibt’s Hemus. Oder Natalie. Wirst sehen.“, Würdest du Bols vorsetzen?“ – So beginnt Erich Loests Roman „Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene“, der in präzisen Beobachtungen den real existierenden DDR-Sozialismus Mitte der siebziger Jahre auf den Punkt bringt. Hemus, Natalie, Bols – gleich seine Eingangssequenz trifft dabei einen Kernbereich ostdeutscher Lebenswelten und Alltagskultur: den Alkohol.

In der DDR wurde wie in kaum einem anderen Land zu so vielen Gelegenheiten so viel Alkohol getrunken. In der Menge und in der Art des Gebrauchs nahm der Alkoholkonsum eine im Vergleich herausragende und besondere Stellung ein. Schon die reinen Zahlen beeindruckten: Im Pro-Kopf-Verbrauch von Bier und Spirituosen nahm die DDR im weltweiten Vergleich seit 1982 einen der drei vordersten Plätze ein. Von Mitte der fünfziger Jahre bis 1988 erhöhte sich der durchschnittliche Bierkonsum von 68,5 auf 143,0 Liter. Zum Vergleich: 1999 trank jeder Deutsche 127,5 Liter Gerstensaft. Beachtlicher noch sind die ostdeutschen Zahlen in puncto „harte“ Sorten: 1955 schluckte der DDR-Durchschnittsbürger 4,4 Liter Weinbrand, Klaren und Likör, 1988 dagegen 16,1 Liter. Das sind pro Kopf 23 Flaschen!

Die statistischen Angaben decken sich mit qualitativen Beobachtungen. Erinnerungen ehemaliger DDR-Bürger drehen sich häufig um Erlebnisse rund um den Alkohol: vom „Bierchen“ nach dem Mittagessen in der LPG-Kantine über das kollektive „Versumpfen“ bei der Brigadefeier bis hin zum jugendlichen Exzess-Saufen mit Koma-Erfahrungen. Fotografien von Arno Fischer, Bernard Larsson und Carla Neumann haben den DDR-typischen Umgang mit „Alk“ festgehalten und zeigen Szenen des „rauschenden“ Alltags. Dokumentarfilme wie „Die Kinder von Golzow“ bieten weiteres Anschauungsmaterial. In der DDR

wurden im Vergleich zu anderen Gesellschaften nicht nur größere Mengen getrunken. Offensichtlich unterschieden sich auch die Gelegenheiten zum Alkoholkonsum, der intendierte „Einsatzzweck“ sowie der Umgang mit dem Alkoholrausch und seine Akzeptanz. Die Symbolik des „Schlückchens“ oder der „Ziehung“, die Bedeutung von Schwips, „Kater“ und „Filmriss“ waren spezifisch – spezifisch ostdeutsch. In der DDR-Gesellschaft existierte ein besonderer Umgang mit Alkohol und Alkoholrausch, es gab eine eigene Kultur des Trinkens und Berausens. Populäre Nachschlagewerke, Internet-Foren und die Ostalgie-Shows im Fernsehen wissen das längst und berichten von „Vipa“, „Goldbrand“, „Murfatlar“ und „Rotkäppchen“-Sekt. In der wissenschaftlichen Forschung ist das Thema dagegen ein „weißer Fleck“.

Der besonderen „Alkoholkultur“ der Bevölkerung stand eine ebenso spezifische „Alkoholpolitik“ gegenüber. Offiziell galt die DDR als nüchtern. Probleme der Trunksucht wurden von den staatlich gelenkten Medien unter den Tisch gekehrt und von der Parteiführung verharmlost. Die festgeschriebene 0,0-Promillegrenze im Straßenverkehr, intensiv kontrolliert und zumeist penibel eingehalten, gaukelte eine abstinentere Gesellschaft vor. Andererseits kam die staatliche Alkoholproduktion trotz aller wirtschaftlichen Probleme nie ins Stottern und kreierte regelmäßig neue Likör- und Branntweinsorten. Kein Warenangebot zeigte sich so bunt, optisch ansprechend und immer verfügbar wie das Schnapsregal. An Alkohol mangelte es der Bevölkerung nicht. **Handlungsergebnis** dieses „weißen Flecks“ muss die staatliche „Alkoholpolitik“ und die eigensinnige „Alkoholkultur“ der DDR-Bevölkerung gleichzeitig unter die Lupe nehmen. Das Besondere des Phänomens lässt sich nur klären mit politik- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen, mit einer Makro- und Mikroperspektive, mit Aktenrecherchen und lebensgeschichtlichen Interviews. Gab es eine „von oben“ gebilligte oder forcierte „Berausung“? Nutzen die Menschen das kollektive Trinken und Berauschen für einen begrenzten „Ausstieg“? Welche symbolische Bedeutung hatten Alkoholika in der DDR? – Generell: Alkohol und sozialistische Gesellschaft, wie gehört das zusammen?

THOMAS KOCHAN, 1968 geboren, wird ab August 2004 als Stipendiat von der Stiftung gefördert, studierte Bibliothekswesen an der FU Berlin und anschließend Europäische Ethnologie und Geschichte an der Humboldt-Universität. 2001 bis 2003 arbeitete er im Haus der Geschichte in Bonn, danach in der Bibliothek der HUB. Forschungen über die ostdeutsche Jugendkultur der Bluesfans und Tramper weckten seine Neugier am Thema Alkoholrausch in der DDR. 2002 erschien seine Studie „Den Blues haben“.

MAUER, ZAUN UND STACHELDRAHT.
ZUR SYMBOLGESCHICHTE DER DEUTSCH-
DEUTSCHEN GRENZE



VON
MAREN ULLRICH

Gegenstand der Dissertation sind die baulichen Relikte und Denkmäler an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze. Im Zentrum des Interesses steht deren symbolisierende Qualität. Konkret wird der Frage nachgegangen, welche materiellen Spuren, Bilder und Bauten aus der Vergangenheit die aktuelle Vorstellung davon, was die Grenze real und als Phantasma war, bestimmen – und welche nicht. Die Quellengrundlage bilden somit erstens die heute noch erhaltenen baulichen Reste der Grenzbefestigung sowie deren musealen Verwendungsweisen und zweitens ausgewählte künstlerische und kulturelle Praxen, die auf das historische Bauwerk bezogen sind. Auf mehreren Forschungsreisen entlang der ehemaligen Grenze wurden knapp 300 Orte und Phänomene erfasst, die 15 Jahre nach der friedlichen Revolution Eingang in die deutsch-deutsche Erinnerungskultur finden sollen. Neben den Orten, die schon vor 1989 mit der Grenze assoziiert wurden – wie Helmstedt, Marienborn oder Berlin – gibt es eine Vielzahl von weitgehend unbekanntem Gedenkstätten, Museen, großen und kleinen Denkmälern entlang des ehemaligen Grenzverlaufs. Sie erinnern an die Geschichte der Teilung, an die Opfer von Zwangsaussiedlung und

Flucht sowie an die Grenzöffnung im Herbst 1989. Die meisten Denkmäler und Erinnerungszeichen sind Installationen, die aufgrund deren hohen symbolischen Prägnanz materielle Überreste der Grenzbefestigung verwenden. Daneben wird ein aus der christlichen Tradition hergeleitetes Zeichensystem aktualisiert. Während etwa das alleinstehende Kreuz der Erläuterung des kulturellen Kontextes bedarf, bleibt zu klären, ob die auf die Grenzbefestigung zurückgreifenden Symbolisierungen – wie Mauer, Zaun und Stacheldraht – als anthropologische Konstanten zu beschreiben sind.

„sehen und gesehen werden“

Grenzen werden konstruiert. Teil der Konstruktionsarbeit, die Gruppen und Individuen auf der Grundlage magischer oder rationaler Anschauungen vornehmen, ist der unterschiedliche Blick auf die Grenze und damit auf das, was hinter ihr imaginiert wird. Dass mit der Thematisierung von Blickverhältnissen ein ungewohntes Terrain beschriftet wird, zeigt exemplarisch die Auseinandersetzung um eine Skulptur, die Karl-Henning Seemann im Rahmen eines künstlerischen Wettbewerbs für die Stadt Duderstadt entworfen hat.

Anfang der 1990er Jahre hatte die Stadtverwaltung einen Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem es eine in der Fußgängerzone zu platzierende Brunnen Skulptur zu gestalten galt. Der Entwurf von Seemann mit dem Titel „Die Grenzschützer“ zeigt zwei sich gegenüber stehende Bronzefiguren, zwischen denen ein Graben verläuft, aus dem Wasser sprudeln soll. Die Figuren stehen in leicht gekrümmter Haltung und haben im wahrsten Sinne des Wortes ein Brett vorm Kopf. Mit den Augen starren sie gegen eine von zwei Stangen getragene Holzplanke, während sich ihre Blicke auf einem absurden Umweg in zwei Scherenfernrohren begegnen. Der Künstler thematisiert das Verhältnis der Angehörigen der Grenzorgane beiderseits der Grenzlinie in einer suggestiven Allegorie, mit der die Auslober des Wettbewerbs offensichtlich nicht einverstanden waren und deshalb den Entwurf ablehnten. Das Thema der Verbundenheit durch strukturell gleiche Blicke scheint einer jener historischen Sachverhalte zu sein, die so komplex sind, um Eingang in die deutsch-deutsche Erinnerungskultur zu finden.

Historische Blickverhältnisse

In der Tat begegneten sich westdeutsche Beamte des Bundesgrenzschutzes bzw. des Zollgrenzdienstes und Soldaten der DDR-Grenztruppen fast täglich. Sie registrierten und fotografierten einander, ohne sich wirklich anzusehen, geschweige denn miteinander ins Gespräch zu kommen. Als Quelle für diese und andere historischen Blickweisen an der Grenze kann die Fotografie der Grenzorgane herangezogen werden. Sie diente auf beiden Seiten der militärischen Aufklärung, aber auch der Identifikation der einzelnen an der Grenze beschäftigten Personen und ihrer Aufgaben. Während die ostdeutschen Grenztruppen-Angehörigen primär den Grenzraum beobachteten, um die Flucht der eigenen Staatsbürger zu verhindern, galt die Aufmerksamkeit von BGS und Zollgrenzdienst vor allem dem Bauwerk selbst. Jede Veränderung an den Sperranlagen sowie der angegliederten militärischen Infrastruktur wurde minutiös dokumentiert und an höhere Dienststellen weitergeleitet. Die in sehr viel größerer Zahl und zum Teil als Luftaufnahmen vorliegenden westdeutschen Fotografien zeichneten sich durch ein hohes Maß an sachlicher Routine aus und dienten u.a. der gerichtsverwertbaren Bestandsaufnahme. Heute sind sie eine unverzichtbare Quelle für die historische Rekonstruktion und bilden das Fundament einer jeden Ausstellung zur einstigen Grenze.

In der Verlängerung der Blickachsen waren es auf westlicher Seite jedoch nicht nur die Beamten des BGS und des Zollgrenzdienstes, sondern auch die Bewohner und Bewohnerinnen des „Zonenrandgebietes“ und vor allem die unzähligen Touristen und Touristinnen, die im Lauf der Jahre an sogenannten „Grenzlandfahrten“ teilnahmen, um die Menschen und ihr Tun auf der anderen Seite der Grenzlinie zu beobachten – und zu fotografieren. Versuchte der Osten die Grenzsperranlagen vor seinen eigenen Bürgern und Bürgerinnen abzuschirmen, so veranstaltete der Westen Besichtigungen, um das Grenzsystem vorzuführen und für verwerflich zu deklarieren. Von Seiten der DDR wurde der Grenztourismus wiederum als Provokation – im Jargon der Grenztruppen als „Grenzverletzung“ – aufgefasst und entsprechend fotografisch festgehalten. Unterschiedliche Blicke thematisierten das Fremdbild und das Selbstbild der Systeme.

Neben den visuellen Provokationen des Westens symbolisierten auch haptische Zugriffe – wenn auch in weitaus geringerem Ausmaß – die Art und Weise des Zusammentreffens: Obwohl die Grenzsäulen an der deutsch-deutschen Grenze – wie die Mauer in Berlin – auf dem Territorium der DDR standen, wurden Graffitis gesprüht und Staatselemente demontiert. Was die eine Seite als politischen Kommentar betrachtete, war für die andere Seite eine Provokation. Wo sonst „Eigentum“ penibel gegen Vandalismus geschützt wird, wurden Übergriffe dieser Art von den staatlichen Organen des Westens toleriert. In Berlin war dies seitens der Grenztruppen der DDR nicht zu verhindern, zwischen Lübeck und Hof konnte es für die „Grenzverletzer“ jedoch gefährlich werden.

Während die Angehörigen der polizeilichen Grenzbeobachtung im Westen die „Grenzlandfahrten“ nutzen, um ihre Perspektive an die Zivilbevölkerung weiterzutragen, setzte sich der Blick der Angehörigen der DDR-Grenztruppen keinesfalls ins Landesinnere hinein fort. Für die Menschen in der DDR war die Grenze in jeder Hinsicht ein Tabu – sich ihr zu nähern, sie zu berühren, sie in Augenschein zu nehmen stand unter striktem staatlichen Verbot. Das Bild der Grenzsperranlagen zählte in der DDR zu der Art von Wissen, das zwar kursierte und über das West-Fernsehen bekannt war, aber nie hat offiziell werden können.

Gegenwärtige Erinnerungskultur

Bauwerke – und als ein solches ist die Grenzfestigung der DDR einzustufen – werden auf der Grundlage ihrer historischen Rezeptionsbedingungen erinnert. Die Dissertation geht der Frage nach, ob und inwiefern die zwiespältige Wahrnehmung zu beiden Seiten der Grenze spezifische Formen der nachträglichen Erinnerung zu Tage gebracht hat. Die Hypothese ist, dass sich primär das vom Westen her wahrgenommene Gesicht der Grenze im gesamtdeutschen Erinnerungshaushalt zu etablieren vermag. Dabei scheint die Tatsache der Interpretation, denen die Grenzbeobachtung im Westen durchaus folgte, bislang ignoriert bzw. vernachlässigt zu werden.

Grundlegend ist die Erkenntnis, dass die Grenze im Westen schon lange vor 1989 „ausgestellt“ wurde. Die originalen Sperranlagen standen stets im Mittelpunkt der staatlich organisierten Grenzlandfahrten. Gästeführer – in der

Regel vom BGS geschult – begleiteten die Reisegruppen an exponierte Aussichtspunkte und kommentierten die „Brutalität“ der Grenze anhand von Schautafeln und kleinen Ausstellungen, die von der Bundesregierung bezuschusst wurden. In diesem Zusammenhang wanderten Prominente durchaus werbewirksam die Grenze entlang – so beispielsweise 1979 der damalige Bundespräsident Karl Carstens. Die westdeutsche Ausstellungsaktivität in der Zeit vor 1989 – so die These – hat die sich nach 1989 etablierende Erinnerungskultur inhaltlich und strukturell präfiguriert. Nicht zuletzt dadurch, dass Elemente der Sperranlagen und Fotografien der westdeutschen Grenzorgane schon vor 1989 ausgestellt wurden, erlangten beide symbolische Qualität noch bevor sie zu Relikten bzw. zu historischen Quellen wurden.

Dass die Einrichtungen der „Grenzinformation“ – Aussichtsplattformen, Pavillons und Grenzinformationsstellen – größtenteils verschwunden sind, kann nicht überraschen. Binnen kürzester Zeit wurden die Sperranlagen – und damit der zentrale Gegenstand der Beobachtung – zurückgebaut. Fährt man heute – fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung – durch den ehemaligen Grenzraum, lassen sich auf westlicher Seite kaum noch Hinweise auf die historischen Rezeptionsbedingungen, das heißt auf die damaligen Standorte der zivilen, geschweige denn der polizeilichen Grenzbeobachtung entdecken. Der Raum, in dem einst so intensiv beobachtet wurde, ist als solcher heute nicht mehr zu erkennen. Dass die Thematisierung der historischen Blickverhältnisse für die Erinnerungskultur aber dennoch von Belang sein könnte, belegen aktuelle Tendenzen in der deutsch-deutschen Gedenkstättenlandschaft. Während das Grenzlandmuseum Eichsfeld seinen Grenzlandweg von Anfang an als Rundweg konzipierte und die Besucher und Besucherinnen sowohl die östliche als auch die westliche Perspektive einnehmen lässt, ziehen mittlerweile andere Einrichtungen nach und bemühen sich – wie in Hörsleben – um den Wiederaufbau der westlichen Aussichtsplattformen. Es wird abzuwarten sein, ob so die für das System Grenze konstitutiven Blickverhältnisse in die materielle Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands einzufließen vermag.

Die Frage nach den Blickverhältnissen einmal ins Rollen gebracht scheint es durchaus sinnvoll, auch darüber nachzudenken, wie sich

die zivile Perspektive des Ostens rekonstruieren ließe bzw. ob diese ihren Ort vielleicht weniger in musealen als in künstlerischen Bearbeitungen des Themas hat. Nicht zuletzt deshalb beschreibt die Dissertation in einem zentralen Kapitel Erinnerungsorte, die die Grenze außerhalb des Dilemmas vorgeprägter Blickstrukturen zu interpretieren versuchen. Es wird aufgezeigt, dass künstlerische und kulturelle Praxen die ausgetrampelten Pfade der Grenzbeobachtung sehr wohl verlassen, letztendlich aber auch auf visuelle Traditionen – wie das Kreuz, den Kreuzweg oder das Landschaftsbild – angewiesen sind.

MAREN ULLRICH, geb. 1967 in Frankfurt/Main, seit Anfang 2003 Stipendiatin der Stiftung, studierte in Oldenburg und Siena Kunst, Geschichte und Germanistik. Nach einem Aufenthalt in Polen hat sie ihr Studium mit einer Arbeit über das Verhältnis von Raum und Erinnerung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau abgeschlossen. Sie arbeitete als Leiterin des Oldenburger Kunstvereins sowie als Lehrbeauftragte an der Universität Oldenburg. Maren Ullrich ist Mutter von zwei Töchtern.

DAS POLITISCHE GRENZREGIME DER DDR GEGENÜBER POLEN UND DER TSCHECHOSLOWAKEI



VON
JÖRG SCHUMACHER

„Man kann sich heute die Beziehungen zwischen der DDR und Volkspolen ohne den visafreien Verkehr gar nicht mehr vorstellen“, konstatierte Erich Honecker in einem Gespräch mit Edward Gierek am 17. Mai 1979. Bereits 1980 sollte der Partei- und Staatschef der DDR die eigene Feststellung mit der faktischen Abriegelung der „Friedensgrenze“ dementieren. Erst 1972 war zwischen der DDR, Polen und der Tschechoslowakei der pass- und visumfreie Reiseverkehr eingeführt worden, der zwischen der DDR und der CSSR bis 1989 fortbestand. Die siebziger Jahre waren in dieser Hinsicht für

die DDR-Geschichte beispiellos. Eine Reisefreiheit nach Osten gab es in vergleichbarem Umfang weder vorher noch nachher. Warum dies so war, ist eine der Kernfragen des seit Januar 2004 laufenden Dissertationsprojektes.

Politisch und praktisch gesicherte Grenzen gehörten zu den elementaren Existenzvoraussetzungen der DDR. Dies galt vor allem für die innerdeutsche Grenze, die – angesichts ihrer zahlreichen Opfer – eine hervorgehobene Stellung in der DDR-Forschung einnimmt. Doch auch die Grenzen nach Osten stellten für die SED ein Politikum ersten Ranges dar.

Noch wenige Monate vor der Gründung des zweiten deutschen Staates hatten führende Politiker der SED die Gebietsabtretungen im Osten in Frage gestellt bzw. abgelehnt und unter den zahlreichen Vertriebenen, die seinerzeit in der SBZ Zuflucht suchten, Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr in die ehemalige Heimat genährt. Erst unter dem Druck der sowjetischen Führung und im Dienste der neuen Staatsräson erkannten die ostdeutschen Kommunisten die Gebietsverluste im Osten als „unabänderlich, gerecht und endgültig“ an. Fortan befanden sich die Deutschen in der DDR, zumindest aus Sicht der SED-Führung, gemeinsam mit der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei auf der Seite der Sieger über den Nationalsozialismus.

Die Skepsis, die in Polen und in der Tschechoslowakei der DDR auch weiterhin entgegengebracht wurde, resultierte aber nicht nur aus dem raschen Seitenwechsel. Vielmehr war bis in die fünfziger Jahre keinesfalls klar, ob die deutsche Zweistaatlichkeit ein Dauerzustand bleiben sollte. Weil die Bundesrepublik die Gebietsverluste im Osten nicht anerkannte und die Sowjetunion in der Vergangenheit wiederholt demonstriert hatte, dass sie jederzeit dazu bereit war, Verbündete den eigenen Interessen zu opfern, mussten Polen und die Tschechoslowakei sowohl ihre territoriale Integrität sichern als auch ihre Bündnistreue demonstrieren. Die Folgen dieser Zwangslage waren die Anerkennung der DDR bei gleichzeitiger Abriegelung der Grenzen ihr gegenüber.

Das politische Grenzregime zwischen diesen drei Staaten bot, wie bereits der Blick auf die ersten Nachkriegsjahre zeigte, mannigfaltige Möglichkeiten zu seiner Instrumentalisierung. Es unterlag dabei wechselnden ideologischen, politischen, ökonomischen sowie praktischen Prämissen und wird deshalb als Seismograf der

Beziehungen zwischen den drei Staaten wie auch innerhalb des Warschauer Paktes aufgefasst. Da, ungeachtet der permanenten Freundschaftsrhetorik, das Passieren der Grenzen nach Osten über Jahre hinweg nur offiziellen Delegationen von Partei, Staat oder Gewerkschaft vorbehalten war, bot sich hier eine Möglichkeit dem – durch den Mauerbau von 1961 verstärkten – Reisedruck der eigenen Bevölkerung nachzugeben. Eine Liberalisierung des Grenzverkehrs, wie sie von Honecker gestartet wurde, komplizierte aber die bestehende Sicherungsaufgabe. Der Ausbau des MfS sollte die gewachsenen Möglichkeiten zur Republikflucht über die weniger scharf gesicherten Grenzen der „Bruderstaaten“, zur Knüpfung oppositioneller Netzwerke sowie zu „Touristenabkäufen“ eindämmen. Insofern bietet der Blick auf die innen- und legitimationspolitische Instrumentalisierung des Grenzregimes durch die SED-Führung Einsichten in die Dilemmata überregulierter Systeme weltanschaulicher Prägung.

JÖRG SCHUMACHER, 1977 in Riesa geboren, seit Januar 2004 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1996 bis 2003 Neuere und Neueste Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Soziologie an der TU Dresden. Im Sommersemester 1999 Auslandsaufenthalt an der Universitatea „Babes-Bolyai“ Cluj-Napoca (Rumänien). 2003 Abschluss des Studiums mit einer Arbeit über „Probleme des paß- und visafreien Reiseverkehrs zwischen DDR und VR Polen 1972 bis 1980/81.“.

DAS BERLINER GRENZGÄNGERPROBLEM IN DER SYSTEMKONKURRENZ 1948/49-61



VON
FRANK ROGGENBUCH

Bis 1961 pendelten Zehntausende Berliner sowie Bewohner der brandenburgischen Randgebiete zwischen beiden Stadthälften einschließlich des Umlandes, um ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Für sich genommen ein unspektakulärer Vorgang, gehört es doch in allen Met-

ropolen zur Normalität, dass der Arbeitsplatz keineswegs zwingend im eigenen Wohnbezirk liegt. Doch in der geteilten Stadt Berlin überquerten diese Arbeitspendler zweimal täglich die Grenze zwischen zwei Weltsystemen, die zugleich eine Grenze zwischen der Markt- und der Planwirtschaft war. Das Phänomen der Grenzgänger, wie diese Gruppe bald genannt wurde, entstand mit der separaten Währungsreform, korrelierte eng mit deren Folgen für Wirtschaft und Verwaltung und bedingte spezifische Regelungsmechanismen wie den Lohnausgleich. Dass es Bestand hatte, lag v. a. an der Langzeitwirkung von Bestimmungen der Vier-Mächte-Politik für Berlin, an wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Interessen und Zwängen und nicht zuletzt an einer noch weitgehend vorhandenen gesamtstädtischen Infrastruktur. Für die Grenzgänger im Ganzen lagen die Hauptmotive zunächst im Festhalten an bestehenden, vielfach langjährigen und mit Besitzständen verbundenen Arbeitsverhältnissen sowie für ein Großteil in Westberlin beschäftigter DDR-Bürger in einem Lebensstandard, der bei geschickter Ausnutzung des Währungsgefälles und angesichts sukzessiver Erhöhung der Westmark-Lohnanteile höher war als selbst der ihrer Westberliner Kollegen. Die bald aufklaffende Schere zwischen letztlich auch konjunkturbedingt steigender Attraktivität des Westberliner Waren- und Arbeitsangebots und allgemeinem Mangel im Osten führte dazu, dass mehr Leute im Westen arbeiten gingen als umgekehrt. Die Westgängerei wurde für die SED zum wirtschaftspolitischen Faktor und Gegenstand klassenkämpferischer Polemik. Der ab 1960 ganz massive, letztlich auch administrative Druck auf diese soziale Sondergruppe und deren Beseitigung durch den Mauerbau stehen im Zusammenhang mit der Krise der DDR, dem Flüchtlingsproblem und der Aufgabe der Freistadtoption, deren Realisierung das Grenzgängerproblem so ganz nebenher gelöst hätte. Dass der Systemkonflikt auch westseitig über die Grenzgänger ausgetragen wurde, belegt u. a. die Verweigerung von Lohnumtausch für Westberliner Beschäftigte bei SED, FDGB und Magistrat – eine Form von Existenzentzug.

Das Dissertationsprojekt versteht sich als politikgeschichtliche Analyse, die sowohl wirtschaftspolitische als auch soziale Aspekte berücksichtigt. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie und mit welchen Zielen das Grenzgänger-

problem mit seinen Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft durch die Politik „gemanagt“ und instrumentalisiert wurde und seinerseits auf diese zurückwirkte. Kontext der Analyse ist die Systemkonkurrenz, die sich angesichts noch relativer Systemdurchlässigkeit in Berlin als Erscheinungsform des Ost-West-Konflikts präsentierte. Anhand der Pressemedien beider Konfliktseiten wird dabei der öffentliche Umgang mit der „Grenzgängerei“ hinsichtlich seiner Funktionalität für das politische Gesamtkalkül und die damit einhergehenden Argumentationen differenziert. Voraussetzung auch dafür ist die Berücksichtigung der Disproportionalität zwischen West- und Ostberliner Verhältnissen, der nuancierten Handlungsmöglichkeiten in der Grenzgängerfrage sowie der unterschiedlichen Interessenlagen in der vielschichtigen Systemkonkurrenz. So wird z. B. sichtbar gemacht, dass wirtschaftspolitische Kalkulation und personelle Zwänge die vordergründige Dominanz der politisch-ideologischen Konzepte außer Kraft zu setzen vermochten oder dass bislang nicht thematisierte Widerstandsleistungen von Grenzgängern – v. a. als Folge des Drucks der SED – politisch relevant waren. Auch insofern vermag die Analyse die Frage zu beantworten, ob das Grenzgängerwesen zum Erhalt des Verflechtungsraums Berlin einschließlich seiner Randgebiete beitrug oder eher die Tendenz zu dessen Desintegration und zur politischen Teilung unterstützte.

FRANK ROGGENBUCH, 1957 in Berlin geboren, seit Anfang 2004 Stipendiat der Stiftung, früher Verwaltungsangestellter, studierte von 1995 bis 2003 Neuere und Neueste Geschichte, Mittlere Geschichte, Geographie und Politikwissenschaft an der HU Berlin. Sein Interesse gilt der Herrschaftspraxis moderner Diktaturen. Seine Magisterarbeit beschäftigte sich mit der Massenkommunikation und Manipulation am Beispiel der Luftfahrt- und Luftwaffenpropaganda im III. Reich.

„PARTEINAHME FÜR DEN SOZIALISMUS“ - DIE HISTORISCHEN REGIONAL- UND HEIMATMUSEEN IN DER SBZ/DDR



VON
JAN SCHEUNEMANN

Die Bestrebungen der Partei- und Staatsführung der DDR, aus deutscher Geschichte und Kultur eine Legitimation des eigenen Herrschaftsanspruches abzuleiten, sind mehrfach untersucht worden. Die Formen und Inhalte einer musealen Geschichtsdarstellung vor Ort und für die gesamte Bevölkerung blieben bisher jedoch weitgehend unberücksichtigt. Dabei sollten gerade auch die Museen durch eine massenwirksame Vermittlung festgeschriebener Geschichtsbilder und reklamierter „progressiver“ Traditionen der Formung eines nationalen Selbstverständnisses dienen. Mit der Analyse der politisch-volksbildenden Funktion von Museen ergänzt das Forschungsvorhaben die Arbeiten zur Historiographie der DDR um eine wesentliche Dimension, nämlich den öffentlichen Umgang mit Vergangenheit.

Die historischen Regional- und Heimatmuseen repräsentierten nach 1945 eine Gruppe von Einrichtungen, die auf eine sich im 19. Jahrhundert manifestierende bürgerliche Geschichtstradition zurückgingen. Sie waren mit ihren musealen Beständen und nicht zuletzt mit dem Museumspersonal in diesem Milieu verwurzelt. Schon hierin kann ein Erklärungsansatz dafür gesehen werden, warum die angestrebte „sozialistische Umgestaltung“ der historischen Museen bis zum Ende der DDR nicht vollständig realisiert werden konnte.

Ausgehend von der zentralen politischen und administrativen Ebene werden die organisatorischen und konzeptionellen Anstrengungen verfolgt, ein flächendeckendes Netz von historischen Museen zu installieren, Sammlungs- und Ausstellungsthemen vorzugeben und somit das gesamte Museumswesen zu steuern und zu kontrollieren.

Die zahlreichen Wechsel und Überlagerungen in der fachlichen Zuständigkeit für die Museen erfordern eine Untersuchung mehrerer Anleitungsebenen: Ministerium für Volksbildung,

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten, Kulturbund, Ministerium für Kultur und die ihm nachgeordnete Fachstelle für Heimatmuseen, späterhin Institut für Museumswesen der DDR. Aber auch die zentralen Parteiinstanzen, wie die Abteilung Kultur sowie Wissenschaft beim ZK der SED, und insbesondere das Institut für Marxismus-Leninismus gilt es in die Betrachtung einzubeziehen.

Einen weiteren Bezugspunkt bieten die fachlich-theoretischen Voraussetzungen der Museumsarbeit. Bestehende Bindungen und Interdependenzen zwischen der DDR-Geschichtswissenschaft und den historischen Museen werden herausgearbeitet. Gefragt wird nach grundlegenden historischen Leitbildern für die Museumsausstellungen. Verwiesen sei beispielsweise auf die mit dem so genannten Geschichtsbeschluss 1955 forcierte Hinwendung zur Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung auch in den Museen, die im Jahr 1958 einen Höhepunkt erreichte. Einbezogen werden gleichfalls die Diskussionen um eine „marxistische“ Museumswissenschaft.

Um Anspruch und Einlösung parteilicher Zielvorgaben hinreichend bewerten zu können, ist ein Vergleich der regionalen Museumspolitik in den Ländern bzw. Bezirken vorgesehen. Dies geschieht anhand von fünf Beispielmuseen in Rostock, Potsdam, Wernigerode, Weimar und Dresden. Dabei werden Spannungsverhältnisse im Zusammenwirken von Parteigliederungen, kommunalen Trägern und den fachlichen Entscheidungsträgern in den Museen selbst beschrieben. Die Erweiterung auf die regionale Ebene erscheint insofern gewinnbringend, da dadurch die Betrachtung des „kulturpolitischen Alltags“ möglich wird. Hier lagen die entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg oder Misserfolg der zentralen Geschichts- und Kulturpolitik.

Für die Arbeit steht eine umfangreiche archivalische Überlieferung der hier genannten Institutionen bis hinab zu den örtlichen Museen zur Verfügung. Darüber hinaus sollen auch Privatarchive ehemaliger Museumsdirektoren und -mitarbeiter ausgewertet werden.

JAN SCHEUNEMANN, 1973 in Sömmerda geboren, seit Januar 2004 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1995 bis 2000 Museumswissenschaft in Leipzig. Während mehrjähriger

Auslandsaufenthalte arbeitete er in Museen in England und Kanada. Ab 2001 Aufbaustudium in den Fächern Neueste Geschichte/Zeitgeschichte in Rostock und an der McGill University Montreal. Eine Untersuchung zur Fachstelle für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur der DDR bildete den Ausgangspunkt für sein Promotionsthema.

JUGENDMODE ALS JUGENDKULTUR IM KONTEXT DER ENTWICKLUNG DER POLNISCHEN VOLKSREPUBLIC UND DER DDR SEIT DEN 70-ER JAHREN



VON
ANNA PELKA

Während der Pubertät werden Jugendliche mit starken Veränderungen sowohl körperlich-physischer als auch seelisch-emotionaler Art konfrontiert. Die Suche nach der eigenen Identität und nach der eigenen Stellung in der Welt verläuft oft bzw. zeitweise den Vorstellungen der Erwachsenen entgegen, da die Bedürfnisse und Vorstellungen der Jugendlichen nicht immer den gesellschaftlichen Normen entsprechen. Bei ihren Versuchen, sich von der Erwachsenenwelt nicht selten demonstrativ abzugrenzen, wird das Äußere – die Kleidung, Accessoires, das Make-up – zum Ausdrucksmittel einer individuellen Differenzierung einerseits und einer Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder Subkultur andererseits.

Solche Individualisierungsprozesse waren in politischen Systemen mit totalitärem Anspruch stets unerwünscht. Dies galt auch für die Volksrepublik Polen und die DDR. Dort sollte Identität nicht über den Weg etwa einer individuell gewählten Mode entwickelt werden, sondern wurde vielmehr staatlicherseits vorgegeben. Aus Sicht der dortigen Obrigkeit hatten die Interessen der Jugend prinzipiell mit den Interessen des Staates und der Partei deckungsgleich zu sein. Die Uniformierung der Jugend, in der DDR mit dem Blauhemd der FDJ und mit der blauen Schuluniform in der VR Polen, sollte die gewünschte Identität stiften.

Diese Bemühungen kollidierten jedoch bereits in den fünfziger mit dem Drang der Jugend nach Distinktion, was zu permanenten Konflikten führte. Erst im Verlauf der sechziger Jahre wurde in beiden Ländern das Bedürfnis der Jugendlichen nach jugendgemäßer Mode grundsätzlich anerkannt und in der staatlichen Modeindustrie Schritt für Schritt berücksichtigt. Und so entstand eine Jugendmode, die – was das konkrete Angebot des Handels betraf – zwar dem Modegeschmack zumeist hinterher hinkte, aber dennoch bestrebt war, dem Stil der jugendlichen Kunden zu entsprechen. Parallel dazu akzeptierten die Partei- und Staatsführungen, dass die seit 1945 angestrebte und in der politischen Kultur der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurzelnde „Uniformierung“ der Jugend im Alltag nicht durchsetzbar war. 1973 entschied das ZK der PVAP explizit, dass Schüler selbst für ein angemessenes Aussehen in Kleidung und Frisur Sorge tragen sollten. Jetzt durften auch Mädchen beispielsweise in der Schule Hosen tragen. Die Uniform wurde abgeschafft. Diese Entscheidung stellte für dieses Thema eine Zäsur dar. Denn obwohl Bekleidungsverhältnisse in Polen kein Stoff der politischen Debatten gewesen war und die Mode sich schon seit der Zeit Gomułkas relativ frei entwickeln konnte (begrenzt wurde sie eher durch ökonomische Faktoren), brach die Regelung über die neuen Bekleidungsverhalten der Schüler letztendlich alle Hindernisse und Begrenzungen in der Frage der Jugendkleidung. Ein parteistaatliches Laissez-faire vermied fortan zumindest in dieser Frage Konflikte. Hartleibiger erwies sich demgegenüber die Partei- und Staatsführung in Ostberlin. In den sechziger Jahren wurden Schüler, die in Jeans bekleidet zum Unterricht erschienen, häufig nach Hause geschickt, um ihre Garderobe zu wechseln. In Zeiten der politischen Verhärtung wurden Jugendliche, deren Haarlänge in den Jahren nach dem Mauerbau auf Missbilligung stieß, zwangsweise zum Friseur geschleppt. Selbst in den siebziger Jahren, als die ersten Jeans in den Geschäften der DDR verkauft wurden, verweigerte manch übereifriger FDJ-Funktionär dem Träger einer Nietenhose den Zugang zur FDJ-Disko. Aber auch in der DDR spielte das Blauhemd im Alltag bald keine Rolle mehr. Lediglich bei den FDJ-Gruppensitzungen, bei offiziellen Veranstaltungen des Jugendverbandes sowie in dessen Funktionärskorps war die Uni-

form der Kampfesreserve der Partei fortan noch in größerem Umfang zu sehen.

Die Orientierung an der westlichen Mode war in Polen ungehemmt und erfolgte mit geringeren ideologischen Vorbehalten. Von einer sozialistischen Modeauffassung konnte hier nicht die Rede sein. Für die staatlichen Institutionen, die geschmacksbildend auf die Bevölkerung wirken sollten, etwa das Institut der Industriellen Formgestaltung oder das Handelsunternehmen „Moda Polska“, galten die Pariser Haute Couture und Prêt-à-porter als modisches Vorbild. Die polnischen Designer versuchten jede Saison nach Paris zu fahren und dort Impulse zu finden. Bei den in Polen – anders als in der DDR – in größerem Umfang verbliebenen privaten Modedesignern sowie –schneidern waren westliche Mode- und Frauenzeitschriften höchst begehrt. Sie lieferten die Vorlagen, nicht selten auch die Schnittmuster für die eigene Produktion. In Polen existierte nur der Westen als modisches Vorbild. Versuche, dem entgegenzuwirken, waren kaum von Erfolg gekennzeichnet. Dies galt auch für die Diskussionen, die in den siebziger Jahren im Warschauer Institut der Industriellen Formgestaltung über eine „einheimische“, „polnische“ Formgestaltung geführt wurden, die die Ästhetik der polnischen Volkskultur in das Design integrieren und gleichzeitig den Austausch zwischen Designern, Industrie und Konsumenten fördern sollte.

Demgegenüber versuchte man in der DDR weitaus intensiver, den Einfluss der Westmode zu begrenzen und eine sozialistische Modeauffassung durchzusetzen. Die Bekleidung für die Jugendlichen besaß im Denken der Obrigkeit weiterhin einen hohen Stellenwert für die Durchsetzung der eigenen politischen Vorstellungen. Die Jugendmode wurde so zum Instrument der Propaganda, weil durch „die Befriedigung der modischen Bekleidungsbedürfnisse der jungen Leute [...] Lebensfreude, Selbstbewusstsein und Leistungswille vermittelt werden“ sollte. Auf diese Weise versuchte man das Ziel zu erreichen, „eine sozialistische Persönlichkeit zu entwickeln, Jugendliche zu einer hohen Leistungsbereitschaft für die Gesellschaft zu stimulieren“.

Praktisch umgesetzt werden sollten diese Aufgaben vom Deutschen Modeinstitut (DMI) in Berlin mit dessen so genannten „Anweisungskollektionen“. Die modischen Leitlinien, die das Institut damit entwickelte, sollten die

Lebensauffassung der sozialistischen Gesellschaft widerspiegeln und gleichzeitig einerseits die materiell-technischen Möglichkeiten sowie andererseits auch die internationalen Trends berücksichtigen. Die Tendenzen der internationalen Modewelt sollten jedoch nicht unkritisch umgesetzt werden; „lässige und dekadente“ Auffassungen beispielsweise waren in der DDR unerwünscht.

Nur „gute Ideen“ sollten sich durchsetzen und wurden den sozialistischen Bedingungen angepasst. Denn trotz mancher Adaptionen westlicher Modelle wurde den westlichen Modemachern vorgeworfen, ein Modediktat anzustreben und die Jugend Westeuropas zum reinen Konsum heranzuziehen, um die eigenen Ziele der Gewinnmaximierung zu erreichen.

Jenseits derartiger politischer Absichtserklärungen sah die Realität anders aus. Ab Mitte der siebziger Jahre war die Vorbildfunktion der durch die Westmedien vermittelten Jugendmode auch in der DDR-Mode nicht mehr zu leugnen. Durch den verstärkten Einsatz von Modewerbung und die Arbeit der Jugendmodezentren sollten junge Kunden angesprochen und zu vermehrtem Kauf und Konsum von DDR-Waren angeregt werden.

Die bisherigen Archivrecherchen haben die Ausgangsthese des Dissertationsprojekts grundsätzlich bestätigt, das die Entwicklung der Jugendbekleidung in der VR Polen und in der DDR bei allen Gemeinsamkeiten doch signifikante Unterschiede aufwies. Es hat sich aber ebenfalls gezeigt, dass die Entwicklungspfade und die Gründe dieser Unterschiede nicht auf grundsätzliche Unterschiede zwischen Polen und der DDR (z. B. Mentalität / kulturhistorische Tradition; Nähe / Ferne zu ideologischen Postulaten; Bedeutung der Bundesrepublik für die DDR) allein zurückgeführt werden können, sondern weit mannigfaltiger sind als angenommen. Für die weitere Forschungsarbeit bedeutet das vor allem die Einbeziehung von politisch-ideologischen, kunsthistorischen und produkt-ästhetischen, soziokulturellen und technologisch-ökonomischen Aspekten. Nur so kann das Ziel der Dissertation erreicht werden, die Entstehung, Entwicklung und das ästhetische Bild der Jugendmode in der VRP und in der DDR seit etwa 1968 vergleichend zu zeigen und zu interpretieren.

Um das Bild der Jugendmode auch nur quantitativ einigermaßen vollständig zu erfassen,

ist – auf materiell-ökonomischer wie soziokultureller Basis – auf die ganz unterschiedlichen Bezugsquellen der Jugendlichen für Mode hinzuweisen. Sie waren sowohl in der DDR, als auch in der Volksrepublik Polen sehr ausgedehnt und vielschichtig. Neben den Jugendmodezentren gab es in Polen z.B. noch private Boutiquen, die nach Burda-Schnittmustern selbständig angefertigte Kleidungsstücke verkauften. Ebenso wichtig für die Jugendlichen waren Schwarzmärkte, in der DDR insbesondere die Westpakete (letzteres galt weniger für Polen) sowie An- und Verkaufsstellen und schließlich auch die eigene Produktion zu Hause. Für die Untersuchung von Bedeutung ist 1972 der eingeführte visafreie Grenzverkehr zwischen der DDR und der VR Polen (der indes in den frühen achtziger Jahren bereits wieder aufgehoben wurde). Die Dissertation wird also einerseits aufzeigen, wo die Jugendlichen die Inspiration für das Bekleidungsverhalten suchten, wie sie das Angebot des Staates beurteilten und andererseits werden die Tendenzen im Modedesign vorgestellt und die Leitkollektionen analysiert, die aber nicht selten nur ein Entwurf blieben

Beim gegenwärtigen Arbeitsstand des Projekts ist es bereits möglich, aus der Vielfalt der bislang erschlossenen Materialien Kriterien und Kategorien zu entwickeln, um die Unterschiede und Ähnlichkeiten des Jugendmodeschaffens in beiden Ländern zu definieren und im Detail auszuarbeiten. Im Zusammenhang damit wird danach gefragt, ob es spezifisch „nationale“ Merkmale der Jugendmode gab, wie sie zu bestimmen und zu bewerten sind. Vor allem gilt zu beantworten, ob es sich tatsächlich in beiden Ländern um „eine Karikatur der Westmode“ handelte, ob sich in den Modellen der DDR tatsächlich so etwas wie eine „sozialistische Modeauffassung“ auffinden lässt und schließlich, von wem die Jugendmode in den beiden Ländern diktiert wurde: von den Jugendlichen selbst, von den westlichen Modemachern, von der Partei oder von den einheimischen Designern?

Bei der Suche nach den Quellen wurde eine Reihe von Objektsammlungen aufgesucht wie: Stiftung Stadtmuseum Berlin, Modeabteilung/Modearchiv, Dokumentationszentrum für die Alltagskultur (Eisenhüttenstadt), Kleidersammlung des Museums der Europäischen Kulturen (Berlin), Kleidersammlung des Deutschen

Historischen Museums (Berlin), Kleidersammlung des Nationalmuseums Warschau (Zentrum der modernen Formgestaltung). Weitere wichtige Quellen stellen die audiovisuellen Materialien dar, die in folgenden Archiven zu finden sind: Filmabteilung des Bundesarchivs (Berlin), Deutsches Rundfunkarchiv (DDR-Bestände, Potsdam), Archiv RBB (Hörfunkarchiv, Berlin), Bildarchiv des Deutschen Historischen Museums (Berlin), Archiv für Audiodokumentation und Filmarchiv in Warschau. Ausgewertet worden sind Dokumente aus folgenden Institutionen: Bundesarchiv (Abt. DDR, Berlin), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) in Berlin, Landesarchiv (Berlin), Archiv der Jugendkulturen (Berlin), Robert-Havemann-Archiv (Berlin), Institut der Industriellen Formgestaltung (Warschau), Archiv der Stadt Warschau (Abt. Grodzisk Mazowiecki und Otwock), Staatsarchiv in Stettin, Archiv der Neuen Akten (Warschau), Kabinett der Manuskripte sowie Kabinett der Dokumentation des Soziallebens der Universitätsbibliothek in Warschau, Staatsarchiv in Krakau, Staatsarchiv in Lodz. Zu weiteren wichtigen Quellen zählen Zeitungen und Zeitschriften sowie Interviews mit Zeitzeugen.

ANNA PELKA, 1975 in Königshütte (Polen) geboren, seit Januar 2003 Stipendiatin der Stiftung, studierte Kunstgeschichte an der Universität Warschau. Ihre Magisterarbeit "Die Jugendmode der 60er, 70er und 80er Jahren in Polen" (2000) führte sie zu ihrem Promotions-thema. Seit 2000 lebt sie in Deutschland und ist als Übersetzerin und Dolmetscherin tätig. 2001 und 2002 Stipendiatin der Ruhr-Universität Bochum in Spanien; 2001-03 Teilnehmerin des "Ost-West-Promotionskollegs" der RUB.

KALTER KRIEG AUF DER ASCHENBAHN – EINE DEUTSCH-DEUTSCHE BEZIEHUNGSGESCHICHTE 1950-1972



VON
UTA ANDREA BALBIER

Zwanzig Mal wurde im Sommer 1972 im Münchner Olympiastadion zum Klang von ‚Auferstanden aus Ruinen‘ die Flagge der DDR gehisst. Neben zwanzig Olympiasiegern brachte die DDR 23 Sportler und Sportlerinnen auf das zweithöchste Treppchen. Die 23 Bronzemedail-
lengewinner unterstrichen zusätzlich den souveränen dritten Platz der DDR in der Nationenwertung der Spiele hinter der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Bundesrepublik belegte zwar vor heimischer Kulisse Rang vier der Gesamtwertung, erzielte jedoch insgesamt nur 40 Medaillen, davon lediglich 13 goldene. Die DDR war also als leistungsstärker, effizienter und erfolgreicher gewesen als ihr westdeutscher Konkurrenzstaat – zumindest bei den XX. Olympischen Sommerspielen.

Somit kommt es im Bereich des Leistungssport zu einer minimalen Schwerpunktverlagerung in der ‚asymmetrischen Parallelgeschichte‘ zwischen dem Erfolgsmodell Bundesrepublik und ihrem sozialistischen ‚Konkurrenzstaat‘, denn hier agierte die DDR seit Mitte der 1950er Jahre als der Herausforderer. Die geplante Dissertation untersucht die sportpolitischen Strukturveränderungen in der Bundesrepublik und der DDR in den 1960er Jahren und die damit einhergehende gesellschaftliche Neubewertung des Sports, die unmittelbar aus diesem Leistungsgefälle resultierten, aus beziehungs-
geschichtlicher Perspektive. Dadurch können für diesen Teilbereich der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte Aussagen getroffen werden, wie innerstaatliche Veränderungen östlich und westlich der Mauer unmittelbar durch die Existenz des ‚Konkurrenzstaates‘ geprägt oder sogar erst ausgelöst wurden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Prägung der Bundesrepublik durch ihre ‚verinnerlichteten Herausforderungen durch den Osten‘ (Niethammer), deren Aufar-

beitung noch aussteht. Dazu soll detailliert gezeigt werden, wie sich ostdeutsche Feindbilder zu einflussreichen Vorbildern wandelten, wie ‚sozialistische‘ Lösungsansätze in der Bundesrepublik perzipiert und teilweise in das freiheitliche System integriert wurden. Ebenso soll deutlich werden, wie sich die DDR zu diesem Transfer positionierte und dieser wiederum auf deren innerstaatliche Entwicklung zurückwirkte.

Die Beziehung der beiden deutschen Staaten im Bereich des Sports wird anhand dreier Kategorien untersucht, die auf das von Christoph Kleßmann angeregte Untersuchungsmuster, ‚Verflechtung und Abgrenzung‘ zurückgehen. Dieses wird durch die Kategorie ‚Konkurrenz‘ ergänzt. Im Zentrum der Betrachtung stehen einzelne Akteure aus dem Bereich des organisierten Sports, der Politik und der Öffentlichen Meinung. Es wird jedoch unterstellt, dass sie die Einstellungen der sie umgebenden Gesellschaften teilen und reflektieren. Daher werden jeder Kategorie Forschungshypothesen zugeordnet, die darauf abzielen, einen weiteren Blick auf das Verhältnis der beiden deutschen Gesellschaften zu geben. Der Begriff ‚Abgrenzung‘ beschreibt die für beide Staaten konstitutive Ablehnung des jeweils anderen Systems, und hilft künstliche Parallelisierungen zu vermeiden. Die Kategorie ‚Verflechtung‘ bezieht sich auf zwei unterschiedliche Untersuchungsebenen. So stehen nicht nur die tatsächlichen Interaktionen der sportlichen Akteure und Funktionäre auf internationaler und olympischer Ebene im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses, sondern auch deren mentale Verflechtung durch die sie umgebende historische Konstellation des Kalten Krieges, die zu einer merklichen Angleichung ihrer Argumentations- und Handlungsmuster führt.

Die Kategorie ‚Konkurrenz‘ ist sowohl dem sportlichen Wettkampf als auch der Systemauseinandersetzung im Kalten Krieg inhärent und stellt somit das thematische Bindeglied zwischen Sport- und Beziehungsgeschichte dar. Außerdem liegt der Untersuchung die Hypothese zugrunde, dass die Beziehung zwischen beiden deutschen Staaten seit dem Beginn der 1960er Jahre, parallel zu den gesellschaftlichen Veränderungen in ihnen, an Dynamik gewinnt. Die DDR wurde nach ihrer heimlichen ‚Geburtsstunde‘ (Staritz) im August 1961 von der Bundesrepublik verstärkt als Konkurrent wahr-

genommen, da sie sich mit dem Mauerbau längerfristig etabliert hatte. Auf diese neuartige Konkurrenz reagierten beide deutsche Staaten mit einem höheren Maß an Flexibilität. Dies gilt insbesondere dahingehend, dass systemfremde Mechanismen wie ‚kapitalistische Anreize‘ im Osten oder ‚Planungseuphorie‘ im Westen zumindest diskutierbar werden – wenn auch in der Diktatur im geringeren Ausmaß als in der Demokratie.

Die geplante Untersuchung versteht sich jedoch nicht nur als Beitrag zur deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte, sondern möchte gleichzeitig den Zugang der Zeitgeschichte zum Thema Sport erweitern. Dieser soll mit der bisher üblichen politikhistorischen Fixierung auf sportliche Strukturen brechen, um so den kulturellen Besonderheiten des Untersuchungsgegenstandes besser gerecht zu werden. Denn Sport ist nicht nur ein gesellschaftlicher Teilbereich, sondern eben auch ein Kulturphänomen mit eigenem Charakter, der sich im Kontext historischer Prozesse wandelt. Facetten dieses Charakters sind beispielsweise der Stellenwert der Leistung, seine politische Aufgeladenheit sowie Fragen der Vermassung und Vermarktung.

Von daher erscheint es sinnvoll zwei Untersuchungsfelder abzustecken, die von der Zeitgeschichte des Sports bisher weitestgehend ignoriert wurden. Erstens den Bedeutungswandel des Sports im Kalten Krieg und zweitens dessen Schnittstellen zu anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Bedeutungswandel: Der Sport ist offen für Bedeutungszuschreibungen von außen. Diese beschränkten sich jedoch in den Jahrzehnten zwischen 1950 und 1970 nicht nur auf seine Deklaration als Nebenschauplatz des Kalten Krieges. Vielmehr lässt sich eine gesellschaftliche Neubewertung des Sports an einer Reihe weitaus differenzierterer Zuschreibungen ablesen, beispielsweise durch eine Untersuchung der Begriffspaare Staat/Sport; Freizeit/Leistung; Spitzensportler/Gesellschaft. Besonders gewinnbringend erscheint die Einbeziehung dieser Untersuchungsebene, da sie es möglich macht, Aussagen über längerfristige Traditionen des Sports in beiden deutschen Staaten zu treffen.

Gesellschaftliche Schnittstellen: Es ist seit jeher das „Steckenpferd“ der Zeitgeschichte des Sports gewesen, nach der gesellschaftlichen Schnittstelle zwischen Sport und Politik zu fra-

gen. Dies wurde zum Anlass genommen den Sport als gesellschaftlichen Freiraum zu erklären, um dann seine Politisierung von oben zu untersuchen. Dieses Bild verlangt eine Ergänzung. Daher sollen in der geplanten Arbeit zwei andere Schnittstellen zwischen Sport und Gesellschaft geprüft werden, nämlich die zwischen Sport und Wirtschaft sowie zwischen Sport und Wissenschaft. Dazu wird die umgekehrte Hypothese zugrunde gelegt, dass Sport immer Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Veränderungen (Elias) und somit kein Freiraum per se ist. Erst darüber erklärt sich, wie der Sport in der DDR in den Prognostikboom der frühen 1960er Jahre einbezogen wurde und warum der bundesdeutsche Sport der Planungseuphorie der späten 1960er Jahre erlag.

Die geplante Dissertation stellt sich in die Tradition der Arbeiten zur deutschen Beziehungsgeschichte, die seit den 1980er Jahren eng mit dem Namen Christoph Kleßmann verbunden ist. Dabei folgt sie insbesondere dem methodischen Konzept von ‚Verflechtung und Abgrenzung‘, das auch den beiden Bänden aus den 1990er Jahren ‚Doppelte Zeitgeschichte‘ und ‚Deutsche Vergangenheiten – ein gemeinsame Herausforderung‘ zugrunde lag. Obwohl das methodische Rüstzeug somit gegeben war, mangelt es nach wie vor an detaillierten Vergleichs- und Beziehungsstudien zwischen beiden deutschen Staaten. Daran änderten auch die inspirierenden Arbeiten von Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers ‚Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften‘ und Bernd Faulenbach ‚Modernisierung‘ in der Bundesrepublik und in der DDR während der 1960er Jahre‘ nichts, die beziehungsgeschichtliche und komparative Fragestellungen der deutsch-deutschen Geschichte besonders für die 1960er Jahre aufzeigten. Die in den letzten Jahren boomende Forschung zu diesem Jahrzehnt verlief dennoch weitgehend entlang der innerdeutschen Staatsgrenze und kam über verstohlene Blicke über die Mauer kaum hinaus.

Erstaunlicherweise finden sich jedoch im weiteren Umfeld einer Zeitgeschichte des Sports gleich mehrere beziehungsgeschichtlich ausgerichtete Arbeiten zu den innerdeutschen und internationalen Sportbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Den Grundstein für deren Aufarbeitung legte der Politologe Ulrich Pabst bereits im Jahr 1980 mit seiner

Analyse ‚Sport – Medium der Politik? Der Neuaufbau des Sports in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg und die innerdeutschen Sportbeziehungen bis 1961‘ ihm folgte im Jahr 1995 der überaus wertvolle Aufsatz Martin Geyers ‚Der Kampf um nationale Repräsentation. Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die „Hallstein-Doktrin“‘. Tatsächlich werden diese Arbeiten dem Phänomen des Sports als Grenzen übergreifendem Bindeglied und Teil des diplomatischen Anerkennungswettkampfs gerecht. Keine von ihnen enthält jedoch Aussagen über den sportpolitischen Strukturwandel in den 1960er Jahren, der in der vorliegenden Arbeit als weitergehende Untersuchungsebene des sportlichen Wettkampfs der Systeme eingeführt wird. Zu den sportpolitischen Strukturveränderungen und dem damit einhergehenden Bedeutungswandel des Sports im Laufe der 1960er Jahre in beiden deutschen Staaten liegen bisher lediglich einige wenige Untersuchungen aus den Sport- und Politikwissenschaften vor. Diese Lücke soll nun geschlossen werden.

UTA ANDREA BALBIER, 1974 in Saarbrücken geboren, wird seit Anfang 2003 von der Stiftung unterstützt, studierte Neuere Geschichte, Politik- und Kommunikationswissenschaften in Münster, Westf., und Hull, England. Über ihren Magisterabschluss in Neuerer Geschichte kam sie 2000 zur Sportgeschichte. 2001 wurde sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Zeitgeschichte des Sports der Universität Potsdam. Dort entstanden ihre ersten Veröffentlichungen zur deutsch-deutschen Sportgeschichte.

DIE KINDER- UND JUGENDSPORTSCHULEN DER DDR 1949–1990

VON
RENÉ WIESE



Das Geheimnis hinter dem ‚Sportwunder DDR‘ ist in seinen ‚Goldkindern‘ zu suchen. Die heutige Form der Sportschulen und Sportgymnasien in Ostdeutschland wird gemeinhin

auf das „Erbe des DDR-Sports“ zurückgeführt. Die Schulen gelten heute als Zukunftsmodell für eine erfolgreiche Nachwuchsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, da die Medaillenstatistiken noch immer leistungssportliche Defizite der bevölkerungsreicheren Altbundesländer belegen. Urtyp dieses Modells waren die so genannten Kinder- und Jugendsportschulen (KJS) der DDR, deren Schüler und Absolventen die DDR-Nationalmannschaften bestückten und zu den prestigeträchtigen Erfolgen des DDR-Leistungssportsystems beitrugen. Eine solche positive Einschätzung der KJS berücksichtigt jedoch nur die sportliche Leistungsfähigkeit ihrer Absolventen. Die jeweiligen Kosten, der Organisationsgrad, der politische Charakter dieser Schulen in der Zeit der SED-Diktatur werden jedoch zur Urteilsfindung meist nicht hinzugezogen, da Forschungsergebnisse zu diesem Teilsegment des DDR-Sports in nur geringem Maß vorliegen.

Die geplante Dissertation untersucht deshalb die Genese und Entwicklungslinien dieses Schulmodells im Zeitraum von 1949 bis 1990. Die Arbeit ist als eine struktur- und organisationsgeschichtliche Untersuchung angelegt, die aus sportpolitischer und bildungspolitischer Perspektive das „Erfolgsmodell KJS“ überprüfen will. Diese Studie eröffnet einen erweiterten Zugang zur DDR-Sportgeschichte, indem sie erstmals die Wechselbeziehungen zwischen Leistungssport und Schule von Kindern und Jugendlichen in den Blick nimmt. Es soll gezeigt werden, wie sich die Konturen des KJS-Modells aufgrund der politischen Interaktion von Leistungssport und Bildung immer mehr veränderten und die KJS vom eigensinnigen Modellversuch zu „perfekt“ gesteuerten Leistungssporteinrichtungen wurden.

Die Quellengrundlage zu dieser Thematik ist insgesamt ausgesprochen gut: Auf zentraler Ebene steht die Überlieferung des Ministeriums für Volksbildung (MfV), der SED, des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB), des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport (SKKS) sowie zu Spezialaspekten der Freien Deutschen Jugend (FDJ), des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der Sportvereinigungen „Dynamo“ und „Vorwärts“ zur Verfügung. Allerdings sind Überlieferungslücken zu verzeichnen: Die Bestände der SED und des MfV weisen vor allem für die frühen 50er Jahre Lücken auf, die auch mit Hilfe von Parallel-

überlieferungen nicht geschlossen werden können. Die kontinuierlich auftretenden Leerstellen in der archivalischen Hinterlassenschaft des DTSB lassen sich zumeist aufgrund des regen Informationsaustauschs mit dem MfV und der SED ausgleichen. Aufgrund der Aktenfülle dieser drei Bestände wird der Bestand des SKKS aus methodischen Gründen nur selektiv bearbeitet, da die programmatische Verantwortung für die KJS bei Partei, MfV und DTSB lag.

Die regionalen Archive und Schularchive geben darüber Auskunft, wie die sport- und bildungspolitischen Maßnahmen an den KJS durchgesetzt wurden und wie sich der Alltag gestaltete. Diese Bestände differieren besonders stark in ihrem Umfang, ihrer Vielfalt und im Überlieferungszeitraum. Eine Bearbeitung erfolgt deshalb nur, wenn dies die Datendichte erlaubt und eine entsprechende Repräsentativität für die Gesamtentwicklung zu erwarten ist.

Die Geschichtsschreibung zum DDR-Sport hat sich im ersten Jahrzehnt nach dem uneingeschränkten Zugang zu den DDR-Archiven vor allem auf die zentralen Instanzen des DDR-Leistungssports und die Aspekte der „Durchherrschaft“ und Repression konzentriert. Diese politik-historischen Studien haben ausführlich die Systemmerkmale und Funktionsweise des Leistungssportsystems der DDR in seiner finalen Form beschrieben. Ein großes Forschungsdesiderat bildet jedoch nach wie vor die untere Stufe dieses Systems: der Nachwuchsleistungssport. Dazu gehören der Schulsport, die Trainingszentren (TZ), die „Einheitliche Sichtung und Auswahl“ (ESA), die Spartakiadebewegung und die KJS. Wie Hans Joachim Teichler bereits 1999 feststellte, steht die „Geschichte der KJS“ noch aus. Die Forschungen zur Geschichte der Kinder- und Jugendsportschulen der DDR befinden sich noch in den Anfängen. Einige wenige Beiträge beschäftigten sich bisher mit Spezialaspekten des KJS-Systems in der DDR: die pädagogische KJS-Forschung in den 70er/80er Jahren, die KJS-Entwicklungen der Frühzeit, der Einfluss des MfS sowie die Organisationsstrukturen der DDR-Endzeit.

Die Forschungshypothese, dass die KJS Basis des DDR-Leistungssportsystems bildete, kann nach jetzigem Bearbeitungsstand nur für einzelne Entwicklungsabschnitte gelten. Obwohl der Name des Schultyps eine sportliche Orientierung impliziert, kann zum Entwicklungsabschnitt der 50er Jahre eine leistungs-

sportliche Fixierung nur bedingt nachgewiesen werden. Die Förderung der sportlichen Talente in den Gründerjahren der KJS zeichnete sich durch eine breite und vielseitig angelegte Ausbildung im Rahmen des Sportunterrichts aus. Eine Wandlung zu einer gelenkten und kontrollierten Leistungssportinstitution auf Basis eines sportartenspezialisierten Trainings setzte erst gegen Ende der 50er Jahre ein. Dieser Wandlungsprozess vollzog sich kontinuierlich im zweiten Jahrzehnt nach Gründung der KJS in den 60er Jahren. Die Untersuchung der leistungssportlichen Ausprägung in den 70er und 80er Jahren erfolgt im nächsten Bearbeitungsgang des Dissertationsvorhabens.

Methodisch ist eine politik-historische Betrachtung notwendig, da der DDR-Leistungssport nur im Herrschaftszusammenhang interpretiert werden kann. Die zentralen Untersuchungsebenen der Dissertation sind die gesellschaftlichen Bereiche Leistungssport und Volksbildung. Hierbei ist zunächst der Aspekt der „Durchherrschaft“, also der Machtzugriff der SED und deren Transmissionsriemen zu analysieren. Es soll detailliert gezeigt werden, inwieweit die „DDR-Sportführung“ (SED/DTSB) in das Bildungsmodell eingriff und welche Mittel und Methoden sie zur Durchsetzung ihrer Ziele entwarf. Als Untersuchungskategorie eignet sich deshalb die Organisationsstruktur des KJS-Systems, welche anhand der Kriterienpaare „Lenkung und Kontrolle“, „Verflechtung und Abgrenzung“ sowie „Erfolg und Misserfolg“ im gesamten Betrachtungszeitraum überprüft werden soll.

Wie die Forschung gezeigt hat, spielen die Aspekte der Organisationsentwicklung, der Finanzierung und des Einflusses gewichtiger Akteure bei der Beschreibung und Erklärung des DDR-Leistungssportsystems eine bedeutende Rolle. Zu den Eckpfeilern, die das Gesicht des DDR-Leistungssports bestimmten, gehörten: die Gründung der Sportclubs (SC), die Schaffung einer Leistungssportkommission (LSK), die gezielte Ressourcenverteilung an wenige Sportarten, der Aufbau einer geheimen Sportforschung, die Zuweisung der materialintensiven Sportarten an zumeist nichtzivile Träger, das Prognostiksystem im Leistungssportmanagement, die zielgerichtete politisch-ideologische Erziehung der Sportler sowie der flächendeckende Einsatz von Sportmedizin und Doping. Deshalb wird in Bezug auf die KJS zu

fragen sein, wie sich solche Entwicklungsmaßnahmen in den KJS niederschlugen. Nach bisherigem Erkenntnisstand kann davon ausgegangen werden, dass leistungssportliche Entwicklungen in den 50er und frühen 60er Jahren noch relativ verzögert, ab den späten 60er Jahren dann jedoch vollends zum Tragen kamen. Es ist zu vermuten, dass die Konzentration auf den Leistungssport nicht nur rein sportliche Folgen hatte, sondern auch auf die Institution Schule rückwirkte. Zur Klärung dieser Frage sind die Bereiche der Schulorganisation, des Lehrplans, der pädagogischen und didaktischen Wissenschaft sowie der ideologischen Erziehung der Schüler eingehend zu untersuchen.

Als Forschungshypothese wird von einer „Systemparallelität“ und „Systemsubstitution“ ausgegangen, wobei sich die Entwicklungsverläufe von Leistungssport und KJS immer mehr annäherten und ineinander verflochten. Die KJS lösten sich aus dem uniformistischen und ideologisch fest gezurrten Bildungssystem mehr und mehr heraus und verkümmerten zu einem Instrument des elitären Leistungssports. Es soll bewiesen werden, dass die KJS ein „relativ autonomes Subsystem“ innerhalb der DDR-Volksbildung darstellten, nach eigenen Regeln funktionierten und die ungeheure Entwicklungsdynamik des Leistungssports aufnahmen. Dieser Ablösungsprozess lässt sich an der gezielten Politik der DDR-Sportführung nachweisen. Daraus entsprang ein Machtkampf zwischen der Sportführung und der Volksbildung (MfV/ZK-Abt. Volksbildung) um die Entscheidungskompetenz über die KJS, der Konflikte verursachte und veränderte Machtstrukturen zu Tage förderte.

Jedoch ist die Perspektive der „Durchherrschaft“ nicht ausreichend, da der Machtzugriff der SED durchaus nicht umfassend war. Deshalb müssen auch die Motive und Eigenwilligkeiten der handelnden Akteure einbezogen werden. Notwendig ist eine „Innensicht“ des KJS-Systems, die das Alltagsleben an den KJS in den Mittelpunkt rückt. Die Beschreibung und Analyse des Alltagslebens und der Biografien der Schülerinnen und Schüler soll zeigen, dass die politische Organisationsmacht im Alltagsleben aus sportlicher, schulischer und sozialer Perspektive nur begrenzt griff. Kollektivbiografien der jugendlichen Leistungssportler stehen hier neben sehr individuell geprägten Biogra-

fien, deren Erfahrungen einerseits zu einer leistungssportspezifischen Prägung und andererseits zu den herkömmlichen Alltagsbeschreibungen von Jugendlichen in der DDR gerechnet werden können.

RENÉ WIESE, 1968 in Rathenow geboren, seit August 2003 Stipendiat der Stiftung, studierte Geschichte, Sport und Erziehungswissenschaften an der FU Berlin. Nach Abschluss des Ersten Staatsexamens wurde er 1999 Projektmitarbeiter am Arbeitsbereich Zeitgeschichte des Sports der Universität Potsdam. Während seines zeitgleich absolvierten Referendariats entstanden erste Veröffentlichungen zur DDR-Sportgeschichte (u.a. Trendsport und Erziehung im Sport).

JUGENDSUBKULTUR UND STAATSGEWALT IN DER DDR-PROVINZ

VON
PETER WURSCI



„Guten Tag Herr Pfister, zeigen Sie bitte mal Ihren Ausweis!“ Der Aufforderung des ABV, des Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei, konnte sich der Punk schwerlich entziehen, musste er doch seiner Ausweispflicht nachkommen, um nicht mit auf die Wache genommen zu werden. Gleichwohl war die Angelegenheit an Sinnlosigkeit kaum zu überbieten. Der Punker "Herr Pfister" war ihn Suhl – der „Hauptstadt“ des kleinsten DDR-Bezirktes – stadtbekannt. Und doch bringt der Satz vieles auf den Punkt, was bei der "Bearbeitung" jugendlicher Subkulturen in der DDR und speziell in Südthüringen, ihres Eigensinns und der daraus resultierenden staatlichen Gegenreaktionen, zu Tage getreten ist: Die Überschaubarkeit der Provinz, das Besondere der Existenz von jugendlichen Subkulturen darin, sowie deren begrenzte Möglichkeiten einer eigensinnigen Entwicklung.

Im Februar 1984 wollen sich im Suhler Standesamt Sabine Eilert und Jürgen Bartel, genannt KUBA, das Ja-Wort geben. Siebzehn

Freunde, die meisten wie sie Besucher des Montagskreises in der evangelischen Kreuzkirche, wollen mit ihnen feiern. Da gerade Fasching ist, herrscht eine lockere Atmosphäre. Man wirft sich in den alternativen „Ausgeschick“, sammelt auf dem Weg zum Standesamt Blumen und schlendert gemeinsam zur Hochzeit. Als Sabine Eilert die entscheidende Frage der Standesbeamtin mit NEIN beantwortet, ist der Skandal perfekt. Die Behörden empfinden „...das provokatorische [sic!] Verhalten (der Gruppe P.W.), wie Erscheinen in Faschingskleidung, das Lachen der Eilert als die Genossin Patz die NVA würdigte, das Tragen der Abzeichen „Schwerter zu Pflugscharen“ usw ...“ (Information an den RdS Suhl, 5.3.1984) als unannehmbar. Die Maschinerie der Staatsgewalt läuft an. Aus einer zwischenmenschlichen Tragödie wird eine politische Affäre. Die Teilnehmer der Hochzeit werden „zugeführt“ und z.T. Tage lang verhört. KUBA, der für die Hochzeit von einem NVA-Manöver freigestellt ist, wird inhaftiert und der Montagskreis noch ausführlicher operativ bearbeitet als zuvor. In einem dieser Verhöre legt ein Beamter seine Sicht der Dinge dar: „...1968 waren es die Tschechen in Prag, 1981 war es Solidarnosc, die Gewerkschaften in Polen, und jetzt wird es nicht die Friedensbewegung in der DDR, und schon gar nicht der Montagskreis! Und darum sind sie hier und wir sitzen auch hier.“ (Interview Klaus Michael).

Die geplatze Hochzeit stellte ein einschneidendes Ereignis für die nonkonforme Jugendszene in Suhl dar. Einige der Beteiligten verließen daraufhin die Stadt oder gar das Land, andere zogen sich aus dem Montagskreis zurück. Die SED führte diese Hochzeit in ihren Unterlagen stets als warnendes Beispiel, „wie es nie wieder sein darf...“ an. Die Be- und Verarbeitung dieses Ereignisses zeigt, wie in einem ruhigen, landwirtschaftlich geprägten Bezirk sich die Apparate ihre potemkinschen Feinde schufen, um dann eine erfolgreiche Bearbeitung an die übergeordneten Dienststellen melden zu können. Schließlich musste die Bezirksverwaltung des MfS die 1754 hauptamtlichen und 5352 Inoffizielle Mitarbeiter auch rechtfertigen.

Die Wachsamkeit und die Sicherheitsbestrebungen der SED waren ein politisches Strukturmerkmal des knapp 4000 Quadratkilometer großen Bezirktes. In neun Kreisen, von denen fünf direkt mit der 390 km langen deutsch-

deutschen Staatsgrenze des Bezirkes in Berührung kamen, lebten rund eine halbe Million Einwohner (alle Zahlen 1989). Zwei Bataillone der Grenztruppen der NVA und ein Stützpunkt der Roten Armee sorgten für die äußere Abschirmung. Im Inneren hatte die SED mit dem nach dem zweiten Weltkrieg stark unterindustrialisierten Gebiet zwischen Rennsteig und Rhön, dass erst am 03. Juli 1945 dem Herrschaftsbereich der Roten Armee zugeschlagen wurde, Großes vor. Ein sozialistischer Musterbezirk sollte entstehen. Neben der „Aufrechterhaltung einer ständig hohen Führungsbereitschaft“ (Statut BEL) zur Abwehr der Feindtätigkeiten, war der Ausbau einer industriellen Infrastruktur, die die wirtschaftliche Überlegenheit einer zentralistischen Planung demonstrieren sollte, wichtigstes Ziel. Dem Bezirk kam daher ab Mitte der 60er Jahre eine Vorreiterrolle bei der Einführung des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ zu. Nach dessen Scheitern wurden 1972 innerhalb von wenigen Monaten 6652 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (BSB), 2916 Privatbetriebe und 1740 industriell produzierende PGH in VEB umgewandelt. Dieser intensive ökonomische Umbau des Bezirkes lief parallel zur politischen Verfestigung der SED-Macht. Der 1968 eingesetzte 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Hans Abrecht, war ein ausgewiesener Hardliner und saß als „Bezirksfürst“ im ZK der SED und dem Nationalen Verteidigungsrat. Er festigte mit seinem Führungsstil das Urteil in der DDR, der Bezirk sei die „Rote Gebirgsrepublik“, die „verschlafen“, „eigen“ und „restriktiv“ - so die Zeitzeugen - da „hinterm Berg“ liege. Das Fehlen eines urbanen Zentrums machte sich dabei am deutlichsten bemerkbar. Und obwohl vor allem die Jugendlichen in die westdeutsche Medienwelt flüchteten, entwickelten sich jugendliche Subkulturen nur langsam. Das lässt darauf schließen, dass die Entstehung solcher Gegenkulturen immer auch eine gesellschaftlich endogene Entwicklung darstellt. Da diese sich vor allem in (groß)städtischen Gebieten entwickeln, verzögerte sich deren Entstehung in der DDR und insbesondere im Bezirk Suhl.

Dennoch waren Jugendkulturen von Anfang an eine gesamtdeutsche Erscheinung, die sich auf dem Gebiet der DDR in adaptierter und abgewandelter Form durchsetzten. Durch die besondere politische Situation, den damit verbun-

denen Sicherheitsinteressen und der kleinbürgerlichen Atmosphäre, waren ihrer Herausbildung im Bezirk Suhl enge Grenzen gesetzt. Diese rigiden Umstände sorgten zugleich dafür, dass sich Jugendliche bewusst und offensiv mit ihrem „Anderssein“ auseinander setzen mussten. So war dort der Schritt vom „normalen“ DDR-Alltag in die Subkultur kleiner und größer zugleich, als dies in den urbaner geprägten Gegenden der Fall war. Kleiner, weil bereits geringe Abweichungen von der Norm aufmerksam registriert wurden; größer, weil es dementsprechend mehr Mut erforderte, eigene Wege zu gehen. Das verdeutlichen auch die Ereignisse um die Faschings-Hochzeit 1984. Aus Spaß wurde schnell Ernst. Und die Spielregeln bestimmte der Staat. Das führte dazu, dass sich im Bezirk Suhl subkulturelles Leben oft nur ansatzweise entwickeln konnte. Trotzdem kann man, angefangen bei den Halbstarcken in den fünfziger, über die nachfolgende Beatgeneration, den Hippies und den Bluesern der 60er und 70er Jahre, die vor allem in den Räumen der evangelischen Kirche aktiv wurden, bis hin zu dem Punks, Heavys und Gruftis der 80er Jahre subkulturelles Leben vor Ort finden.

Um das nonkonforme Leben der Jugendlichen, den Willen zum eigensinnigen Handeln darzustellen, wurden mit den jeweiligen Protagonisten der Jugendsubkulturen biographische Interviews geführt. Damit kann ihre Intention und Perspektive auf die Ereignisse nachgezeichnet werden. Diesen Zeitzeugenberichten werden die Akten der staatlichen Institutionen, der SED-Bezirksleitung, des MfS, der FDJ und des Rates des Bezirkes und der Kreise mit ihrer Sicht auf die jugendliche Entwicklung entgegen gestellt.

Das sich dadurch abzeichnende Bild lässt Rückschlüsse auf die Entwicklung von jugendlichen Handlungen zu, die weit über die Bezirksgrenzen herausgingen. So entwickelte sich auch im Südthüringer Raum der Eigensinn von Jugendlichen anfänglich stets aus einem Lebensgefühl, d.h. einem kulturellen Aufbegehren. Musik war dabei der wichtigste Indikator und Sozialisationsfaktor. Erst durch die Ausgrenzung und Kriminalisierung dieser Jugendlichen durch staatliche Institutionen wurden viele der subkulturellen Jugendlichen nicht selten gegen ihren Willen politisiert. Und so nahmen die nonkonformen Jugendlichen durch ihre Konfliktbereitschaft und ihren Kampf um gesell-

schaftliche Freiräume eine Vorreiterrolle bei der sich vollziehenden Individualisierung der DDR-Gesellschaft ein. Die staatliche Jugendpolitik war auf Dauer zum Scheitern verurteilt, da sie häufig nur auf Entwicklungen unter der Jugend reagierte und als Akteur vor allem den äußeren Schein und nicht das tatsächliche Sein des jugendlichen Alltags gestaltete. Gerade im Umgang mit den „nicht angepassten“ Jugendlichen wird deutlich, dass das dogmatisch und zentralistisch verfasste Erziehungskonzept an den Lebensvorstellungen der Jugendlichen vorbeiging. Diese waren dann auch die ersten, die den Herrschenden nachhaltig ihre Loyalität entzogen.

Auffällig ist, dass die bisher befragten Zeitzeugen noch immer mit Unverständnis von ihrer erlebten Ausgrenzung berichten. Alle wiesen oppositionelle oder revolutionäre Gedanken weit von sich und berichten viel mehr über ihre eigene Angst und Resignation als über ihre Intention, damit eine Reaktion der Staatsmacht zu provozieren. Daher ist ihr kulturelles Aufbegehren sicher nur indirekt in die geläufigen Kategorien von Widerstand, Opposition, Dissidenz etc. einzuordnen. Vielmehr ist hier eine Verschiebung des zwangsläufigen (Generationen)Konfliktes zwischen Jugendlichen und ihren Eltern zu erkennen: Weg aus einer gesellschaftlichen Sphäre, hin in die Politische. Doch durch ihren geistigen Ausbruch aus der gesellschaftlichen Enge und ihrer starken Betonung des eigenen Individuums, standen sie konträr zur SED-Zielvorstellung einer „sozialistischen Persönlichkeit“. Für viele Jugendliche hatte das Spiel mit subkulturellen Elementen, die Ablehnung der DDR-Wirklichkeit und die Suche nach dem eigenen Ich schwerwiegende Folgen in ihrer Lebensplanung. Es blieb aber ein Spiel. Ein Spiel gegen vorgestanzte Wahrheiten und Widerstände in der Bevölkerung. Mit der Infragestellung und Ironisierung der erlebten Realität konnten die Herrschenden, eingerichtet in einem dogmatischen Freund-Feind-Denken, nicht umgehen und bekämpften sie. Aber dadurch ließen sich die Jugendlichen letztlich nicht mehr von ihrem Weg abbringen.

Pfister, der Punker, beschreibt, wie sich bei den Ausweiskontrollen ein Gewohnheitseffekt einstellte: „Du hast den Ausweis schon (vorher) rausgeholt, und bist mit ihm losgelaufen. Das war z.B. so ein Ding, den schon vor sich herzutragen. ‚Hier, willst Du ihn endlich sehen?‘“

PETER WURSCHI, geboren am 17.02.1975 in Suhl, befindet sich seit April 2003 in der Förderung, 1995-2000 Studium der Politikwissenschaften, Soziologie und Philosophie, später Psychologie an der Universität Leipzig. Neben dem Studium Mitarbeit von 1998 bis 2000 bei der Erstellung der Ausstellung „Diktatur und Widerstand in der DDR“ im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig und ab 2000 im Berliner Büro von Katrin Göring-Eckardt, MdB. Vater einer Tochter.

DIE ARCHITEKTUR DER
MFS-UNTERSUCHUNGSHAFTANSTALTEN.
BAUFORSCHUNG IN BERLIN-
HOHENSCHÖNHAUSEN, DRESDEN,
MAGDEBURG, POTSDAM UND ROSTOCK



VON
GUDRUN SCHAARE

Gemäß der UN-Menschenrechtskonvention gilt für alle einer Straftat verdächtigten Personen bis zur Verurteilung durch ein ordentliches Gericht die Unschuldsvermutung. Wird aufgrund der Schwere einer Straftat eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung verhängt, so wird der Täter in der Regel erst nach dem Urteilspruch inhaftiert. Ein Beschuldigter kann bereits vor der Verhängung eines Urteils auf Anordnung eines Richters in Untersuchungshaft genommen werden, wenn von ihm eine kriminelle Gefahr ausgeht, er mit hoher Wahrscheinlichkeit für eine Tat verantwortlich ist, die mit Freiheitsstrafe geahndet wird sowie insbesondere die Gefahr der Flucht, Verdunklung oder neuerlicher Straftaten besteht. Die Untersuchungshaft dient allein Sicherungszwecken, keineswegs der Strafe und darf nicht für geringfügige Vergehen verhängt werden. Die hier genannten Kriterien für die Verhängung von Untersuchungshaft sind in allen Rechtsstaaten weitgehend gültig und fanden sich auch in der Strafprozessordnung der DDR der siebziger und achtziger Jahre im Grundsatz wieder. Die Rechtsrealität der SED-Diktatur sah indes anders aus. Dies gilt insbesondere für die Untersuchungshaft, die das Ministerium für Staatssicherheit im Rahmen

nisterium für Staatssicherheit im Rahmen seiner Ermittlungen verhängen konnte und für die das „Schild und Schwert der Partei“, über eigene Haftanstalten verfügte. Die Untersuchungshaft hatte für die Staatssicherheit einen erweiterten funktionalen Charakter. Sie sollte – so Johannes Beleites in einer ersten umfassenderen Studie zu diesem Thema – eine Situation der Desorientierung (durch Art und Weise der Festnahme, Einlieferung- und Aufnahmepraxis, Unterbringung und Tagesablauf), der vollständigen Isolierung (durch Reglementierung von Briefverkehr, Besuchen und Freigang), permanenten Überwachung (durch Zellenüberwachung und -durchsuchung, Kontrolle durch Spitzel und „Wanzen“) und vollkommene Ohnmacht gegenüber dem Vernehmer (durch Verweigerung der medizinischen Betreuung, Verhängung von Disziplinar- und Sicherungsmaßnahmen) erzeugen, um so den Widerstand bei den Verhören zu brechen. Mittlerweile hat Rita Sélitrény in einer umfassenden Arbeit die geheimdienstlichen Ermittlungsmethoden in den MfS-Untersuchungshaftanstalten dargestellt.

Doch wie „materialisieren“ sich diese Absichten und Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit in der Architektur und der damit verbundenen Funktionsweise dieser Haftanstalten? Dieser Frage soll mit den Methoden der Bauforschung nachgegangen werden. Die Bauforschung versteht das Bauwerk selbst als Quelle seiner Geschichte; ihre Methoden dafür sind die Bauaufnahme, das Vermessen und Zeichnen zunächst möglicherweise unbedeutend erscheinender Einzelheiten, und die Baubeschreibung auf der Grundlage genauer Beobachtung. Die baugeschichtliche Analyse der MfS-Untersuchungshaftanstalten trägt dazu bei, den Haftbetrieb, die Haftbedingungen sowie insbesondere die in der U-Haft vorgenommenen strafrechtlichen Ermittlungen empirisch zu untersetzen. Gleichzeitig werden im Rahmen der Untersuchung im Wortsinne diesbezügliche bauliche „Spuren“ dokumentiert und damit gesichert, die durch bauliche Veränderungen vor und nach 1989 verfremdet wurden. Die analytischen Methoden der Bauforschung, die bei diesem Projekt zum Einsatz kommen, bestehen vor allem in der eingehenden, eingriffsfreien Baubeobachtung, deren Ergebnisse in einem objektspezifischen Phänomenkatalog festgehalten werden. Dies sind Beobachtungen zur Gesamtanlage hinsichtlich Größe, Anordnung und

Funktionsprogramm, vor allem aber zum Zellen- und Vernehmertrakt hinsichtlich Typologie und Baugeschichte. Zudem werden schriftlich oder grafisch überlieferte Planungen auf deren tatsächliche Ausführung hin geprüft (was keineswegs immer der Fall war) bzw. um Veränderungen hinsichtlich Bau- und Nutzungsgeschichte zu dokumentieren und einordnen zu können. Dies kann über Streiflichtuntersuchungen und Klopfproben, in besonderen Ausnahmefällen auch anhand von bauarchäologischen Sondagen erfolgen. Des Weiteren werden zur Dokumentation von besonders wichtigen Räumen, Baudetails und ggf. Funktionsabschnitten Aufmaße in den jeweils erforderlichen Genauigkeitsstufen sowie eine Fotodokumentation erstellt. Schließlich werden im Rahmen der Untersuchung auch „Zeitzeugeninterviews“ geführt.

Die SED-Diktatur bzw. das MfS brauchte das Gefängnis als solches nicht neu zu erfinden. Dies zeigt sich anhand der untersuchten Altanlagen, die bereits vor 1950 und damit vor Gründung des MfS als Haftanstalten dienten (Magdeburg, Potsdam), aber auch bei den Neubauprojekten (Dresden, Rostock, Berlin-Hohenschönhausen). Grundsätzlich gilt, dass die Zellenbauten der MfS-Untersuchungshaftanstalten sich vielfach historischer Motive bedienen, die vor allem aus dem 19. Jahrhundert stammen und bestimmten Funktionalitätskriterien unterliegen.

Für alle in der Arbeit berücksichtigten U-Haftanstalten gilt, dass das Ihnen zur Verfügung stehende Terrain, deren Baulichkeiten sowie das dort installierte Funktionsprogramm von deren jeweiligen spezifischen Aufgabenstellung bzw. Platz in der Hierarchie des MfS abhängig war. Alle U-Haftanstalten waren „wachsende Anlagen“, d.h. sie wurden über die Jahrzehnte ständig erweitert und ausgebaut. Die Altanlagen (Magdeburg, Potsdam) wurden im Laufe der Zeit zu unübersichtlichen Labyrinthen verschachtelt, um spezifische Anforderungen der MfS-Untersuchungshaft wie die zunehmende Trennung von Arbeits- und Bewegungsbereichen, die sich offenbar erst schrittweise herausbildeten, auf kleinem Gelände durchzusetzen. Aber auch die Neuanlagen expandierten und veränderten sich kontinuierlich. Dies trifft vor allem für Berlin-Hohenschönhausen zu, wo sich der Eindruck verstärkt, daß hier bewährte Erfahrungen aus dem laufenden Haftbetrieb und dem Neuererwesen anderer MfS-Haftorte nachgeführt, bzw. hier entwickelt wurden. So zeigt anhand der Baugeschichte, dass

die Repressionsinstanzen der SED-Diktatur auch in den siebziger und achtziger Jahren kontinuierlich ausgebaut und weiter entwickelt wurden, als die Partei- und Staatsführung der DDR bemüht war, die internationale Anerkennung (und Kreditfähigkeit) nicht durch allzu sichtbare Repressionen zu gefährden.

Der erste Neubau ist die Anlage in Dresden, der Mitte der fünfziger Jahre als Bestandteil der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) errichtet wurde. Ende der fünfziger Jahre folgte die Anlage in Rostock – der einzige Fall, bei dem alle Gebäude auf dem Gelände als Neubauten der BVfS entstehen. Das MfS übernahm 1951 das zentrale sowjetische Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen als zentrale U-Haftanstalt. Hier wurde zunächst ein von den Sowjets umgebautes Fabrikgebäude als Gefängnis genutzt, das Anfang der sechziger Jahre um den Neubau eines Zellen- und Vernehmertraktes ergänzt wurde.

Für alle Anlagen lässt sich eine zunehmend geschlossene Grundrissfigur aus Vernehmertrakt, Zellentrakt und Freigang nachweisen, die sich um einen zentralen Hof gliedert. Der Zellentrakt liegt dabei immer in größtmöglicher Entfernung zur Straße bzw. zur Außengrenze der Haftanstalt. Im unmittelbaren Anschluss daran bzw. in direkter Nähe befindet sich der Freigang. Der Entwicklungsprozess geht von der dreiseitigen Anlage in Dresden zur vierseitigen in Rostock und Berlin. Die hier nachweisbaren ursprünglichen Planungen zu einem geschlossenen Kreislaufmodell werden jedoch nie ausgeführt – ausschlaggebend dafür dürften Sicherheitsbedenken sowie die Bedeutung der MfS-internen Aufgabenteilung gewesen sein.

Die Zellentrakte weisen generell eine Nord-Süd-Orientierung auf – was stets eine besser und eine schlechter belichtete Gebäudeseite zur Folge hatte. Das deutet auf eine bewusst angelegte Unterschiedlichkeit der Zellen hin, die sich auch in weiteren Details bemerkbar macht.

Bei der Erschließung im Zellentrakt handelt es sich immer um zweihüftige Anlagen - von einem Flur gehen beidseitig Räume ab. In Dresden und Rostock sind aufgeweitete Flurzonen zu konstatieren, bei denen Kontrollstege entlang der Zellen einen innen liegenden Luftraum umschließen. Dies ermöglicht horizontal wie vertikal einen guten Überblick über Geschosse und Hafträume. Bemerkenswert ist die Rücknahme dieser aus dem Gefängnisbau des

19.Jhd. tradierten Transparenz beim Neubau in Berlin-Hohenschönhausen – die Flure schrumpfen auf ein Drittel der Breite, der Blick wird enger, der Luftraum entfällt und mit ihm die vertikale Übersicht.

Hinsichtlich der Zellentypologie hat es sich mittlerweile bestätigt, dass die Doppelzelle die Standardform bei den Verwahrräumen bildete. Einzelhaft war eine Frage der Belegungspolitik und in der Regel baulich nicht vorgesehen. (Ausnahme: Berlin). Die Gemeinschaftszelle mit 3 oder 4 Häftlingen ist nicht bloßes Relikt von Altbausubstanz, das zur Unterbringung der privilegierten „Funktionshäftlinge“ diente, sondern auch als Zellentyp der MfS-U-Haft programmatisch. Die Ausstattung von Zellen und Kontrollgängen war weitgehend standardisiert.

Im Rahmen der weiteren Untersuchung wird ein wesentlicher Fokus auf der Rekonstruktion und Dokumentation der baulichen bzw. technischen Maßnahmen liegen, die der Überwachung, der Bespitzelung, der Isolation sowie der Verunsicherung der Häftlinge dienten. Dies betrifft im Besonderen die bautechnischen Befunde zur Installation von Abhöranlagen in den Vernehmerbüros, aber auch in den Zellen. Gerade letzteres ist ein Faktum, das zwar aufgrund von Informationen, die Vernehmer zu bestimmten Zeitpunkten eigentlich nicht haben konnten, zu vermuten war. Trotz mehrerer nachrichten- und bautechnischer Gutachten konnte die tatsächliche Ausführung von Zellenverwanzung aber bisher nicht aufgefunden werden, was nun gelungen ist.

Von Interesse sind weiterhin bauliche Maßnahmen, mit denen die Untersuchungshäftlinge isoliert bzw. der Kontakt zwischen Untersuchungshäftlingen verhindert werden sollte, sowie Vorkehrungen, um den Suizid von Häftlingen zu verhindern. Weiterhin werden die Haftbedingungen durch die Beschreibung etwa des baulichen Zustandes der Zellenfenster, der Belüftung und Beleuchtung, der Sanitäreinrichtungen, auf völlig neue Art und Weise konkretisiert. Zudem gibt es Befunde für bauliche Vorbereitungen für den Ausnahme- bzw. Verteidigungszustand, bei dem mit großmaßstäblichen Inhaftierungen zu rechnen war. Schließlich wird in der Arbeit den zum Teil hartnäckigen Gerüchten über geheime unterirdische Gänge nachgegangen, über die Häftlinge von einem Gebäude zum anderen gebracht worden sein sollen, bzw. MfS-Mitarbeiter externen Geländezutritt bzw. Fluchtmöglichkeiten hatten. Was

Fluchtmöglichkeiten hatten. Was das Rostocker Beispiel betrifft, konnte die Existenz eines solchen Ganges nicht nachgewiesen werden.

GUDRUN SCHAARE, geboren 1970 in Berlin, seit Januar 2003 Stipendiatin der Stiftung, studierte nach einem einjährigen USA-Aufenthalt von 1992 bis 2002 Architektur und Denkmalpflege. Neben zahlreichen Bestandsaufnahmen für diverse Büros war sie mit ihrer Abschlussarbeit an der Sanierungsvorbereitung des Alten Museums Berlin beteiligt. Ihre Diplomarbeit zum „Lindenhotel“ in Potsdam (u.a. ehem. MfS-Gefängnis) wurde vor Ort ausgestellt und publiziert.

DAS UNGLEICHE DREIECK
WASHINGTON – OSTBERLIN – BONN.
DER LANGE WEG VOM MAUERBAU ZUR AN-
ERKENNUNG DER DDR DURCH DIE USA



VON
PHILIP MATTHES

Am 4. September 1974 nahmen die Vereinigten Staaten von Amerika als letzte der drei Westmächte diplomatische Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik auf. Die Entwicklung von der internationalen Ächtung der DDR zu ihrem diplomatischen Durchbruch in Washington ist ein bisher vernachlässigtes Kapitel in den deutsch-amerikanischen Beziehungen der Nachkriegszeit. Besonders bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass die Anerkennung der DDR durch die USA, die noch ein Jahrzehnt zuvor zu einem empörten Aufschrei in Bonn geführt hätte, den zeitgenössischen Kommentatoren in der Bundesrepublik 1974 als beinahe belanglos erschien. Diese Prozesse will die Arbeit auf der Grundlage der archivalischen Überlieferung der ehemaligen DDR-Staats- und Parteiorgane, der Bundesrepublik und der amerikanischen Präsidentschaftsadministrationen und vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Phasen des Kalten Krieges und der deutsch-deutschen Auseinandersetzung analysieren und bewerten. Der vordiplomatische Charakter der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen er-

schwert eine Untersuchung dahingehend, dass wenig offizielle Dokumente – z.B. Notenwechsel – zur Verfügung stehen. Daher muss sich die Arbeit hauptsächlich auf Lageeinschätzungen, Absichtserklärungen und Strategien stützen.

Nach der Gründung der DDR 1949 war es Washington, das im Kalten Krieg innerhalb der westlichen Welt zum Motor der Nichtanerkennungspolitik gegenüber dem ostdeutschen Teilstaat wurde. Dabei war die DDR-Politik Trumans und Eisenhowers stets darauf bedacht, die Nichtanerkennung im Sinne der Hallstein-Doktrin durchzuhalten. Der Mauerbau 1961 markierte in dieser Hinsicht einen entscheidenden Wendepunkt. So groß die Empörung über die „Mauer der Schande“ auch war, so zeigte Kennedy im Gegensatz zu seinen Vorgängern keinerlei Bereitschaft, für die Nichtanerkennung der DDR eine militärische Konfrontation mit der Sowjetunion zu riskieren. Dieses Umdenken in Washington führte zu einer De-facto-Anerkennung des SED-Staates durch die USA. In der Folge bemühte sich die Ostberliner Partei- und Staatsführung, Kontakte in die USA zu knüpfen und das negative Bild der DDR zu revidieren. Mit der Gründung der *American Society for the Study of the GDR* gelang dabei ein erster Erfolg auf kulturellem Gebiet. Eine politische und wirtschaftliche Annäherung scheiterte jedoch, da Ostberlin in der Johnsonschen Osteuropapolitik des selektiven Brückenschlags ein Pendant zur bundesdeutschen Isolationspolitik sah und die USA nicht bereit waren, eine gegen die Interessen der Bundesrepublik gerichtete Politik zu verfolgen. Diese Situation wurde zu Beginn der siebziger Jahre durch die entscheidenden Veränderungen in Washington, Bonn und Ostberlin durchbrochen. Die Übernahme des Weißen Hauses durch Nixon, die Ablösung der großen durch die sozial-liberale Koalition und der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker schufen günstigere Voraussetzungen für eine Entwicklung der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen. Im Klima der amerikanisch-sowjetischen Détente, der bundesrepublikanischen „neuen Ostpolitik“ und der von der DDR propagierten „friedlichen Koexistenz“ konnte Ostberlin seine Anerkennungs politik durch die Anlehnung an den Kreml vorantreiben. Dementsprechend waren der Grundlagenvertrag 1972 und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO 1973 der Ausgangspunkt ernsthafter Anerkennungsverhandlungen zwischen der DDR und den USA. Diese Annäherungen waren je-

doch immer in einem starken Maße vom Fortschritt der amerikanisch-sowjetischen Gespräche abhängig.

Auch wenn es dem SED-Regime 1974 gelang, die paradoxe Situation zwischen dem Streben nach der Anerkennung durch die Vereinigten Staaten und der Ablehnung des „US-Imperialismus“ zu überwinden, änderte sich bis zum Ende der DDR nichts an der Ungleichheit des Dreiecks Washington-Ostberlin-Bonn.

PHILIP ALEXANDER MATTHES, 1976 in Düsseldorf geboren, seit Januar 2004 Stipendiat, studierte Neuere und Mittelalterliche Geschichte, Politische Wissenschaft und Alte Geschichte in Würzburg, London und Bonn. Seine 2002 abgeschlossene Magisterarbeit über das deutsch-deutsche Verhältnis in den sechziger Jahren führte ihn zur Diplomatiegeschichte der DDR. Seit Juli 2003 arbeitet er, betreut von Prof. Scholtyseck an der Universität Bonn, an seiner Dissertation.

AUFARBEITUNG VS. ALLGEMEINES PERSÖNLICHKEITSRECHT. DER FALL DES § 32 STUG.



VON
JEANNINE DROHLA

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist nicht schrankenlos. „Vielmehr muss der Träger dieses Grundrechts Beschränkungen hinnehmen, die im Rahmen einer Güterabwägung zum Schutze eines Allgemeininteresses gerechtfertigt erscheinen. Ein solches Rechtsgut kann auch die Festigung demokratischen Bewusstseins im Sinne einer intensivierten politischen Bildung und die Schärfung dieses Bewusstseins für die von Diktaturen ausgehenden Gefahren sein; beiden Aufgaben dient die Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS durch Wissenschaft und Medien“ – begründete das Berliner Verwaltungsgericht das nunmehr dritte Urteil im Fall „Kohl“.

Ausgangspunkt des seit Jahren andauernden Rechtsstreits zwischen der Bundesbeauftragten

für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes (BStU) Birtler und dem Altkanzler ist die Regelung des § 32 des Stasi-Unterlagen Gesetzes (StUG). Diese Regelung verpflichtet die BStU nunmehr unmissverständlich auch personenbezogene Daten über Personen der Zeitgeschichte, Amtsträger und Inhaber politischer Funktionen an Forschung und Presse zum Zwecke der historischen und politischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes herauszugeben, sofern dem keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen entgegenstehen. Wer in welcher Situation, unter welchen Bedingungen und wann ein „überwiegendes schutzwürdiges Interesse“ hat, bleibt allerdings auch nach der Neufassung des § 32 StUG unklar. Damit steht die Stasiunterlagenbehörde vor einer verantwortungsvollen Aufgabe, die der Gesetzgeber seit 1991 nicht zu lösen vermochte: Sie muss einen Ausgleich zwischen beiden gesetzgeberischen Zielen, dem des Persönlichkeitsschutzes einerseits und dem der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes andererseits, finden.

Während das Bundesverfassungsgericht in seiner ständigen Rechtsprechung immer wieder Gelegenheit hatte zur Bedeutung, zum Gehalt, zur Reichweite, zur Begrenzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung Stellung zu nehmen, fehlt es bereits ansatzweise an einer greifbaren verfassungsrechtlichen Auseinandersetzung mit der „Aufarbeitung“. Es fehlt nicht nur an einer Definition, sondern auch an einer rechtlichen Verortung dieses Schutzgutes. Die Literatur und Rechtsprechung behilft sich mit dem Rückgriff auf Begrifflichkeiten wie „Gemeinwohlbelang“, „überwiegender Gemeinwohlbelang“ oder „allgemeines Interesse“. Diese Begrifflichkeiten bieten weder eine inhaltliche Präzisierung noch treffen sie irgendeine Aussage über dessen Verfassungsrelevanz. Sie führen zu keiner Konkretisierung. Im Gegenteil: Aufarbeitung wird somit zum unbestimmten Rechtsbegriff im unbestimmten Rechtsbegriff. Die verfassungssichernde Bedeutung der Aufarbeitung des DDR Unrechts scheint dabei verkannt zu werden. Angesichts dieser Praxis darf es auch nicht verwundern, dass die gerichtliche Auseinandersetzung im Fall „Kohl“ bis zum eingangs zitierten Urteil das gesetzgeberische Anliegen der Aufarbeitung nahezu gänzlich außer Betracht gelassen und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung stets absoluten

Vorrang eingeräumt hat. Ein Umstand, der verfassungsrechtlich nicht haltbar ist.

Ziel der Dissertation ist es daher, Leitlinien für die verfassungskonforme Auslegung der umstrittenen Vorschrift zu entwickeln, die der Behörde einen praktikablen Maßstab für den alltäglichen Umgang mit Anträgen von Forschung und Presse nach § 32 StUG bieten.

Ausgangspunkt für eine möglichst konflikt- und bereichsspezifische Lösung des Zielkonflikts muss dabei der Rechtsauftrag zur Aufarbeitung sein. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen dabei folgende Fragen:

1. Lässt sich der Auftrag zur Aufarbeitung des DDR Unrechts verfassungsrechtlich begründen?
2. Besteht aus verfassungsrechtlicher Sicht eine Pflicht zur Herausgabe von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes an Forschung und Presse?

JEANNINE DROHLA, 1976 in Berlin geboren, Stipendiatin seit Januar 2004, studierte in Frankfurt (Oder) Rechtswissenschaften. 2000 erwarb sie die Maîtrise en droit international. Seit 2002 arbeitet sie am Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Europa Universität, wo sie sich u.a. mit der Aufarbeitung von Unrechtssystemen in den Transformationsstaaten befasst. Sie ist Mitarbeiterin im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht und Mitglied der Arbeitsgruppe Aufarbeitung und Recht.

WISSENSCHAFTSPRAXIS UND GEDÄCHTNIS. UNTERSUCHUNG EINES SPANNUNGSFELDES AM BEISPIEL DER HISTORISIERUNG DER DDR



VON
JENS HÜTTMANN

„40 qualmende Jahre“ – so könnte in Anlehnung an eine kürzlich von H. P. Schwarz vorgeschlagene Definition Neuester Zeitgeschichte die Überschrift zu den Debatten um die DDR lauten. Schwarz umschreibt mit dem Begriff diejenige Geschichte, die zeitlich so nah ist, dass sie

„noch qualmt“. Wenn sich lebensgeschichtliche Erfahrungen einerseits und Zeiträume, die historisch in den Blick genommen werden, andererseits überschneiden, können individuelle und kollektive Erinnerungen wechselseitig in Widerspruch geraten – und dort, wo Konflikterinnerungen existieren, sind Erinnerungskonflikte vorprogrammiert.

Wissenschaft, die sich mit der DDR beschäftigt, ist davon nicht ausgenommen. Sie hat sich vielmehr an den Kontroversen gemeinsam mit nicht-akademischen Akteuren aus Politik, Medien und Kunstbetrieb rege beteiligt – erinnert sei an die „Töpfchenfotos“. Insgesamt ist diese Gedächtnisarbeit von unterschiedlichsten Werten, Interessen, Wünschen und Ängsten geprägt. Gleichzeitig aber streben Wissenschaftler/innen nach ‚historischer Wahrheit‘ und ‚Objektivität‘, ‚Nüchternheit‘ mithin. Um diesen Anspruch – der sie von anderen Akteuren unterscheidet – einzulösen, eignen sie sich spezifische Erkenntnisse, Methoden und Traditionen ihrer Disziplin an.

In der Dissertation sollen die Wechselbeziehungen zwischen beiden Polen – das Spannungsfeld von Wissenschaftspraxis und Gedächtnis – untersucht werden: Inwiefern werden in den ‚Laboratorien‘ wissenschaftlicher „Produktion von Geschichte“ (D. W. Cohen) durch wissenschaftsinterne‘ und -externe‘ Momente die konkreten Forschungsergebnisse beeinflusst? Spezifiziert wird dies am Fall der DDR: Welche vielfältigen Möglichkeiten ergeben sich gegenwärtig und zukünftig daraus, die DDR wissenschaftlich, d.h. kritisch zu historisieren? (Un-)Zeitgemäß gefragt: Worin besteht überhaupt Nutzen und Nacht(h)eil der Historie für die Auseinandersetzung mit der DDR?

Um diese Fragen zu beantworten, sollen Anregungen aus der (Wissens-)Soziologie (P. Bourdieu) und aus historisch- und sozialanthropologischen Forschungen aufgenommen werden. In den Blick rücken Institutionen und Personen, die sich mit der Geschichte der DDR vor bzw. seit dem revolutionären Umbruch und der Vereinigung beschäftigt haben. Identifiziert werden sollen Cluster ‚typischer‘ Perspektiven, die eine ‚mittlere‘ Akteurebene darstellen: Institutionelle Anbindungen und Muster können so mit je individuellen Praktiken und Aneignungsformen in Verbindung gesetzt werden. Hierzu drängen sich Fragen nach generationspezifischen Orientierungen auf: Unterschiedli-

che Interpretationen zur DDR-Geschichte sind immer auch auf die wechselseitigen Wahrnehmungen deutsch-deutscher Geschichte nach 1945 bezogen (und zum Teil auch auf die NS-Zeit).

Das Konzept wird dadurch weiter dynamisiert, dass die Forschungsergebnisse zu Formen von Erinnerung in Beziehung gesetzt werden, die in intellektuellen Milieus/in der Publizistik über akademische Kleinkreise hinaus wirksam geworden sind. Dafür sind Ansätze sinnvoll, die – so M. Halbwachs – die Produktion von Erinnerung in das Zentrum stellen. Dabei soll jedoch die bei ihm als selbstverständlich genommene Kollektivität von Erinnerung infrage gestellt werden (L. Niethammer).

Methodisch ist anhand von Textanalyse, Experteninterviews, einer schriftlichen Befragung und einer (Co-)Zitationsanalyse eine Mehrebenenanalyse vorgesehen. Sie erscheint im Hinblick auf die Relativität und Begrenztheit der jeweiligen Zugänge als angemessen. Hierzu liegen bereits Ergebnisse aus einer von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderten Studie vor.

Der ‚qualmende‘ Ertrag der Untersuchung soll – unter Anwendung des wissenschaftssoziologischen „Mapping of Science“ – eine ‚Landkarte‘ sein, in der zum einen die unterschiedlichen Perspektiven historischer Betrachtung der DDR im heutigen Deutschland lokalisiert werden können. Zum anderen soll es anhand der Karte möglich sein, die Reichweiten, Grenzen und Konflikte der jeweiligen Deutungsmuster zu bestimmen, die wechselseitig und in Abgrenzung zueinander konstituiert werden.

JENS HÜTTMANN, 1975 in Hamburg geboren, seit Januar 2004 Stipendiat der Stiftung, wohnt seit 1995 in Leipzig. Bis 2001 Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Leipzig. Seit 2003 dort Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft. Während des Studiums Mitarbeiter im Bildungswerk Weiterdenken (Dresden) bei der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“. Danach am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg.

ZEUGNISSE VOM LEID.

DIE SPEZIALLAGERHAFT IN DER SBZ/DDR 1945–1950 IM SPIEGEL DER BERICHTE EHEMALIGER HÄFTLINGE UND IHRE ÖFFENTLICHE RESONANZ



VON
BETTINA GREINER

Im März 1990 übertrug das Fernsehen beider deutscher Staaten Bilder von Soldaten der NVA, die nahe des ehemaligen KZ Sachsenhausen Gebeine und Schädel freilegten. Sie stammten von Verstorbenen des Speziallagers Sachsenhausen, das von August 1945 bis März 1950 als das größte der zehn sowjetischen Lager auf dem Gebiet der späteren DDR genutzt worden war. Mit diesen Bildern kehrten die traurigen Überreste eines vergessenen Kapitels Nachkriegsgeschichte in das Bewusstsein einer schockierten Öffentlichkeit zurück: Laut offiziellen sowjetischen Angaben hat jeder Dritte der insgesamt 122.671 inhaftierten Deutschen die Speziallagerhaft aufgrund von Hunger und Folgekrankheiten nicht überlebt. Nach knapp vierzig Jahren der Tabuisierung dieses Themas in der DDR, das spätestens seit der neuen Ostpolitik 1970 auch in der alten Bundesrepublik einer ›Erinnerungsblockade‹ unterlag, schien mit dem Fall der Mauer endlich der Zeitpunkt gekommen, den Verstorbenen dieses Lagersystems in Würde zu gedenken und die Leidenserfahrungen dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Für die Erfahrungsgeneration in Ost und West, die als Jugendliche in den Lagern festgehalten worden war, bot sich die Chance, ihre persönlichen Gewalterfahrungen in die nun einsetzende »Neu-Schreibung« der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte einzubringen: Keine vier Jahre später hatten sie mit 21 Berichten mehr autobiographische Texte über die Haft veröffentlicht als in der alten Bundesrepublik bis dato erschienen waren. Bis 2003 sind weitere 20 Haftmonographien hinzugekommen.

Diese Zeugnisse bilden den Grundstock der vorliegenden Studie, die, aufbauend auf einer realhistorischen Erfassung des Lagersystems

und der sozialpolitischen Integration der Überlebenden in Ost und West, zwei Ziele verfolgt. Am Beispiel des Speziallagers Sachsenhausen wird eine Darstellung der Haftrealität aus Sicht der Betroffenen angestrebt, die bis heute aussteht. Und es soll die öffentliche Wahrnehmungsgeschichte der Speziallagerhaft in der alten und neuen Bundesrepublik nachgezeichnet werden. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass sich die heute noch lebenden, einstigen Insassen der Speziallager – was das öffentliche Gedenken betrifft - vielfach als „Opfer zweiter Klasse“ empfinden.

Für beide Zwecke werden neben der Memoirenliteratur Haftumfragen hinzugezogen, die in den frühen 1950er Jahren von der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) unter der Zielsetzung erhoben und publiziert wurden, die (Welt-)Öffentlichkeit über die Zustände unter kommunistischer Herrschaft zu informieren. Auch wurde das nach der friedlichen Revolution eingerichtete »Speziallager-Erinnerungsarchiv« der Gedenkstätte in Sachsenhausen eingesehen, das auf schriftlichen wie mündlichen Berichten ehemaliger Lagerinsassen beruht. Schließlich wurden im Rahmen der Arbeit zwölf narrative Interviews mit damals jugendlichen Opfern geführt. Diese enthalten Erfahrungswerte, die von den zuvor genannten Quellen nicht oder nur marginal thematisiert werden: Die lebensgeschichtlichen Erfahrungen nach der Haft, auf deren Grundlage die heutige Selbstwahrnehmung als »Opfer zweiter Klasse« beruht. Anhand dieser Materialien soll erstens die Lagerrealität aus Sicht der in Sachsenhausen Inhaftierten dargestellt werden. Dabei geht es unter anderem auch um die vielfach gewalttätig ausgetragenen Konflikte unter den Häftlingen. Dieser Aspekt der Haft, der bei seiner Rekonstruktion große Sensibilität erfordert, wird mit dieser Studie erstmals für die Speziallager erarbeitet. Diesbezüglich ist es ein Anliegen, die Dynamiken aufzuzeigen, denen eine auf das Überleben ausgerichtete Zwangsgemeinschaft unterliegt und somit die Prozesse zu verdeutlichen, die Primo Levi als »Grauzone« repressiver Lagersysteme umschrieben hat. Gemeint ist damit, dass Häftlinge als Opfer auch zu Tätern an ihren Mithäftlingen werden können. Diese »Grauzone« aber ausschließlich als Überlebenskampf der Lagerinsassen (zumal in einer dauerhaften psychischen Stresssituation) zu

kennzeichnen, greift ausweislich der Quellen zu kurz. Die Dokumente verdeutlichen, dass ebenfalls generationelle wie politisch motivierte Konflikte zu hinterfragen sind, die den »Lageralltag« nicht minder prägten und die auf die personelle Zusammensetzung der Zwangsgemeinschaft zurückzuführen sind: Zur »Gemeinschaft« verdammt waren ehemalige Anhänger wie Gegner des Nationalsozialismus sowie tatsächliche Opponenten der Besatzungsmacht und schließlich zahlreiche, denen eine solche Opposition willkürlich von den Sowjets unterstellt wurde.

Zweitens kommt es darauf an, die Selbstbilder der Opfer zu rekonstruieren. Dass sich die haftinternen Konflikte auf die wechselseitige Wahrnehmung der ehemaligen Häftlinge auswirkte und somit auf die jeweiligen Versuche, sich einen spezifischen Opferstatus zuzuschreiben, ist dabei von großer Bedeutung. Gleichzeitig geht es aber auch darum, den Wandel dieser Opferbilder aufzuzeigen: Wollten die ehemaligen Häftlinge (ausweislich ihrer Aussagen vor der KgU) nach der Haftentlassung als homogene Opfergruppe kommunistischer Verfolgung gesellschaftliche Anerkennung finden, so geht es ihnen heute hauptsächlich darum, als Opfer bestätigt zu werden, die für den Nationalsozialismus nicht verantwortlich zu machen sind.

Drittens intendiert die Arbeit, die Wahrnehmungsgeschichte der Speziallagerhaft in der alten und neuen Bundesrepublik nachzuzeichnen – und zwar so, wie sie sich in den Erinnerungszeugnissen spiegelt, die sämtlich erst nach der Entlassung verfasst wurden. Ausgelotet wird also das sich seit 1950 wandelnde Verhältnis der »deutschen Tätergesellschaft« zu Personengruppen, die als Angehörige eben dieser Gesellschaft selbst zu Opfern wurden. Bei der Bearbeitung dieses Fragekomplexes ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den Erfahrungsberichten der Verfolgten, wie die Oral-History Forschung hinreichend deutlich gemacht hat, idealiter um individuelle Bewältigungsversuche handelt. Doch der psychologische Kompensationsversuch durch mündliche oder schriftliche Erinnerungszeugnisse enthält eine weitere Funktion: Es handelt sich um Dialogangebote zwecks Aushandlung einer öffentlichen Zeugen- und Mitträgerschaft des Dargestellten, an deren Ende Empathie und Komemoration stehen sollen. Zwingend ist daher nach der Erinnerungsgestaltung der Narrative zu fragen. Dabei bestätigt sich, dass die Öff-

fentlichkeit als Bezugsrahmen in die Berichte eingewoben ist. Denn Opfer, so heisst es in der Traumaforschung, berichten vornehmlich Dinge, von denen sie glauben, dass der Empfänger sie verstehen kann. Abhängig vom Zeitpunkt, zu dem die Betroffenen ihre Erfahrungen fixieren, ist somit der jeweilige gesellschaftliche Erfahrungshorizont in die Narrative eingeschrieben und mit ihm die öffentliche Erwartungshaltung an solche Berichte. Dies wiederum bedeutet, dass die ehemaligen Häftlinge mit ihren erzählerischen Angeboten eine Geschichte jenseits der Haft verfassen: Die ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung, die sie seit 1950 zu initiieren, zu korrigieren oder zu widerlegen suchen. Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen also entsteht seit 1950 welches historische Narrativ über die Speziallagerhaft?

Mit Blick auf die Erwartungshaltung und den Erfahrungshorizont der Rezipienten ist zu bedenken, dass Gesellschaften wie Individuen in der Regel auf Opfererfahrungen mit Irritation oder, wie Psychologen es nennen, mit Verleugnung oder Verdrängung reagieren. Diese Dissoziation, die auf einer kulturellen, auf eigene Täteranteile fixierte Opferdefinition beruht, ist nur unter einer Bedingung zu durchbrechen: Der Betroffene muss beweisen, dass er ohne eigenes Zutun zum passiven Objekt eines Unrechts geworden ist. Ob diese Unschuldskontexte jedoch »erfolgreich« sind, beim Adressaten Empathie, d.h. moralische Positionierungen gegenüber der Geschichte aufrufen, hängt von der moralischen wie politischen Funktionalisierbarkeit dieser Beweise ab. Anders formuliert: Sie müssen das Potential einer affektiven Pseudo-Identifikation enthalten, anhand derer sich der Rezipient vor dem Hintergrund seines Erfahrungshorizonts auf der historisch »guten Seite« verorten kann, um sich seiner eigenen politischen wie moralischen Identität zu versichern (und um seine eigene Humanität unter Beweis zu stellen). Mittels dieser funktionalisierenden »Identifikation« mit Opfern als Voraussetzung ihrer Wahrnehmung ist die Meßlatte benannt, anhand derer Erinnerungsgestaltung und gesellschaftlicher Erfahrungshorizont seit 1950 in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit aufzuzeigen sind.

Bezugnehmend auf die 1990er Jahre – um ein illustrierendes Beispiel zu nennen – liegt dem gesellschaftlicher Bezugsrahmen die erinnerungskulturelle Verankerung der nationalso-

zialistischen Verbrechen vor allem an den europäischen Juden zugrunde. Die von den Betroffenen konstatierte unzulängliche Wahrnehmung ihrer Erfahrungen als Ausdruck einer gesellschaftlichen Präokkupation mit deutscher Tätergeschichte zu sehen, liegt nahe. Wichtiger erscheint jedoch, dass die Speziallageropfer über ein geringes Identifikationspotential verfügen, weil sie pauschal als Angehörige der NS-Tätergesellschaft gesehen werden. Ihre Perspektive zu übernehmen, hieße für den Rezipienten folglich, sich auf der historisch »falschen Seite« zu positionieren. Paradoxiert wird diese Abwehrhaltung durch die zeitgenössische Erinnerungsgestaltung der Betroffenen befördert, die gleichfalls als eine Form der Pseudo-Identifikation zu verstehen ist. Eklatantes Beispiel ist die Umsetzung von Speziallagererfahrungen in die Bildsprache des Films »Schindlers Liste«. Da mit einer solchen etikettierenden »Wechselrahmung« als unschuldiges Opfer der Versuch einer Enthistorisierung und Entkontextualisierung vorliegt, sind Irritationen seitens des Rezipienten programmiert. Doch gleichzeitig liegt mit diesem Beispiel ein Beleg vor, dass die eigenen Erfahrungen im Einklang mit dem öffentlichen Erfahrungshorizont zu transportieren gesucht werden. Über wen sagt eine solche Rahmung also mehr aus: Über den Berichtenden oder über den Empfänger?

BETTINA GREINER, 1968 geboren, seit November 2001 Stipendiatin, 1989 Abitur in Hannover, studierte nach einer Ausbildung zur Speditionskaufrau Geschichte an den Universitäten Frankfurt/M. und Hamburg. Ihre Magisterarbeit zur „Inneren Struktur des Speziallagers Sachsenhausen“ mit der sie 2001 ihr Studium abschloss, führte Bettina Greiner zu ihrem heutigen Promothema.

*Weitere Berichte
aus den Forschungswerkstätten der
Stipendiatinnen und Stipendiaten der
Stiftung Aufarbeitung*

„MENSCHENRECHTE SIND KEIN LUXUS.“
DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DER DDR
UND DIE AUSREISEBEWEGUNG DER 70ER
UND 80ER JAHRE



VON
CARSTEN DIPPEL

Gehen oder Bleiben? Unzählige Menschen in der DDR rangen mit dieser existentiellen Frage, Millionen entzogen sich mit dem Verlassen ihrer Heimat dem Allmachtsanspruch der SED. Nicht nur für die Machthaber, sondern auch für die Gesellschaft der DDR wirkte diese „Abstimmung mit den Füßen“ wie ein permanenter Stein des Anstoßes.

Dem SED-Regime gelang es trotz einer hermetischen Abschottung und größter Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des „Grenzregimes“ nicht, die Menschen dauerhaft am Verlassen der DDR zu hindern. So verließen zwischen 1961 und 1989 – den rigiden Sperrmaßnahmen nach dem Mauerbau zum Trotz – mehr als eine halbe Million DDR-Bürger das Land gen Westen. Neben den durch „Familienzusammenführung“ halbwegs legal Ausreisenden, den nach „Westreisen“ nicht mehr wiederkehrenden „Republikflüchtigen“ gehörte dazu mit dem in Helsinki einsetzenden KSZE-Prozeß eine zunehmende Zahl von Bürgern, die mit einem „Ausreiseantrag“ das auch von der DDR bekräftigte Menschenrecht der freien Wohnsitzwahl einforderten. Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich auf diese Weise eine republikweite Massenbewegung entwickelt, die nachhaltig zur inneren Erosion des SED-Staates beitrug.

Ein derart schwerwiegendes gesellschaftliches Problem konnte an der Evangelischen Kirche, die sich als einzige Institution dem totalen Anspruch des Staates weitgehend entziehen und eine relative Autonomie wahren konnte, nicht

spurlos vorbeigehen. Im Gegenteil: Die Unfähigkeit der Machthaber, Probleme überhaupt nur anzusprechen, drängte eine vergleichsweise offene, demokratisch strukturierte Kirche das Problem *Ausreise* zu thematisieren und über Beratung und Hilfe für die durch Antragstellungen gesellschaftlich diskreditierten Menschen nachzudenken. Offenbar nahm sie dabei die humanitäre Dimension der Ausreiseproblematik wahr und trat ihrem protestantischen Selbstverständnis gemäß für die Betroffenen ein. Doch daß der Wunsch die DDR zu verlassen nichts Ungeheuerliches, sondern schlicht ein fundamentales Menschenrecht war, welches nicht zuletzt in der KSZE-Schlußakte explizit benannt wurde, war in weiten Teilen der Kirche keine selbstverständliche Ansicht. Obwohl sie im Grunde die einzige Institution war, die weiterhin – auch in Auseinandersetzung mit der SED-Macht – bürgerliche Traditionen und Menschenrechte verteidigte, sorgte die Ausreisefrage für erheblichen Zündstoff. Mit dem Problem von Flucht und Übersiedlung hatte sich die Evangelische Kirche schon lange vor dem Mauerbau intern auseinandersetzen müssen. Zu den Millionen, die die DDR verließen, gehörten nicht wenige kirchliche Mitarbeiter, insbesondere Pfarrer und Pastorinnen. Für die Evangelische Kirche ergab sich dadurch eine kaum lösbare Spannung: Aus *institutioneller* Verantwortung heraus konnte sie dem Weggang eigener Mitarbeiter nicht tatenlos zusehen. Aus *moralischer* Verantwortung mußte sie sich hingegen dem von der SED tabuisierten Thema stellen und den vom Staat Diskriminierten Raum für Schutz und Hilfe bieten.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die These, daß die Ausreise als ein permanentes Problem der Honecker-Ära wesentlichen Anteil an der schleichenden Erosion der DDR hatte. Den Kontext des Ausreiseproblems bildet dabei der KSZE-Prozeß, ohne den die Dynamik dieser vor allem in den 80er Jahren immer mehr die Existenz des SED-Staates bedrohenden Massenbewegung nicht erklärbar wäre. Die SED hatte nicht zufällig den für sie prekären Zusammenhang zwischen „Helsinki“ und der Ausreisebewegung frühzeitig erkannt und mit der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) 1976 eine eigens zu ihrer Bekämpfung zuständige Abteilung innerhalb des MfS geschaffen. Vor diesem Hintergrund wird das Verhalten der Evangelischen Kirche gegenüber dieser sys-

temerschütternden Bewegung untersucht. Im Kern geht es dabei um die Frage, in welchem Maße die Kirche, die sich selbst auf einer permanenten Gratwanderung zwischen Loyalität und Distanz zum SED-Staat befand, die Ausreisebewegung als ein *politisches* Problem erkannte. Spätestens seit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR (BEK) 1969 verstand sich die Kirche als eine Institution in der DDR, wie es in der viel diskutierten Formel einer „Kirche im Sozialismus“ ihren Niederschlag fand. Das Eintreten für Veränderungen und Reformen bis hin zur Unterstützung oppositioneller Arbeit bezog die Kirche, wie auch die meisten oppositionellen Gruppen, auf ein *systemimmanentes* Engagement. Die Bewegung der Antragsteller stand dieser Intention jedoch diametral entgegen, wenn auch einige von ihnen gerade aufgrund ihres oppositionellen Engagements zur Ausreise gezwungen wurden. Ausgehend von diesem grundsätzlichen Spannungsverhältnis erscheint die Ausreiseproblematik als ein Indikator für die Rolle und das Selbstverständnis der Evangelischen Kirche im SED-Staat. Davon leitet sich die zentrale Frage ab, ob und inwieweit die Kirche über ihr *humanitäres* Engagement hinaus die Dynamik der Ausreisebewegung als ein Potential zur kritischen Distanz und Überwindung des SED-Staates aufgriff und nutzte. Die Problematik war für die Kirche kein Randthema, sondern hat in einem sehr viel stärkeren Maße den internen Diskurs zu ihrer eigenen Rolle in der DDR bestimmt, als das bisher angenommen wurde. Nicht zuletzt deshalb, weil sie durch den Weggang eigener Mitarbeiter in den Westen als Institution selbst betroffen war, kam die Kirche nicht umhin, zur Ausreisefrage grundsätzlich Stellung zu beziehen. Dieser spezielle „Ausreise“-Diskurs beeinflusste auch erheblich ihre Haltung zur durch „Helsinki“ angestoßenen Menschenrechtsdebatte. Bezüglich der Quellengrundlage sind vor allem die relevanten Akten der BStU hervorzuheben. Aus ihnen läßt sich ersehen, daß das MfS bei seiner Bekämpfung der Ausreisebewegung viel stärker die systemsprengende Kraft einer Verknüpfung von kirchennaher Opposition, engagierter Kirchenbasis und Ausreisebewegung erkannte, als sich das aus den bisherigen Forschungen zur Kirchen-, Oppositions-, und Widerstandsgeschichte der DDR ablesen ließ. Die Akten insbesondere des Evangelischen Zentralarchivs in Berlin

sowie ausgewählter landeskirchlicher Archive lassen das Bild einer humanitär handelnden Kirche erkennen, die jedoch mit der politischen Brisanz der Ausreiseproblematik nur schwer umzugehen wußte. Auf der Grundlage dieser Quellenbasis sind erstmals detailliertere Aussagen zum Umgang der Kirche mit dem Ausreisephänomen möglich.

Es ist nach wie vor strittig, inwieweit man die Ausreisebewegung als eine Form des Widerstandes gegen das SED-Regime betrachten kann. Vieles spricht dafür, sie als eine Art „Fundamentalopposition“ zu betrachten, was noch keinen Widerstand im Sinne einer aktiven Handlung impliziert. Denn die Antragsteller stellten sich mit einer – vielfach erzwungenen – Konsequenz gegen die DDR, die andere Widerstandsgruppen kaum zu tragen bereit waren. Mit ihrem Begehren wiesen gerade die Antragsteller, die das System weder reformieren, noch überwinden, sondern schlicht „nur“ verlassen wollten, den totalen Verfügungsanspruch der herrschenden Partei zurück.

Sowohl die kirchennahen oppositionellen Gruppen als auch die Institution Evangelische Kirche haben sich mit dieser systemerschütternden Bewegung äußerst schwer getan. Vor allem für diejenigen Oppositionellen, die sich unter hohem persönlichen Risiko über Jahre hinweg für politische Veränderungen in der DDR einsetzten, war es eine schmerzliche Erfahrung, daß der Druck der Ausreisebewegung weit mehr zur Erosion des SED-Staates beitrug, als die mühevollen, oft mit leidenschaftlichem Engagement betriebene eigene Widerstandsarbeit.

Die Evangelische Kirche befand sich letztlich in einem kaum lösbaren Dilemma: Ihre moralische Integrität verpflichtete sie zwar einerseits zu solidarischem Handeln, andererseits konnte sie ihrem Selbstverständnis nach als „Kirche im Sozialismus“ die Intention der Antragsteller, die die DDR faktisch aufgegeben hatten, kaum gutheißen. Dies wird gerade im Umgang mit den eigenen ausreisewilligen Mitarbeitern deutlich: Aus institutionellen und theologischen Erwägungen wies sie deren Ansinnen scharf zurück. Ihnen gegenüber wurden rigide kirchenrechtliche Instrumentarien angewandt, die Übersiedlungen verhindern, oder zumindest erschweren sollten. Selten nur wurde dabei der individuellen Situation der Betroffenen Rechnung getragen. Zudem geriet die Kirche durch vielfältige Strategien der SED selbst

immer wieder in das gefährliche Fahrwasser eines kaum durchschaubaren und auf wechselseitigen Abhängigkeiten beruhenden Verhältnisses zum Staat.

In der oft undeutlichen Haltung zur Ausreisebewegung spiegelte sich ihr von Widersprüchen gekennzeichnete Weg als einzige, sich zumindest teilweise dem totalen Anspruch des Systems entziehende Institution wider. Der kirchliche Umgang mit dem Flucht- und Ausreiseproblem resultierte dabei immer auch aus einer doppelten Erfahrung: der permanenten Gesellschaftskrise in den 50er Jahren und der aus Resignation folgenden Einlassung auf das SED-System nach dem Mauerbau. An konkreten Beispielen ist immer wieder zu ersehen, daß sich einzelne kirchliche Persönlichkeiten der direkten Hilfe für Antragsteller kaum verwehrt haben, auch wenn sie von ihrer grundsätzlichen Haltung her gegen deren Ansinnen argumentierten. Humanitäres Engagement rührte dabei nicht zuletzt aus einem protestantischen Selbstverständnis des an moralische Integrität gebundenen Helfenden.

Wie bei fast allen unerwünschten gesellschaftspolitischen Themen bot die Evangelische Kirche den einzigen Rahmen, in dem das Tabu „Ausreise“ angesprochen werden konnte. Der Staat hat dies widerwillig hinnehmen müssen, denn selbst sein restriktives Einschreiten, immer wieder praktiziert in Form subtiler „Zersetzungsmethoden“, konnte letztlich nur „Teilerfolge“ erzielen. Vor allem in den späten 80er Jahren stellten Gesprächsforen auf Kirchentagen, Teilnahmen an Gottesdiensten bis hin zu „Kirchenbesetzungen“ vielfältige Aktionsformen für Antragsteller dar, sich unter dem Schutz des öffentlichen Raumes, den in dieser Form allein die Evangelische Kirche bieten konnte, zu artikulieren. Im finalen Krisenjahr des SED-Staates war die Ausreisebewegung schließlich kaum noch von der sich aus dem Raum der Kirche heraus formierenden Oppositionsbewegung zu trennen.

CARSTEN DIPPEL, 1974 in Eisenach geboren, seit Oktober 2001 Stiftungsstipendiat, begann in Jena ein Studium der Geschichte und Politikwissenschaften, das er nach einem Auslandsaufenthalt in der Schweiz und in Frankreich an der Universität Potsdam abschloss. In seiner Magisterarbeit beschäftigte er sich mit Fragen der Architektur- und Baupolitik in der DDR nach.

DER UMGANG MIT SELBSTTÖTUNGEN IN DER DDR 1949–1990



VON
UDO GRASHOFF

Die DDR gehörte zu den Staaten, in denen überdurchschnittlich viele Menschen durch eigene Hand starben. Im weltweiten Vergleich der Suizidraten nahm der „erste sozialistische Staat auf deutschem Boden“ seit seinem Bestehen einen Spitzenplatz ein. Gegenüber der Bundesrepublik waren die Suizidraten durchgängig etwa anderthalbfach höher.

Hatte, wie in der Bundesrepublik spekuliert wurde, „der totalitäre Marxismus-Leninismus gerade in Verbindung mit der Tradition des preußischen Etatismus nach Art der DDR ‘erhebliche suicidogene Faktoren’“ erzeugt? Kritiker der SED-Diktatur interpretierten die hohe Selbstmordrate, analog zu den grundlegenden Arbeiten des französischen Soziologen Emile Durkheim, als Maß für soziale Pathologie, und machten wie Durkheim die Gesellschaft für die Höhe der Selbstmordrate verantwortlich. Doch so einfach, wie es die oft benutzte polemische Formulierung „in den Tod getrieben“ suggeriert, war und ist der Zusammenhang zwischen repressivem politischem System und individueller Verzweiflungstat nicht. Bereits nach dem Bau der Berliner Mauer Anfang der 1960er Jahre führten Sozialhygieniker aus der DDR und der Bundesrepublik darüber eine Debatte. Diese wiederholte sich mit ganz ähnlichen Argumenten nach dem Ende der DDR 1990/1991.

In beiden Debatten zeigte sich, dass die Behauptung, in Diktaturen würden mehr Menschen Selbstmord begehen als in Demokratien, allein anhand der Statistiken nicht verifizierbar ist. Zwar war die Suizidrate in der DDR immer deutlich höher als in der Bundesrepublik - diese Tatsache wurde aber schon auf den korrespondierenden Territorien des Kaiserreiches beobachtet: Bereits im 19. Jahrhundert hatte man in Sachsen und Thüringen überdurchschnittlich hohe Selbstmordraten zu registrieren. Damit wird die Auffassung des französischen Suizidforschers Jean Baechler bestätigt, dass die

Selbstmordrate eine für bestimmte Ethnien und Regionen charakteristische Konstante ist, die sich nur sehr langfristig ändert.

Dennoch lassen sich für die Selbstmordrate der DDR überzufällige Schwankungen nachweisen. So stieg die Selbstmordrate Anfang der 1960er Jahre um fast zehn Prozent an. Dieser Anstieg könnte eine Folge von Zwangskollektivierung und Mauerbau gewesen sein.

Erstaunlicherweise wirkten sich aber andere gravierende Ereignisse wie z.B. der Volksaufstand am 17. Juni 1953 nicht statistisch aus, obgleich bekannt ist, dass sich nach der Niederschlagung des Aufstands verhaftete Demonstranten in Einzelfällen (Berlin, Bitterfeld, Niesky) in der Untersuchungshaft das Leben nahmen.

Ähnliches ist nicht zuletzt auch hinsichtlich der nationalsozialistischen Herrschaft zu konstatieren. Weder die nationalsozialistische "Macht ergreifung" und die Errichtung des Konzentrationslagersystems 1933 noch die "Röhm-Affäre" 1934 beeinflussten die Selbstmordrate spürbar. Lediglich die Progrome der Reichskristallnacht sowie die Deportationen hatten massenhafte Selbstmorde unter der jüdischen Bevölkerung zur Folge, deren Selbstmordrate teilweise auf das Zehnfache anstieg.

Die Auswirkungen der SED-Diktatur auf das Suizidgeschehen waren insgesamt eher qualitativer denn quantitativer Natur. Hervorstechendstes Merkmal war die Politisierung suizidaler Handlungen, und zwar sowohl auf Seite der Herrschenden als auch auf Seite der Suizidenten.

So spielte die Form der Selbstverbrennung, des magisch anmutenden Fanals, seit dem Flammentod des Prager Studenten Jan Palach im Januar 1969 auch in der DDR eine wichtige Rolle. In den 1970er und 1980er Jahren ereignete sich eine Reihe von Selbstverbrennungen, nicht nur von Pfarrern wie Oskar Brüsewitz und Rolf Günther, sondern auch von Strafgefangenen und Ausreisewilligen. Das MfS untersuchte jeden dieser Fälle, und war gleichzeitig bestrebt, jeglichen Informationsfluss in westliche Richtung zu unterbinden.

Waren Selbstverbrennungen (von Nicht-Psychotikern) oft als politischer Protest angelegt, so nutzten vor allem Ausreisewillige die Drohung mit öffentlicher Selbsttötung als politisches Druckmittel. Dagegen brachte die DDR-Justiz den § 214 zum Einsatz und verhängte

Haftstrafen wegen "Beeinträchtigung der Tätigkeit staatlicher Organe".

In einigen Fällen wurden Selbsttötungen auch zum Kristallisationspunkt unangepassten bzw. widerständigen Verhaltens. So der Tod des 23-jährigen Matthias Domaschk, der im April 1981 in der MfS-Untersuchungshaft in Gera erhängt aufgefunden wurde, nachdem er eine IM-Verpflichtungserklärung unterschrieben hatte.

Politisch motivierte oder durch Repressionen verursachte Suizide waren in der SED-Diktatur sehr seltene Ereignisse, die auf Grund der hohen jährlichen Zahl von Suizidtoten (zeitweise mehr als 6.000) keine Spuren in den Statistiken hinterließen. Da es jedoch möglich ist, dass sich in der summarischen Suizidrate gegenläufige Tendenzen "verbergen", soll die Suizidhäufigkeit noch einmal eine Ebene tiefer, in drei Sektoren, hinterfragt werden: in der Nationalen Volksarmee, den Haftanstalten des MdI sowie den Schulen. Noch sind nicht genügend Daten zusammengetragen, um endgültige Aussagen zu treffen, aber es zeichnet sich z.B. für die NVA als Ergebnis ab, dass die Suizidneigung nicht auffallend vom landesüblichen Durchschnitt abwich. Zur Klärung dieser Frage sind jedoch noch einige Archivbesuche nötig, die wahrscheinlich erst im Herbst 2004 erfolgen können.

Stärker als der Einfluss des politischen Systems auf die Suizidrate war der Einfluss des Suizidgeschehens auf die Politik der SED. So führte der Anstieg der Suizidrate nach dem Mauerbau zur Geheimhaltung der Suizidstatistiken, die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Berlin jährlich, in Auswertung der Befunde von Leichenschauärzten, Gerichtsmedizinern und kriminalpolizeilichen Untersuchungen, mit nahezu preußischer Gründlichkeit erstellt wurden. Die Begründung für die Sekretierung der Daten war, dass man der Berichterstattung westlicher Medien über Suizide von DDR-Bürgern aus Verzweiflung über den Mauerbau den Boden entziehen wollte. Bemerkenswert ist, dass die SED diese Maßnahme nicht schon 1962, sondern erst 1963 verhängte, als klar wurde, dass die Suizidrate der DDR nach dem Mauerbau tatsächlich angestiegen war, und dass der Anstieg fast nur auf die drei Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und die Hauptstadt Berlin zurück ging.

Im Gegensatz zu den Politbürokraten glaubten die mit dem Thema Suizid befassten Wissenschaftler der DDR, gute Argumente gegenüber den Kontrahenten in der Bundesrepublik zu haben. Die Tabuisierung der Daten bedeutete einen Rückschlag für die um das Jahr 1960 recht aktive epidemiologische Suizidforschung der DDR.

Erst gegen Ende der 1960er Jahre wurde das Tabu wieder etwas gelockert. Vor allem Psychiater und Psychologen, die sich als Teil der internationalen Bewegung zur Verhinderung von Suiziden engagierten, versuchten ein DDR-weites Programm zur Suizidprävention einzuleiten, das mit Unterstützung des DDR-Gesundheitsministers in Ansätzen auch realisiert wurde.

Anfang der 1970er Jahre war für die medizinische Suizidforschung der DDR eine Art "Blütezeit". Mehrere Tagungen und Kongresse fanden statt, zahlreiche Artikel über Ursachen und Motive suizidalen Verhaltens wurden in Fachzeitschriften abgedruckt. In den psychiatrischen Kliniken in Dresden und Brandenburg entstanden "Betreuungsstellen für Suizidgefährdete". Einer der wichtigsten Suizidforscher der DDR, Prof. Karl Seidel, stellte seine Forschungsergebnisse auf den Kongressen der Internationalen Gesellschaft für Suizidprävention vor und stieg 1978 zum Leiter der Abteilung Gesundheitspolitik des ZK auf.

Die umfangreiche Forschung wurde von der SED geduldet, und teilweise sogar (z.B. vom Bezirksarzt in Magdeburg) gefördert. In mehreren Orten entstand auch eine Kooperation von Suizidforschern und Kriminalpolizei. Maßgabe für alle Aktivitäten war aber immer, dass sie keine größere Öffentlichkeit erreichten, sondern auf fachliche Kreise beschränkt blieben.

Parallel zu den Initiativen der Mediziner wurde das Thema Selbsttötung aber auch in der DDR-Gesellschaft häufiger diskutiert. Vor allem in der Gegenwartsliteratur, die teilweise die Funktion einer Ersatzöffentlichkeit erfüllte, etablierte sich Selbsttötung in den 1970er Jahren schrittweise als literarisches Motiv. Auch diesen Prozess duldeten die SED nicht nur, sondern unterstützten ihn teilweise aktiv, indem z.B. Günter Görlichs Roman (über die Reaktionen auf den Suizid eines Lehrers) "Eine Anzeige in der Zeitung" zum offiziellen Vorbereitungs-material des VIII. Pädagogischen Kongresses erklärt wurde. Die positive Haltung der SED zu

diesem Buch zeigt, dass die SED keine Probleme mit dem Thema Suizid an sich hatte, sondern lediglich die oft damit verbundene Kritik an den politischen Verhältnissen fürchtete.

Bis 1977 war es auch möglich, für Forschungszwecke die geheimen Suiziddaten zu nutzen. Dann verschärfte die SED nochmals, wiederum als Reaktion auf eine Politisierung des Suizidgeschehens, die Geheimhaltung. Im Sommer 1976 hatte sich der streitbare Pfarrer Oskar Brüsewitz in Zeitz öffentlich selbst verbrannt; danach versuchten mehrere Ausreisewillige, ihrem Antrag durch Suiziddrohungen Nachdruck zu verleihen. Zur selben Zeit erreichte die Suizidrate der DDR ein Maximum (was allerdings außer einigen führenden SED-Funktionären niemandem bekannt war).

Was genau die Beweggründe waren, die das Politbüro Ende Mai 1977 veranlassten, das einzige Mal in seiner Geschichte das Thema Selbsttötung zu behandeln, geht aus den Akten nicht hervor; eindeutig sind indes die Maßnahmen und Folgen: Das Politbüro verstärkte die Tabuisierung des Themas, was einen drastischen Rückgang der Forschungen zu suizidalem Verhalten zur Folge hatte. Veröffentlichungen wurden verhindert und waren selbst innerhalb der Fachzeitschriften nur an entlegener Stelle möglich.

Aus Furcht vor "politischem Missbrauch" behinderte die SED-Führung auch lange die von Psychiatern und Psychologen schon 1970 diskutierte Schaffung von suizidpräventiven Telefondiensten. Erst 1983 entstand in lokaler Eigeninitiative von SED-Bezirksleitung und Bezirksarzt das erste "Telefon des Vertrauens" in Leipzig. Wenig später wurde in Dresden eine kirchliche "Telefonseelsorge" aufgebaut, die von der SED angefeindet wurde, aber auf Grundlage der in der DDR gültigen Gesetze nicht verboten werden konnte. Erst danach forcierte die SED den landesweiten Ausbau der "Telefone des Vertrauens". Dabei entwickelte sich geradezu ein "Wettlauf" zwischen dem staatlichen Telefondienst und der ebenfalls im Aufbau befindlichen "Kirchlichen Telefonseelsorge" in Berlin. Die Vermutung liegt nahe, dass die Telefondienste vom MfS für politische Zwecke missbraucht wurden; bisher konnte dafür aber noch kein einziger Beweis ermittelt werden.

Da die SED-Spitze die Suizidstatistiken bis 1990 unter Verschluss hielt, bemerkte niemand,

dass die Suizidrate im letzten Jahrzehnt der DDR bei den Männern um 13, bei den Frauen sogar um 26 Prozent sank. Dieser Trend muss auch bei der Diskussion der sog. „Wende-Selbstmorde“ beachtet werden. Eine ganze Reihe von Funktionären, darunter drei Sekretäre von SED-Kreisleitungen, drei Chefs von MfS-Bezirksverwaltungen und ein Minister nahmen sich 1989/90 das Leben. Statistisch fällt das jedoch nicht ins Gewicht, da zur gleichen Zeit die allgemeine Suizidneigung sank. Im Jahr der friedlichen Revolution 1989 erreichte die Suizidrate den niedrigsten Wert seit Bestehen der DDR.

UDO GRASHOFF, 1966 in Halle/Saale geboren, seit Anfang 2002 Stipendiat der Stiftung – das Stipendium wurde zeitweilige aufgrund anderer Projekte unterbrochen –, schloss 1992 sein Biochemiestudium und 1999 ein Studium der Geschichte, Germanistik sowie allg. u. vgl. Literaturwissenschaft ab. Grashoff arbeitete als freier Journalist und bereitete eine Ausstellung über den 17. Juni 1953 in Halle vor. Grashoff trat 2001 nicht nur mit einer Publikation zu den Auswirkungen der Biermann-Ausbürgerung 1976 im Bezirk Halle, sondern auch mit dem Lyrikband „Ein Stück Schnee verteidigen“ in Erscheinung.

REISEKADER IN DER DDR

VON
JENS NIEDERHUT



Die Bedeutung von „Reisen“ und „Reisefreiheit“ ist für die DDR-Gesellschaft wohl kaum zu überschätzen. In der eingeschlossenen Gesellschaft war es ein häufig angestrebter, selten erreichter und von der SED streng kontrollierter Wunsch, in den „Westen“ – also in die Bundesrepublik, nach Westeuropa oder Amerika – zu reisen. Privatreisen blieben die Ausnahme; einen großen Teil der Reisen in das „nichtsozialistische“ Ausland bestritten die „Reisekader“, also die Dienstreisenden. Das Privileg, zu den „Reisekadern“ zu gehören, war hochbegehrt.

Partei und Staatssicherheit wachten darüber, dass nur loyale Kader, die die DDR im Sinne der SED vertreten würden, ins Ausland geschickt wurden. Der Schwerpunkt dieser Dissertation liegt auf den wissenschaftlichen Reisekadern, allerdings nicht nur aus dem engeren Bereich der Universitäten und der Akademie, sondern auch aus den Betrieben und Ministerien.

Im zentralen Staatsapparat findet sich zu den internationalen Beziehungen auf wissenschaftlichem Gebiet eine Fülle von Materialien. Gleiches gilt für die Akten der SED. Die Auswahlpraxis und die Stellung der Reisekader innerhalb der Institutionen lassen sich am besten an Fallbeispielen zeigen. Für die Arbeit sind drei solcher Mikrostudien vorgesehen: die Technische Universität Dresden, der VEB Kombinat Carl Zeiss Jena und die Medizinische Akademie Erfurt. Neben den Analysen der staatlichen Stellen sind vor allem Schriftwechsel und die Reiseberichte der Kader wichtige Quellen. Um die Auslandsaufenthalte der Reisekader beurteilen zu können, sind Akten westlicher Provenienz unverzichtbar. Die Analyse setzt Schwerpunkte auf die Reisetätigkeit in die Bundesrepublik und die USA. Es werden deshalb auch Bestände der Bundesregierung sowie staatlicher und nicht-staatlicher Stellen in den USA ausgewertet.

Die Reisepolitik der DDR lässt sich in drei Phasen unterteilen. In den 1950er Jahren, als die Grenzen in Berlin noch geöffnet waren, waren Westreisen noch relativ einfach möglich. Zumal auch die DDR noch an der „deutschen Nation“ festhielt und Begegnungen zwischen Bürgern beider deutscher Staaten förderte. Für den Wissenschaftsbereich gilt aber auch, dass die DDR auf die enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik angewiesen war, da der Austausch mit den übrigen westlichen Staaten aufgrund der fehlenden diplomatischen Anerkennung unterentwickelt war.

In den 1960er Jahren drohte der DDR nach dem Mauerbau und dem Einfrieren des deutsch-deutschen Reiseverkehrs die internationale Isolation. Zwar erlebte der innerdeutsche Austausch Mitte der 1960er Jahre eine kurze Renaissance, aber generell verstärkte sich die Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik ganz erheblich. Damit gerieten auch die Beziehungen der Wissenschaftler untereinander stärker unter die Kontrolle der SED. Zu Beginn der

1970er Jahre wurde die Genehmigungspraxis für Westreisen dahingehend geändert, dass nun nicht mehr jeder Wissenschaftler einen Reiseantrag stellen durfte. Dies blieb den „Reisekadern“ vorbehalten, die einem strengen Auswahlverfahren unterworfen waren. Durch diese Neuregelung wurde die Zahl derjenigen, die in den Westen reisen durften, erheblich begrenzt. Einen autonomen Wissenschaftsaustausch jenseits der Kontrolle der SED gab es nicht mehr.

Während sich die Zahl der Westreisenden – wenigstens zunächst – verringert hatte, stiegen die Reismöglichkeiten dank der zu Beginn der 1970er Jahre erfolgten diplomatischen Anerkennung der DDR durch die meisten westlichen Staaten erheblich an. Mit zahlreichen Ländern konnten Kulturabkommen geschlossen werden, die den wissenschaftlichen Austausch regelten. Dazu zählten beispielsweise Italien, Großbritannien oder Frankreich. Selbst mit den USA wurde eine Regelung erzielt, hier allerdings ohne die formelle Grundlage eines Kulturabkommens. Dennoch ermöglichten Verträge zwischen der Akademie der Wissenschaften der DDR und der National Academy of Sciences bzw. zwischen dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und dem International Research and Exchanges Board, dass DDR-Wissenschaftler Forschungs- und Studienaufenthalte an amerikanischen Spitzenuniversitäten wahrnehmen konnten, die zu dieser Zeit mehr und mehr zu Kommunikationszentralen der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft wurden.

Das Auswahlverfahren für Reisekader wirft auch ein Schlaglicht auf die Herrschaftspraxis der SED. Politische Zuverlässigkeit und Sicherheitsfragen – also die Frage, wie wahrscheinlich eine „Republikflucht“ war – standen bei der Auswahl im den Vordergrund. Der Abbruch aller privaten Kontakte in den Westen, und sei es der postalische Geburtstagsgruß, wurde als Beweise der Loyalität verlangt. Berichte von inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit trugen bereits im Vorfeld zur Prüfung des Kandidaten bei.

Die latente Fluchtgefahr gab dem Ministerium für Staatssicherheit nicht nur de facto ein Vetorecht bei der Bestätigung der Reisekader, die Überwachung der Auslandsreisenden wurde zu einer seiner wichtigen Aufgaben. Allerdings trifft die Legende, die Reisekader seien mehrheitlich auch Mitarbeiter der Staatssicherheit

gewesen, so nicht zu: Selbst in volkswirtschaftlich bedeutenden und unter Sicherheitsaspekten sensiblen Institutionen schwankt der Anteil der IM an den Reisekadern lediglich zwischen vier und sieben Prozent.

Die Aufnahme unter die Reisekader unterlag intransparenten Kriterien und wurde von der SED als Herrschaftsmittel gebraucht. Je wichtiger die Westreisen für die DDR-Bevölkerung wurden, desto mehr wurde das „Reisekadersystem“ zum zentralen Differenzierungsmittel in der ansonsten weitgehend entdifferenzierten Gesellschaft. Die dosierte und nur wenigen gewährte Öffnung schuf Abhängigkeiten und Loyalitäten. Der „Wettlauf nach der Freikarte“ (Wolfgang Engler) stabilisierte das System wenigstens eine Zeit lang.

Obwohl die Auswahl der Westreisenden in den 1970er Jahren also wesentlich strikter gehandhabt wurde, und obwohl diese in sehr hohem Maße der politischen Kontrolle unterlagen, bleibt der internationale Wissenschaftsaustausch der DDR mit dem Westen ein wichtiges Untersuchungsfeld. Für die 1970er und 1980er Jahre lassen sich folgende Grundtendenzen belegen:

Erstens verloren die „Sonderbeziehungen“ zwischen den beiden deutschen Staaten zwar sukzessive an Bedeutung, aber sie gingen nicht gänzlich verloren. Die Abgrenzungspolitik der SED und der späte Abschluss eines Kulturabkommens zwischen Bonn und Ost-Berlin ließen offizielle Austauschprogramme erst Ende der 1980er Jahre zustande kommen. Gleichzeitig blieb die Bundesrepublik für viele DDR-Wissenschaftler wichtigster Bezugspunkt.

Zweitens war die DDR weiterhin nur schwach an die westliche Wissenschaft angebunden. Austauschprogramme existierten zwar mit allen wichtigen Ländern, aber sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht blieben diese gering. Zum einen schlossen sich die NATO-Staaten – vor allem die USA – weitgehend der jeweiligen Haltung der Bundesrepublik an und entwickelten keine eigenständige Politik hinsichtlich des ostdeutschen Staates, zum anderen blockierten die Sicherheitsmaßnahmen der SED eine Ausweitung der Westreisen.

Drittens zeigt der Wissenschaftsaustausch auch die exzeptionelle Stellung der DDR im sozialistischen Block auf. Während zahlreiche polnische, bulgarische und sowjetische Wissen-

schaftler an amerikanischen Universitäten präsent waren, blieben Ostdeutsche dort die Ausnahme. Die DDR-Wissenschaft und ihre Vertreter blieben im Vergleich zu ihren ost- und ostmitteleuropäischen Kollegen weitgehend isoliert, was nicht nur die Provinzialität der DDR-Wissenschaft zu erklären hilft, sondern auch zur Beantwortung der Frage beiträgt, warum von den DDR-Universitäten so wenig Impulse für Reformen bzw. für den demokratischen Wandel der Jahre 1989/90 ausgingen.

Der Transfer von Technologie und Wissen war eine der wichtigsten Aufgaben, die den Reisekadern von der SED gestellt wurde – gleichrangig daneben stand die Anbahnung von Exportgeschäften. Dieser Wissenstransfer fand auf verschiedenen Ebenen ab, wobei seine illegale Variante in Form von Wirtschaftsspionage eine untergeordnete Rolle spielte. Vor allen Dingen in den Betrieben – weniger an Hochschuleinrichtungen – lässt sich zeigen, dass die Reisekader einen entscheidenden Informationsvorsprung hinsichtlich des Entwicklungsstandes im Westen hatten und darum einen gewissen Einfluss auf die Produktionsplanung und die Entwicklung einzelner Produkte wahren konnten.

Der Wissenstransfer von West nach Ost beschränkte sich allerdings nicht auf die von der SED intendierten Bereiche. Das Wissen über die westlichen Gesellschaften im Allgemeinen war bei den Reisekadern wesentlich höher als bei der übrigen Bevölkerung.

Die Bundesrepublik und die USA verbanden mit dem Wissenschaftsaustausch bestimmte Interessen. Die Bonner Regierung bemühte sich, jeden deutsch-deutschen Kontakt zu nutzen, um gesamtdeutsche Gemeinsamkeiten zu betonen und die nationale Einheit der Deutschen aufrechtzuerhalten. Die USA sahen in jedem Forschungsaufenthalt ostdeutscher bzw. osteuropäischer Wissenschaftler eine Möglichkeit, jenen die Vorzüge einer offenen und demokratischen Gesellschaft vor Augen zu führen.

Gerade die Aufenthalte in den USA wurden für viele Wissenschaftler zu prägenden Ereignissen, wie sich an Einzelfällen verdeutlichen lässt. Da die Reisekader als Hochschullehrer und Abteilungsleiter durchaus als Multiplikatoren von Wissen gelten können, blieben sie in von der Außenwelt doch weitgehend isolierten ostdeutschen Gesellschaft einer der wenigen Kommunikationskanäle nach Westen.

JENS NIEDERHUT, geboren 1975, seit Januar 2003 Stipendiat, studierte von 1994 bis 2001 Geschichte, Politikwissenschaft und Klassische Philologie in Marburg/Lahn und an der FU Berlin. Während des Studiums arbeitete er an einer Ausstellung und einem Sammelband zur Geschichte des Potsdamer KGB-Gefängnisses „Am Neuen Garten“ mit. In seiner Masterarbeit untersuchte er die Auswirkungen der DDR-Wirtschaftsreform in den sechziger Jahren auf der Betriebsebene.

WIDER DEN ZEITGEIST? KONFLIKT UND DEESKALATION IM BERLIN DES KALTEN KRIEGES VON 1949 BIS 1965

VON
DANIEL SCHWANE



Die „Frontstadt“ Berlin, die Nahtstelle der zwei Weltsysteme war in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit ein Seismograph des Ost-West-Konflikts. Die Blockkonfrontation hatte hier – insbesondere bis zum Bau der Mauer – stets unmittelbare Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der geteilten Stadt. Vor diesem Hintergrund ist die Hypothese Ausgangspunkt einer Untersuchung, dass es in der Zeit nach der Blockade von 1948/49 bis in die Jahre 1964/65 Personen und Institutionen gegeben hat, die politische Ideen, Konzepte und praktische Ansätze zur Deeskalation des Ost-West-Konflikts entwickelt haben. Ausgangspunkt dieser Initiativen waren wirtschaftliche Interessen sowie politische und kulturelle Motive. Auch wenn ein Großteil dieser Bemühungen letztlich an der politischen Realität des Ost-West-Konflikts scheiterten, wird deutlich, dass die Versuche, die Berliner Lage zu entkrampfen, bereits vor dem Mauerbau 1961 in der gespaltenen Stadt selbst begannen. Dabei sind die Begriffe „Entkrampfung“ und „Entspannung“ von zentraler Bedeutung: Die Forschung sieht den Beginn einer Entspannungspolitik in der Abkehr des Westens von der Politik der Verweigerung offizieller Gespräche mit der SED nach dem Mauerbau. Mit den Berliner Passier-

scheinverhandlungen von 1963 fand diese Haltung erstmals Eingang in die praktische Politik.

Der in dieser Arbeit verwendete Begriff „Entkrampfung“ bezeichnet hingegen Aktivitäten, die zeitlich und inhaltlich dem Prozess der „Entspannung“ vorausgingen. Sie nahmen im Westteil Berlins ihren Anfang und zielten auf eine Überwindung der fortschreitenden Spaltung ab. „Entkrampfung“ bedeutete inhaltlich die Herstellung einer vertrauensbildenden Atmosphäre, in der Maßnahmen zur weitergehenden Normalisierung erst möglich wurden, ohne jedoch die eigene Sicherheit und die alliierten Rechte in Berlin zu gefährden. Der westliche Alleinvertretungsanspruch, der direkte Verbindungen offizieller Stellen mit DDR-Amtsträgern ausschloss, führte dazu, dass Journalisten – aber auch Geschäftsleute – die Funktion übernahmen, Verbindungen nach Ost-Berlin zu schaffen. Dies waren im Konkreten Gespräche zwischen beiden Seiten, die Schaffung von informellen Kontakten, und auch der Versuch, wie in der Fallstudie „Wirtschaft“ erkennbar, unter anderem durch die Presse die öffentliche Meinung in West-Berlin zu beeinflussen. Derartige Deeskalationsbemühungen werden anhand dreier Fallbeispiele aus den Bereichen Wirtschaft, Journalismus und Kultur dargestellt.

Die Arbeit stützt sich vor allem auf unveröffentlichte Archivmaterialien, aber auch publizistische Dokumente sowie auf Befragung eines Teils der noch lebenden Akteure und weiterer Zeitzeugen. Insgesamt stellt sich die Quellsituation als kompliziert dar, da zum einen das selbstgesteckte Ziel, eine Vorgeschichte der Entspannung zu schreiben, auf die Schwierigkeit stößt, dass viele der Initiativen – im Gegensatz zur „offiziellen“ Geschichte der politischen Beziehungen – nie schriftlich fixiert worden sind. Andererseits wird deutlich, dass für die Arbeit wichtige Dokumente der Berliner Industrie- und Handelskammer aus der Zeit der fünfziger und sechziger Jahre nicht überliefert sind.

Die erste Fallstudie Wirtschaft beschäftigt sich mit Ansätzen von Entkrampfung im West-Ost-Handel in den Jahren 1949 bis 1963 und deren öffentliche Wahrnehmung. Hier ist das einflussreiche Mitglied des „Ausschusses zur Förderung des Berliner Handels“, der Chefredakteur der Wochenzeitung „Berliner Wirtschafts-Blatt“ und Unternehmer Fredrik de Haas von Interesse. Er setzte sich für eine Verbesserung der politischen Lage durch eine In-

tensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen im Interzonenhandel ein. Seine wirtschaftlichen, publizistischen und anderen Aktivitäten konterkarierten einerseits die offizielle, restriktive Handelspolitik der Bundesrepublik gegenüber der DDR. Andererseits trafen sie in Teilen der durch die ökonomische Spaltung von Auszehrungsprozessen betroffenen West-Berliner Wirtschaft auf Zustimmung, was wiederum zunehmend Handlungszwänge bei den politisch Verantwortlichen in West-Berlin und Bonn entstehen ließ.

Ein Protagonist der zweiten Fallstudie für den Bereich Journalismus ist der damalige Chefredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Berlin, Hansjakob Stehle. Inspiriert durch die innenpolitischen Veränderungen in Polen trat er in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren in seinen Artikeln und Büchern für einen Abbau der Konfrontation zwischen Ost und West ein. Stehle hoffte, dass sich längerfristig auch in der SED „liberale“ Kräfte durchsetzen würden. Er wurde im Umfeld der Passierscheinverhandlungen 1963 vom Chef des Landespresseamtes und SPD-Mitglied Egon Bahr beauftragt, den Austausch von Meinungen und Informationen zwischen West und Ost diskret zu intensivieren, Kontakte zu arrangieren und damit zu einer Beruhigung der Situation beizutragen.

In derselben Fallstudie wird Stehle der bekannte Journalist und Publizist Matthias Walden (eigentlich Eugen Wilhelm Otto Baron von Saß) gegenüber gestellt. Walden konnte aus politisch-moralischen Erwägungen keine Dialogbereitschaft gegenüber dem Osten akzeptieren. Gegenüber den Passierscheinverhandlungen und der Formel „Wandel durch Annäherung“ nahm er eine ablehnende Position ein. Walden war der Überzeugung, dass eine mögliche Aufwertung des SED-Regimes als Preis für die Passierscheine zu hoch sei. Er stand damit im Gegensatz zu dem Berliner FAZ-Journalisten Stehle. Besonders im Umfeld der Passierscheinverhandlungen wird deutlich, dass der von Walden favorisierte strikte Ablehnungskurs immer weniger dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung West-Berlins entsprach. Vor dieser Folie werden die gegenläufigen Politisierungen beider Personen in der Fallstudie gegenüber gestellt und bewertet.

In der dritten Fallstudie Kultur schließlich wird für die 60er Jahre gefragt, aus welchen

politischen Motivationen, Ideen und Erfahrungen heraus die studentischen Initiatoren und Beteiligten der an der Technischen Universität 1964/65 organisierten „Siegmunds Hofer Gespräche“ West-Ost-Verbindungen knüpften und welche Auswirkungen dies auf die immer noch stark polarisierte Berliner Öffentlichkeit im Westteil der Stadt hatte. Die erste Hälfte der sechziger Jahre in Berlin ist, sowohl was ihre Bedeutung als Zeit der wachsenden innerdeutschen literarischen Kontakte als auch einer Zeit des Beginns von studentischen kulturpolitischen Aktivitäten, die auf eine Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Ost und West abzielten, bisher kaum untersucht worden. In vielem scheint die Zeit bisher im „historischen Windschatten“ der viel stärker im Gedächtnis haften gebliebenen kulturpolitischen Umwälzungen der Jahre nach 1968 zu liegen und wurde daher kaum als untersuchungswerte Periode wahrgenommen. Zum andern scheinen gerade die frühen sechziger Jahre in der Wahrnehmung der Forschung stark durch den Kalten Krieg überschattet zu sein, so dass das eigenständige historische Profil dieses Untersuchungszeitraums, bislang kaum zu Geltung kam. Die Siegmund Hofers Gespräche machen deutlich, dass die offiziellen kulturellen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowohl den diplomatischen Verhandlungen zwischen beiden Seiten als auch dem wirtschaftlichen Austausch hinterherhinkten.

Bei den ausgewählten Fallbeispielen gilt das Interesse denjenigen Konzeptionen und Akteuren, deren Engagement weitgehend in Vergessenheit geraten ist, die jedoch das öffentliche Leben West-Berlins in der Zeit des Kalten Krieges mitprägten. Sie zeigen exemplarisch, dass sich im Kleinen ein alternatives Denken und Handeln entwickelte, das die großen politischen Konzepte vorwegnahm und begleitete. Sie weisen aber auch auf ihre Grenzen im Kalten Krieg hin. Gleichzeitig wird klar, dass sich durch die Krisen 1948/49 und 1958–1961 der Zeitgeist im durch den Kalten Krieg besonders betroffenen West-Berlin zwar deutlich antikommunistisch artikuliert, nach dem Mauerbau jedoch ein allmählicher Wandel im öffentlichen Bewusstsein vollzog und zunehmend Stimmen für weitere Kontakte mit der Ostseite laut wurden.

Es wird deutlich, dass die Konfrontation im Ost-West-Verhältnis nach 1947/48 zwar dominierte, aber zugleich in einem Wechselverhältnis zur Entkrampfung stand. Dies gilt für „kalte

Krieger“ gleichermaßen wie für diejenigen Akteure, die aus unterschiedlichen Gründen Deeskalation als Vorbedingung sowohl für die Lösung kleiner innerstädtischer als auch großer deutscher und europäischer Probleme erachteten. Gefahreninterpretation und tatsächlicher Aufrüstungsprozess standen im Denken und Handeln der Beteiligten in enger Korrelation zueinander. Gleichzeitig wirkten Ereignisse – z. B. die Berlinkrisen 1948 und 1958 sowie die gefährliche Doppelkrise von 1961/1962 (Berlin und Kuba) – prägend gerade auf das Problembewusstsein von politisch engagierten Personen. Des weiteren werden die sich aus Systemkonkurrenz, unterschiedlichen politischen Interessen, Einflüssen vor Ort, persönlichen Motiven und einer besonderen territorialen Lage ergebenden Abhängigkeiten und Wechselwirkungen erörtert: In welcher Nähe zu politischen Entscheidungsprozessen befanden sich die hier behandelten Untersuchungsbereiche, welche direkten oder mittelbaren Einflussmöglichkeiten hatten die im Projekt thematisierten Kräfte? Wie nutzten und veränderten sie diese Handlungsspielräume? Welche Motive oder verschiedenen Interessen standen hinter ihren Vorschlägen zum Abbau der Konfrontation und wie nahmen sie möglicherweise „Entspannungsdruck“ wahr? Trifft es zu, dass die Ideen der damaligen Akteure tatsächlich *per se* von den politischen Entscheidungsträgern ignoriert bzw. von vornherein durch die Interessen der einen oder anderen Seite gesteuert wurden?

Die Arbeit untersucht demnach wie die genannten Akteure und Initiativen die politische Debatte in West-Berlin mitbestimmten, wie sie versuchten, auf die Ost-Berliner Seite Einfluss zu gewinnen, und wie konkrete Kontakte und Kooperationen zustande kamen. So ergibt sich in Abhängigkeit von internationalen, nationalen und lokalen Entwicklungen ein vielschichtiges und wechselhaftes Bild, das exemplarisch analysiert wird. Es ist ein Anliegen dieser Studie, durch einen genaueren Blick das Bild des monolithischen Kalten Krieges detaillierter differenzieren zu können.

DANIEL SCHWANE, 1972 in Berlin geboren, seit Januar 2002 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1993 bis 2001 Germanistik, Neuere/Neueste Geschichte, Mittelalterliche Geschichte und Politikwissenschaft in Berlin und Krakau. Nach seinem Studienabschluss arbeite-

te Schwane zunächst für das Deutsch-Polnische Jugendwerk in Potsdam, u. a. als Übersetzer für den Band „Gedenken und Erinnern“ (Hrsg. vom DPJW).

KOMPONIEREN TROTZ UND UNTER
HINDERNISSEN.
INNOVATIONEN IN ZEITGENÖSSISCHEN
INSTRUMENTALKOMPOSITIONEN IM
KONTEXT RESTRIKTIVER KULTURPOLITIK
DER DDR



VON
CHRISTIANE SPORN

Das Forschungsinteresse der Dissertation gilt den Beziehungen zwischen den staatlichen Institutionen im Bereich der Musik, der parteistaatlichen Meinung über die Funktion der Musik und der kompositorischen Praxis in der DDR im Zeitraum zwischen 1956/ 57 – 1989. Diese Beziehungen sollen an Beispielen der Instrumentalmusik von Vertretern der zweiten und dritten Komponistengeneration der DDR aufgezeigt werden. Dabei richtet sich das Erkenntnisinteresse auf die Spezifik von der in der DDR entstandenen (Instrumental-)Musik, die unter dem Aspekt der Innovation untersucht wird. Hypothetisch wird angenommen, dass sich ein Teil dieser Spezifik aus dem Ausmaß der staatlichen Lenkung und der politischen Beeinflussung dieser Musik erklären lässt. Innerhalb des in der DDR gegebenen staatlichen Verfügungsanspruchs auf Kunst, der sich mit dem Anspruch der SED auf die Definitionsmacht von Kunst verband, stand der Künstler, der seine Werke aufgeführt sehen (und hören) wollte, innerhalb einer Situation mit gesellschaftlich-politisch vorgeprägten Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten. Dass dies kreatives Potential und zugleich politische Bezüge enthielt, die zu ganz eigenen Ausprägungen der Instrumentalmusik in der DDR führten, soll in der Dissertation gezeigt werden.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Musik aus der DDR steht noch immer am Beginn, auch wenn sich in

jüngster Zeit die Zahl der Forschungsinitiativen vergrößert hat. Indessen ist der Kenntnisstand über die Musik aller Genres und Funktionsbereiche in der DDR im Vergleich zur literatur- und kunstgeschichtlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte als gering zu bewerten; insbesondere Fragen der Methodik wurden bislang kaum diskutiert.

Materialgrundlage der Arbeit bilden Bestände des Bundesarchivs und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), darunter Materialien der Abteilung Kultur des ZK der SED, des Büros Kurt Hager, des Kulturbundes der DDR und des Ministeriums für Kultur. Außerdem wurden Bestände der Stiftung Archiv der Akademie der Künste einbezogen (Materialien des ehemaligen Komponistenverbandes der DDR und des Zentralen Akademiearchivs), des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig, des Deutschen Musikarchivs Berlin sowie Schriftgut des DDR-Rundfunks im Rundfunkarchiv Potsdam-Babelsberg. Wichtige Zeitschriften – Musik und Gesellschaft, Beiträge zur Musikwissenschaft und die seit 1983 in Köln erscheinenden MusikTexte – wurden systematisch ausgewertet und große Teile der in der DDR erschienenen, für den Forschungsgegenstand relevanten Literatur herangezogen. Die Analyse von Kompositionen wiederum ist auf vorhandene Partituren angewiesen (und soll möglichst auch auf Tonbandmitschnitte zurückgreifen), was teilweise ebenfalls die Werkauswahl bedingte.

Der Forschungsansatz der Arbeit nutzt soziologische Modelle aus der Tradition des Pragmatismus, greift deren Handlungsbegriff auf und verbindet ihn mit zwei wesentlichen Aspekten von Macht und Herrschaft: Welche Einflussmöglichkeiten auf Kunst besitzt Politik, welche Möglichkeiten des Umgangs mit diesem Einfluss gibt es auf künstlerischer Ebene und wie sind sie rekonstruierbar? Aus dem Ansatz sowie der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Kunstpolitik ergab sich eine Fokussierung auf Fragen von Technik(en), musikalischer Autonomie und politisch engagierter Kunst, die je aus staatlicher Sicht und kompositorischer Perspektive behandelt werden. Ausgehend von den so gewonnenen Erkenntnissen soll der Begriff „DDR-Musik“ (neu) hinterfragt werden.

Um die zu untersuchenden Wirkungsfaktoren auf Musik einzugrenzen, wurde erstens das

Merkmal der musikalischen Ausbildung in der DDR einbezogen. Die ältesten in der Untersuchung vertretenen Komponisten sind damit zu meist um 1930 geboren, wobei infolge der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung auch biografische Besonderheiten (verschobene und/oder unterbrochene Ausbildung) zu berücksichtigen waren.

Aufgrund der Breite des Untersuchungszeitraums war durch die Beschränkung auf Instrumentalmusik eine Eingrenzung auf dem Gebiet der musikalischen Gattungen vorzunehmen. Der Verzicht auf textgebundene und angewandte Gattungen begründet sich dabei im Interesse der Arbeit an musikalischen Tendenzen unter Einwirkung der staatlichen Verfügungsmacht. Eine Begrenzung der Forschungsarbeit auf einzelne Gattungen (wie Sinfonie, Instrumentalkonzert, Streichquartett) erschien dagegen nachteilig, da Entwicklungen im Bereich der Kammer- und Orchestermusik stets vielfältig miteinander verbunden sind: Neue Organisationsformen und Techniken, die kompositorische Konzentration auf einen spezifisch musikalischen Gegenstand werden in der Regel zunächst in kleinen Besetzungen erprobt und erst dann gegebenenfalls auf einen größeren Apparat übertragen. Andererseits sind für den Bereich der Kammermusik, der weniger repräsentativ war als jener der „großen“ Orchesterwerke, größere Freiräume und weniger ideologisch geprägte Vorgaben zu erwarten gewesen (was sich in der Tendenz bestätigt hat). Daher kann durch das Einbeziehen kammer- wie orchester-musikalischer Gattungen der Stellenwert kompositorischer und parteistaatlicher Faktoren gleichermaßen berücksichtigt werden.

Die in der Dissertation untersuchten Werke begründen sich in der Auswahl auf dem Interesse an kompositorischen Innovationen, die im Verhältnis zur Kulturpolitik betrachtet werden sollen. Versteht man Innovation als beabsichtigte, zielgerichtete Neugestaltung von musikalischen Elementen im Rahmen eines Bestimmungszusammenhangs, so eignet sich der Begriff in besonderer Weise für die Erschließung von Musik aus der DDR. Zu begreifen sind Innovationen in diesem Verständnis als Absicht, einen genaueren Bezug zu neu auftretenden oder veränderten Problemanforderungen herzustellen. Die Kategorie der Neuheit an sich tritt damit zurück und die als innovativ beschreibbaren Techniken, der Umgang mit einer

Gattungstradition oder neuartige Ensemblebesetzungen sind so auch in Relation zu den gesellschaftlichen Gegebenheiten zu setzen. Der Begriff ist in dieser Definition geeignet, sowohl kompositorische Neuerungen in ihrer Spezifik zu beschreiben, diese zweitens in ihrem Entstehungskontext (unter Berücksichtigung musikalischer und/oder kunstpolitischer Entwicklungen) zu verankern und drittens historisch-chronologisch einzuordnen.

Begründet durch das Erkenntnisinteresse der Arbeit und den zugrunde gelegten Begriff von Innovation werden nur solche Werke einer analysierenden Betrachtung unterzogen, die bzw. deren Komponisten punktuell oder generell in der Kritik durch staatliche Stellen standen. Die Analyse verfolgt dabei neben kompositorischen Gesichtspunkten einerseits immer eine zentrale Fragestellung des Forschungsansatzes zum Zusammenhang von Herrschaftssicherung und künstlerischer Innovation in autoritären und totalitären Gesellschaftssystemen. Das Einfordern einer „sozialistisch-realistischen“ Musik auf der Basis konventioneller Gestaltungsformen ist dabei durchaus als eine Form der Kontrolle interpretierbar, während folglich Neuerungen in der Kunst von der Partei- und Staatsführung als unkontrollierbar empfunden wurden. Gestützt wird diese These durch zahlreiche Quellenbefunde, die zeigen, dass beispielsweise auch künstlerisches Engagement für Ideen des Sozialismus, insofern neuartige Mittel eingesetzt waren, als Bedrohung eingeschätzt wurden. So griff man Tilo Medeks nur für Sprechstimme und Schlaginstrumente mit unbestimmter Tonhöhe quasi „sanglos“ vertontes Dekret für den Frieden (1967) auf einer Verbandskonferenz als „beschämende Entgleisung“ an. Dementsprechend will die Untersuchung gerade solche kritisierten Kompositionen einbeziehen, um die vielfältigen Zusammenhänge zwischen dem Herrschaftsanspruch der Partei, den gesellschaftlich-(musik)politischen Gegebenheiten und den Werken selbst zeigen und verstehen zu können.

Im vorläufigen Ergebnis hat sich eine Verschiebung der staatlichen Verfügungsmechanismen auf Kunst herauskristallisiert. Während ideologische Vorgaben, ästhetische Normierung und die offene (in den Quellen nachweisbare) Kritik an Künstlern maßgeblich für die Kunstpolitik der sechziger Jahre sind, wurde unerwünschten Kunsttendenzen in den achtziger

Jahren nahezu überhaupt keine Öffentlichkeit mehr zuteil – auch nicht in deren negativer Nennung. Die nun weitaus subtileren Formen der Verhinderung zeigen sich beispielsweise in der Weigerung eines Veranstalters gegenüber einem Weimarer Ensemble, die Haftungs- und Versicherungskosten für Leihinstrumentarium zu übernehmen (trotz anders lautender Zusagen). Auch das Ankündigen eines Konzertes als bereits ausverkauft (was nicht den Tatsachen entsprach) diente offenbar dazu, den im Programm geplanten Werken keinerlei Öffentlichkeit und Außenwirkung zu ermöglichen.

Im mittelbaren Zusammenhang mit diesen Gegebenheiten der staatlichen Verfügungsmacht steht die Tatsache, dass die Musikgeschichte der DDR nur durch einen einmaligen tatsächlichen Generationswechsel gekennzeichnet ist, der in den siebziger Jahren vollzogen war. Das Auftreten jüngerer Komponisten in den achtziger Jahren ging nicht mit deren vollständiger Etablierung einher. Demgegenüber steht die ständige Präsenz einiger der vormals kritisierten Komponisten im Musikleben der späten DDR, die auch durch deren publizistische Vermittlung zu einer bis heute bestimmenden Sicht auf die DDR-Musikgeschichte geführt hat.

Bezüge auf die (kunst-)politischen Gegebenheiten finden sich überaus häufig und in besonderer Ausprägung in Werken von Vertretern der mittleren Generation. Möglicherweise verbindet sich deshalb auch der Begriff „DDR-Musik“ mit deren Werken und ist dahingehend zu charakterisieren.

CHRISTIANE SPORN, 1974 in Gotha geboren, war bis Januar 2004 Stipendiatin der Stiftung, studierte von 1995 bis 2001 Musikwissenschaft, Psychologie und Soziologie in Weimar, Jena, Wien und Leipzig. Die Doktorandin kann auf ihre Magisterarbeit zur Orchestermusik in der DDR zwischen 1961 und 1976 aufbauen.

DER PANKOWER FRIEDENSKREIS.
GESCHICHTE, ARBEITS- UND
WIRKUNGSFORMEN INNERHALB DER
EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR UND
DER DDR-OPPOSITION IN DEN JAHREN
1981–1989



VON
MARIANNE SUBKLEW-JEUTNER

Anfang der 80er Jahre hatte die atomare Hochrüstung in Europa ihren traurigen Höhepunkt erreicht. Die Fronten des Kalten Krieges hatten sich verschärft. Beide Seiten, die NATO und der Warschauer Pakt, rüsteten konventionell und atomar auf. Die Raketen SS 20 und Pershing 2 standen in beiden deutschen Staaten und waren aufeinander gerichtet. Der Begriff des Wettrüstens bestimmte die politische Diskussion und machte die Absurdität der Situation deutlich. Die Rüstungsfrage hatte nicht nur eine außenpolitische Tragweite. Auch innenpolitisch spürten die Menschen in der DDR eine zunehmende Militarisierung des Lebens. So war u.a. bereits 1978 das Schulfach Sozialistische Wehrerziehung eingeführt worden. Selbst in den Kindergärten stand – auch wenn sich viele Kindergärtnerinnen nicht daran hielten – die Wehrerziehung auf dem Programm.

In dieser Situation entstand die regierungsunabhängige Friedensbewegung in der DDR. Dazu gehörte auch der Friedenskreis der Evangelischen Kirchengemeinde Alt-Pankow, der 1981 ins Leben gerufen wurde. An Hand seiner Geschichte kann exemplarisch gezeigt werden, welche vielfältigen Formen und Möglichkeiten des Widerspruches und des aufrechten Ganges es in totalitären Regimen gibt. Die Mitglieder des Kreises waren keine Helden, es waren Frauen und Männer, Mütter und Väter, die an einem Punkt ihres Lebens sagten: „Wir halten unser Schweigen nicht mehr aus.“

Neben der vorhandenen Literatur über die Opposition in der DDR im Allgemeinen und über den Pankower Friedenskreis im Besonderen wurde in der Studie auf drei Quellen zurückgegriffen. Die eine Quelle bildet die archivarische Überlieferung der Staatsorgane der

DDR, der SED und des MfS. Diese Materialien sind in großem Umfang erhalten und vermitteln im Wesentlichen das Herrschaftswissen der damals Herrschenden.

Als zweite Quelle dienten die schriftlichen Selbstzeugnisse des Pankower Friedenskreises und anderer oppositioneller Gruppen in der DDR. Sie stellten ein unverzichtbares Korrektiv zu den parteistaatlichen Überlieferungen der DDR dar.

Da sich aber, wie u.a. Wilhelm Dilthey, der große Theoretiker der modernen Geisteswissenschaften betonte, alle Geschichtsschreibung über die Biografie, den Lebenslauf des Einzelnen erschließt, wurden die schriftlichen Zeugnisse durch Interviews ergänzt. So wurde als dritte Quelle das erinnerte Wissen derer verwendet, die damals im Pankower Friedenskreis aktiv waren oder Berührungspunkte mit ihm hatten. Vor der Befragung wurden zwei Gruppen unterschieden. Die erste Gruppe setzte sich aus den Mitgliedern des Friedenskreises zusammen, die somit ihre „Binnenperspektive“ auf den Pankower Friedenskreis mitbrachten. In einer zweiten Gruppe wurden Personen befragt, die aus einer „Außenperspektive“ die Gruppe wahrgenommen haben.

Die erste Gruppe differenzierte sich in Personen, die bis 1989 im Kreis engagiert waren, den Kreis aus verschiedenen Gründen verlassen hatten, in den Westen ausgereist waren oder auch über den Kreis als IM berichtet hatten. Ergänzt wurden diese Interviews durch die Befragung junger Erwachsener, die damals als Kinder ihrer engagierten Eltern den Friedenskreis erlebt hatten. Um der Binnenperspektive auch eine Außensicht gegenüberzustellen, wurden Personen befragt, die mit dem Pankower Friedenskreis nur indirekt zu tun hatten. Dazu zählten vor allem Mitglieder der kirchlichen Leitungsebene. Außerdem wurden Mitglieder des Gemeindegemeinderates von Alt-Pankow interviewt, die in den 1980er Jahren im Gemeindegemeinderat (GKR) mitgearbeitet hatten. Schließlich wurden auch Mitglieder aus anderen Friedenskreisen und Journalisten befragt. Insgesamt wurden 36 Einzel- und ein Gruppeninterview geführt.

Das mündlich überlieferte Oppositionswissen war zur Erhellung jener Fragestellungen unverzichtbar, die nicht aus den schriftlichen Quellen erschlossen werden konnten, sowie zur Erklärung mancher unklarer Entstehungszu-

sammenhänge der Selbstzeugnisse. Bei folgenden Fragen wurde auf die geführten Interviews zurückgegriffen: Motive, Gruppenstruktur, Atmosphäre, Spiritualität, Selbstverständnis und Wirkungsgeschichte. Außerdem wurden einzelne Interviewaussagen dazu verwendet, im Text dargestellte Sachverhalte zu illustrieren. Dies betrifft z.B. die Gliederungspunkte Gemeinde- und Kirchenverständnis der Gruppe und die Position des Gemeindegemeinderates zum Friedenskreis.

Da sich der Friedenskreis sowohl inhaltlich als auch strukturell zu einer Kirchengemeinde zugehörig fühlte, war die Kirche für diese Gruppe mehr als eine „Schutzmantelmadonna“, die mangels Alternativen vor dem Dauerregen des Staates schützte. Als Kreis der Kirchengemeinde war der Gemeindegemeinderat (GKR) die Instanz, die die Arbeit des Friedenskreises letztlich zu verantworten hatte. Dieses Miteinander war nicht immer spannungsfrei. Hatten doch einige Mitglieder des GKR in den 50er-Jahren die Macht des DDR-Staates so zu spüren bekommen, so dass ihnen die Lust auf weitere Konfrontationen vergangen war. Ihnen erschien das Verhalten des Friedenskreises manchmal zu provokativ, wusste man doch nie wie der Staat reagieren würde. Dennoch entzog der GKR dem Friedenskreis letztlich nie das Vertrauen. So konnte sich der Kreis in der Gemeinde etablieren, Friedenskreismitglieder ließen sich taufen, besuchten Gottesdienste und entwickelten eigene Formen gelebter Spiritualität.

Die Annahme, die Friedensgruppen innerhalb der Evangelischen Kirchen hätten durch ihre thematische Arbeit die friedensethischen Anliegen in die Kirchen erst hineingetragen, ist zu differenzieren. Unabhängig von allen kirchenpolitischen Sicherheitsinteressen kann von einer grundsätzlichen Koinzidenz von Sachinteressen der Kirchen und der Gruppen hinsichtlich der Friedensfrage und den damit verbundenen notwendigen innenpolitischen Veränderungen gesprochen werden. Diese Übereinstimmung hat die Gruppen und Kirchen füreinander wichtig gemacht, wobei das Tempo der angemahnten Veränderungen durchaus unterschiedlich und somit das Verhältnis nicht spannungsfrei war.

Dem DDR-Staat waren die regierungsunabhängige Friedensbewegung und so auch der Pankower Friedenskreis ein Dorn im Auge. Schließlich richtete sich deren Engagement u.a. auch gegen die sowjetischen Atomraketen SS

20 auf dem Gebiet der DDR. Folge dieses staatlichen Misstrauens waren jahrelange Bespitzelungen, Verleumdungen und Kriminalisierung des Kreises und seiner Mitglieder. Der Friedenskreis Pankow wurde vom MfS unter dem Decknamen Operativer Vorgang (OV) „Virus“ geführt. Der OV „Virus“ umfasst 5 Aktenbände mit ca. je 300 Blatt. Dazu kommen noch die Operativen Personenkontrollen, die über einzelne Mitglieder der Gruppe angelegt wurden. Für manche war diese Situation und die aus ihr erwachsenen Folgen u.a. beruflicher Benachteiligung so unerträglich, dass sie die DDR verlassen mussten. Für andere wiederum war der Friedenskreis „der einzige Grund in der DDR zu bleiben.“ Würde man nicht, dass die vielen MfS-Berichte dazu dienten, strafrechtlich relevante Sachverhalte zu konstruieren, Menschen Angst zu machen und Biografien zu zerstören, könnten viele dieser MfS-Texte einfach als Zeugnisse von Dummheit, Eitelkeit und Selbstüberschätzung gewertet werden. So aber waren die Berichte das Material, aus denen die Stasi den Stoff aus Misstrauen, Verrat und Zerstörung webte. Dieser breitete sich in allen Lebensbereichen der DDR aus. Es ist ein Irrtum zu glauben, dieses Gift hätte heute seine Kraft völlig verloren. Als nach 1989 Friedenskreis-Mitglieder ihre Akten einsahen, schienen die Berichte eine späte Wirkung zu zeigen. Gerade der Hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter „Horst Hoffmann“ hatte sehr verletzend Berichte und Einschätzungen über Personen verfasst. In einem Gespräch der betroffenen Friedenskreisteilnehmer einigten sie sich, hinsichtlich der Deutungen von IM „Hoffmann“ dem eigenen Erlebten mehr zu trauen, als den Stasi-Akten.

Im Unterschied zu anderen Gruppen waren im Pankower Friedenskreis über die Hälfte der Mitglieder Frauen. Die meisten hatten Kinder, was einerseits zum Engagement motivierte und andererseits auch eine Grenze für die Konfliktbereitschaft war. So war der Pankower Friedenskreis immer auf der Suche nach einem Weg zwischen Konfliktbereitschaft und Konfliktvermeidung. Insofern gehörte der Kreis im Gesamtspektrum der Ost-Berliner Oppositionsgruppen eher zu den gemäßigten Gruppen und trat im Vergleich z.B. zur Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) oder Umweltbibliothek weit weniger radikal auf. Für den schlimmsten Fall allerdings hatten auch im Pankower Fried-

denkreis die meisten eine Verfügung geschrieben und beim Superintendenten hinterlegt, von wem ihre Kinder im Falle ihrer Inhaftierung betreut werden sollten.

Der Kreis entwickelte eigenständige Arbeits- und Aktionsformen, die dem Kreis Stabilität und Transparenz gaben und das staatliche Feindbild unterliefen. Gleichzeitig versuchte der Friedenskreis damit das individuelle Ohnmachtbewusstsein aufzuheben und die Selbstidentifikation mit dem von Seiten des Staates proklamierten Feindstatus zu überwinden.

Die unterschiedlichen Motive für das Engagement im Friedenskreis hatten Auswirkungen auf die Funktion, die die Gruppe für die Einzelnen erfüllte. Die Gruppe hatte einerseits eine Sachfunktion, indem gemeinsam interessierende Themen verhandelt wurden, als auch eine soziale Funktion. Beide Funktionen konnten für die Mitglieder integrierend wirken. Welcher Modus für die einzelnen Personen überwog, hing von der persönlichen Situation ab.

Allerdings verstärkte sich im Laufe der Zusammenarbeit und auch unter der massiven MfS-Belagerung immer mehr die soziale Dimension als prägender Integrationsmodus für die Gruppe. Dies ist auch der wesentliche Grund dafür, dass der Pankower Friedenskreis – im Gegensatz zu vielen anderen Gruppen, die sich nach 1989 auflösten – unter grundsätzlich veränderten politischen Bedingungen auch heute noch existiert. Für seine Mitglieder wurde der Friedenskreis zu einer Art „Sprachschule für die Freiheit“, in der demokratische Kommunikations- und Handlungsperspektiven aufgezeigt und eingeübt werden konnten.

MARIANNE SUBKLEW-JEUTNER, 1963 in Greifswald geboren, war bis Juni 2003 Stipendiatin, studierte nach einer Elektriker-Lehre von 1982 bis 1989 Theologie am Sprachenkonvikt in Berlin, Leipzig und am Quäker-College Birmingham. Im Anschluss an ihr 2.theol.Examen 1992 arbeitete sie als Korrespondentin des evangelischen Pressedienstes (epd) und von 1995 bis 2000 als Pfarrerin in Greifswald. 2001 bereitete die Mutter von vier Kindern eine Ausstellung über den Pankower Friedenskreis in Berlin vor.

DAS KINDERHEIM FÜR NAMIBISCHE
FLÜCHTLINGSKINDER IN BELLIN/DDR:
EIN PÄDAGOGISCHES PROJEKT DER SED-
SOLIDARITÄTSPOLITIK



Von
Susanne Timm

Am 18. Dezember 1979 reisten 80 namibische Flüchtlingskinder aus Angola über den Flughafen Berlin-Schönefeld in die DDR ein. Sie waren zwischen zwei und vier Jahre alt und wurden zu einem Schloß im kleinen mecklenburgischen Dorf Bellin gebracht, das kurzerhand zu einem Kinderheim umfunktioniert worden war. Im Mai 1978 hatte die südafrikanische Luftwaffe erstmals Angriffe auf ein Flüchtlingslager der namibischen Unabhängigkeitsbewegung SWAPO in Angola geflogen, woraufhin die SWAPO international nach Evakuierungsmöglichkeiten suchte. Was als kurzfristige Überbrückungshilfe bis zur vermeintlich unmittelbar bevorstehenden namibischen Unabhängigkeit begonnen hatte, entwickelte sich zu einer länger währenden Angelegenheit. Anders als ursprünglich geplant, folgten dieser ersten Gruppe bis zum Jahr 1989 mehr als zweihundert namibische Vorschulkinder. Seit 1981 wurden sie zunächst in separaten Klassen an der nächstgelegenen Polytechnischen Oberschule unterrichtet. Ab 1985 siedelten die jeweils Ältesten in das Schulinternat ‚Schule der Freundschaft‘ nach Staßfurt bei Magdeburg um. Im August 1990 - dem Jahr der deutschen Wiedervereinigung und der Unabhängigkeit Namibias - wurden alle Kinder, die mittlerweile zwischen einem und elf Jahren in der DDR gelebt hatten, auf Veranlassung der namibischen Regierung binnen weniger als sechs Wochen nach Windhoek in Namibia zurück geholt.

Seitdem waren diese Kinder wiederholt Gegenstand von medialer Berichterstattung. Die Geschichte des Kinderheims wurde dagegen bisher kaum wissenschaftlich untersucht und dabei wurde fast ausschließlich die Rückkehr der Kinder in den Blick genommen. Im Unterschied dazu soll hier das Kinderheim für namibische Flüchtlingskinder als ein pädagogisches

Projekt der SED-Solidaritätspolitik analysiert werden. Folgende Ausgangsüberlegungen leiten die Arbeit:

- Bei dem Kinderheim handelte es um die einzige Vorschuleinrichtung mit interkultureller Dimension in der DDR. Weder wurde das Kinderheim als langfristiges vorschulpädagogisches Projekt initiiert, noch wurde es als solches zu einem sinnvollen Ende geführt. Erst aus einer langen Serie von Ad-hoc-Entscheidungen und Verwaltungsmaßnahmen entwickelte sich im Laufe der Jahre institutionelle Routine.

- Als pädagogische Institution war es zugleich ein Projekt der Entwicklungshilfe bzw. ‚internationaler Solidarität‘, d.h. stark von politisch-ideologischen Vorgaben geleitet.

- Das Projekt fiel in die Spätphase der DDR, in der die Solidaritätspolitik stärker innenpolitisch motiviert war, während sie zuvor von den Bemühungen um internationale Anerkennung der DDR geprägt worden war.

- Von seiner Gründung bis zur Auflösung, jeweils auf Initiative der SWAPO, haben kontingente Umstände politischer Konstellationen die Geschichte des Kinderheims maßgeblich bestimmt.

Die Untersuchung dieser einmaligen zeit- und bildungshistorischen Konstellation zielt darauf ab, die politisch-administrative wie die pädagogisch-konzeptionelle Entwicklung des Kinderheims Bellin zu rekonstruieren. Sie ist daran orientiert, das Bedingungsgefüge herauszuarbeiten, das sich aus den politischen wie pädagogisch Verflechtungen für die Entwicklung des Kinderheims ergab. Die Arbeit fußt auf Quellenbeständen öffentlicher Archive, vornehmlich des Bundesarchivs sowie der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs in Schwerin sowie des Archivs der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Die befragten Quellen machen deutlich, dass das Kinderheim von allen Beteiligten vor allem als politisch-administratives Problem wahrgenommen und behandelt wurde. Zwar war das Kinderheim Bellin für namibische Flüchtlingskinder eine für DDR-Verhältnisse besondere Einrichtung, denn dort lebten Kinder nichtdeutscher Herkunft in einer interkulturellen Situation, für die es keine Vorläufer gab. Die Pädagogen konnten dabei weder auf Erfahrungen in

ihrer beruflichen Ausbildung und Praxis noch auf konzeptionelle Vorarbeiten zurückgreifen. Aber auch im Laufe seiner fast elfjährigen Existenz avancierte das Kinderheim nicht zum reflektierten Modellprojekt, denn bis zu seiner Auflösung im Sommer 1990 wurden keine konzeptionellen Ansätze entwickelt, die das pädagogische Personal des Heims in die Lage versetzt hätten, mit der interkulturellen Situation pädagogisch innovativ umzugehen. Dennoch funktionierte das Kinderheim sowohl hinsichtlich seiner Organisation als politisch initiierte Institution wie auch pädagogisch-praktisch als Bildungseinrichtung vergleichsweise reibungslos. Versucht man diesem Paradoxon auf den Grund zu gehen, bietet sich folgende These an: Die Geschichte des Kinderheimes für namibische Flüchtlingskinder in der DDR war davon gekennzeichnet, daß keine ernsthaften Versuche unternommen worden sind, die Besonderheiten des Kinderheimes zu reflektieren und konzeptionell einzuarbeiten. Die Institution und die pädagogische Arbeit im Kinderheim gewannen dagegen die nötige Stabilität durch den Rückgriff auf DDR-Standards. Dabei wurde es jedoch unterlassen, die Anwendbarkeit dieser Standards zu überprüfen. Man könnte diesen Modus auch als ‚prinzipielle Innovationsvermeidung‘ auffassen. Gerade weil die organisatorischen Bedingungen und die pädagogisch-konzeptionellen Herausforderungen in ihrer Summe die Stabilität der Kinderheime erheblich beeinträchtigen können, kann die ‚prinzipielle Innovationsvermeidung‘ als konstitutiv für die Geschichte des Kinderheimes gelten.

Zwei Beispiele aus der Vorbereitungsphase für das Kinderheim Bellin illustrieren die konstatierten administrativen Verfahrensweisen und ihre pädagogische Implikationen, die sich durch die gesamte Geschichte des Kinderheimes fortsetzen. Hier wurden die Weichen für die Art und Weise des Umgangs mit dem Projekt einer Bildungsinstitution für namibische Kinder in der DDR gestellt.

Im November 1979 wurde im Ministerium für Volksbildung von der Abteilung Vorschul-erziehung eine zwölfseitige ‚Aufgabenstellung für die Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder‘ erarbeitet, die im ersten Jahr die pädagogische Arbeitsgrundlage im Kinderheim Bellin bildete. Zwar ist bereits in die Anfangspassage als zentrales Ziel formuliert worden, die

Kinder auf die „Bewältigung der Anforderungen, die sie bei der Rückkehr in ihre Heimat erwarten“ vorzubereiten. Insgesamt erscheint dieses aber als rein rhetorische Proklamation, die auf den folgenden zehn Seiten nicht weiter untersetzt wurde. Dagegen wurden noch in der Einleitung Details der pädagogischen Arbeit angeführt, die Gegenstand sämtlicher Pläne im Vorschulbereich waren. Sie wiederholten lediglich Altbekanntes und verwiesen auf die Nähe zu den üblichen, zentral vorgegebenen Vorschulplänen der DDR. In den weiteren Ausführungen der Aufgabenstellung wurden detailliert einzelne Spielformen, Spielmaterialien, Fragen der Körperpflege, der Selbständigkeit, des Tages- und des Jahresablaufes dargelegt, die keinen Bezug zur Ausgangssituation der Kinder aufwiesen, erst recht nicht zu dem vage formulierten Ziel, sie im Sinne der SWAPO zu erziehen. Immanentes Ziel war es dagegen, den Übergang zur Arbeit mit dem ‚Bildungs- und Erziehungsplan für die Kindergärten der DDR‘ einzuleiten, der dann auch nach einem Jahr Grundlage der pädagogischen Arbeit im Kinderheim Bellin geworden ist.

Aus dem zweiten Beispiel wird deutlich, dass die vorhandenen Gestaltungsräume nicht dafür genutzt wurden, einen Fragehorizont nach den Besonderheiten zu entwickeln und zu bearbeiten, sondern der Anpassung an übliche organisatorische und inhaltliche Standards diene. Am 18. Dezember 1979 reisten die namibischen Kinder in die DDR ein. Die pädagogischen Mitarbeiter waren seit Anfang Dezember angestellt. Die ersten beiden Dezemberwochen waren für Vorbereitung der Pädagogen auf ihre Tätigkeit vorgesehen. Für diese Zeit liegt ein ausführlicher Arbeitsplan vor. Bereits die Zeitansätze, die für die einzelnen Tätigkeiten vorgesehen waren, lassen Rückschlüsse auf die Prioritäten der pädagogischen Arbeit zu: Neben vielen Leitungssitzungen, Dienstbesprechungen und Koordinierungssitzungen sah der Plan vor allem Zeitkontingente zum Einräumen der Gruppen- und Wohnbereiche vor. Daneben erhielten Pädagogen in diesen zwei Wochen täglich zwei Stunden Englischunterricht. Noch am ersten Tag ihrer Anreise konstituierte sich die Parteiorganisation des Kinderheimes, an den folgenden Tagen die FDJ-Grundorganisation und eine Gewerkschaftsgruppe. Neben diesen Aktivitäten ist interessant, dass die inhaltliche Vorbereitung mit der

Arbeit an Detailfragen begann: Am Anfang stand die Beratung der Hausordnung, dann ein Seminar zur ‚Gestaltung der politisch-pädagogischen Arbeit im Vorschulheim – Probleme und Aspekte der ganztägigen Betreuung‘ und schließlich eine Veranstaltung zu ‚Fragen der Gesundheitserziehung und hygienischen Betreuung der namibischen Vorschulkinder‘. Erst in den letzten beiden Tagen waren jeweils zwei Veranstaltungen für ‚Studium und Diskussion des Planes für Betreuung und Erziehung der Kinder‘ und für ‚Studium und Diskussion des Planes für die Qualifizierung der Frauen‘ vorgesehen. Bei diesen Themenblöcken ist wiederum auffallend, daß die Arbeit mit dem Qualifizierungsplan der Frauen mit acht Stunden fast das doppelte Zeitvolumen in Anspruch nahm wie die Beschäftigung mit dem Plan für die Betreuung und Erziehung der Kinder, für die fünf Stunden veranschlagt waren. Der gesamte Arbeitsplan ist davon geprägt, dass organisatorische Fragen ausführlich und detailliert behandelt und in sogenannten Kontroll-Sitzungen überprüft wurden, während die pädagogisch relevanten Inhalte randständig aufgenommen worden waren. Die organisatorische Dominanz in den Planungsschemata spiegelt dabei das Verfahren wider, eher dem Aufrechterhalten formaler Standards Aufmerksamkeit zu widmen, als Zeit für die Überprüfung ihrer Anwendbarkeit einzukalkulieren.

Diese mit zwei Ausschnitten illustrierte ‚prinzipielle Innovationsvermeidung‘ durchzog alle institutionellen Ebenen des Kinderheimes Bellin und betraf sowohl die politisch motivierte Gestaltung der Rahmenbedingungen, die administrative Verankerung des Projektes wie auch die pädagogisch-konzeptionelle Arbeit selbst. Immer wieder wird aus den Akten deutlich, dass vorhandene Spielräume nicht wahrgenommen wurden, die Besonderheit des Kinderheimes Bellin zu registrieren und zu reflektieren. Damit wurde letztlich die Chance verpasst, auf die Situation abgestimmte Konzeptionen zu entwickeln. Daraus ergeben sich Anknüpfungspunkte zur bildungshistorischen Forschung und deren Ansätzen, die Politisierung des Bildungswesens zu analysieren. Scharnier ist dabei die Fragen nach Strukturen und Verfahrensweise der Systemstabilisierung innerhalb der Volksbildung der DDR.

SUSANNE TIMM, 1965 geboren, wuchs in Schwerin und München auf und studierte in Hildesheim Kulturpädagogik. Zunächst im Müritznationalpark beschäftigt, arbeitete sie danach als Referentin für politische Jugendbildung im Amt für kirchliche Dienste in Kassel. Die Mutter zweier Kinder ist Autorin einer Studie zur Denkmalpflege in der DDR.

IN DIESEM READER NICHT VERTRETEN:

MARION DETJEN, BERLIN

*Menschenhandel oder Widerstand?
Fluchthilfe für DDR-Bewohner nach dem
Mauerbau 1961–1989*

(gefördert – mit einer mehrmonatigen Unterbrechung – von Januar 2001 bis November 2003, Dissertation vor dem Abschluss)

HANS-JOACHIM FÖLLER, MEININGEN

*Meinungslenkung und Öffentlichke
Eine vergleichende Untersuchung
der beruflichen Praxis ehemaliger
DDR-Journalisten und West-Journalisten am
Beispiel von Themen der Aufarbeitung von
Vergangenheit und Folgen der SED-Diktatur
und dem Umgang mit der PDS*

(gefördert in den Jahren 2002 und 2003)

ULRIKE KUSCHEL, OFFENBACH

*Künstlerische Selbstbehauptung im geteilten
Deutschland – Leben und Werk von Roger
Loewig*

(gefördert in den Jahren 2001 und 2002,
Dissertation abgeschlossen)

CHIARA MARMUGI, FLORENZ

*Interpretationen des Mythos von Ikarus in der
Literaturgeschichte der DDR*

(gefördert in den Jahren 2001 und 2002)

KATRIN PASSENS, BERLIN

*Opposition und Repression.
Der Funktionswandel der Untersuchungshaft
in der Strategie des MfS am Beispiel der
Berliner Untersuchungshaftanstalten
in der Honecker-Ära*

(gefördert von Januar 2001 bis Ende Januar

2002; Wechsel auf eine Projektstelle eines
zeithistorischen Dokumentationszentrums)

CLAUDIA PETZOLD-KAISER, DRESDEN:

*Künstlerische Selbstorganisation und
gegeninstitutionelle Wirkungsmacht. Autonome
Künstlergruppen und ihr Beitrag zur
Ausprägung dissidenter Kulturmilieus in der
DDR (gefördert in den Jahren 2001 und 2002)*

HENNING PIETZSCH, BERLIN

*Opposition und Widerstand in der ehemaligen
DDR am regionalen Beispiel der evangelischen
Jugendarbeit der „Offenen Arbeit“ in Jena
zwischen 1970 und 1989*

(gefördert von September 2001 bis Dezember
2002, Dissertation abgeschlossen)

JENS SCHÖNE, BERLIN

*Modernisierung oder Herrschaftssicherung?
Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der
DDR*

(gefördert von August 2001 bis Dezember
2003; Dissertation unmittelbar vor dem
Abschluss)

CLEMENS WITT, BERLIN

*Kriegs- und Wehrdienstverweigerung
in der DDR.*

*Über die Erinnerungen und das kollektive
Gedächtnis von Bausoldaten der NVA*
(gefördert von August 2001 bis Juli 2002)

ANGELIKA ZAHN, FRANKFURT

*Topographie des Erinnerens an die NS-Zeit:
Initiativen der ostdeutschen Bevölkerung. Eine
Analyse von Aushandlungsprozessen in einer
Diktatur*

(gefördert von August 2001 bis Juli 2003)